

56. Sitzung

am Dienstag, dem 09. Januar 2001, 11.00 Uhr,
in München

Geschäftliches 3898

Nachruf auf den ehemaligen Abg. **Erwin Ammann** 3898

Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten
zur **BSE-Problematik** mit anschließender Aussprache

hierzu:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Willi Müller, Loscher-Frühwald u. a. u. Frakt. (CSU)

Entschließung zur aktuellen BSE-Problematik (Drs. 14/5462)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Maget, Starzmann, Wahnschaffe u. Frakt. (SPD)

BSE-Fälle in Bayern (Drs. 14/5463)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Dürr, Gote, Münzel u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

BSE-Krise – Chance für Landwirtschaft und Verbraucherinnen und Verbraucher – Aus Fehlern lernen – Verantwortung übernehmen – Bayern umstellen! (Drs. 14/5464)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Dürr, Christine Stahl, Elisabeth Köhler u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entlassung der Staatsministerin Barbara Stamm und des Staatsministers Josef Miller (Drs. 14/5465)

Ministerpräsident Dr. Stoiber 3898

Maget (SPD) 3906

Glück (CSU) 3912, 3922

Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN) 3918, 3922

Frau Staatsministerin Stamm 3927

Staatsminister Miller 3933, 3936

Frau Lück (SPD) 3935

Starzmann (SPD) 3936, 3946

Loscher-Frühwald (CSU) 3939

Hartenstein (fraktionslos) 3942

Schammann (BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN) 3944

Kupka (CSU) 3944

Wahnschaffe (SPD) (s. a. Anlage 1) . 3945, 3947

Wolfrum (SPD) (s.a. Anlage 2) 3945, 3949

Verweisung des Dringlichkeitsantrages 14/5464 des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN in den Landwirtschaftsausschuss 3945

Namentliche Abstimmung zum CSU-Dringlichkeitsantrag 14/5462 (s. a. Anlage 3) 3946, 3953

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 14/5463 3946

Beschluss zum Dringlichkeitsantrag 14/5465 des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 3946

Schluss der Sitzung 3946

(Beginn: 11.09 Uhr)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Platz zu nehmen, weil ich die 56. Vollsitzung des Bayerischen Landtags eröffnen möchte, die aus aktuellem Anlass außerplanmäßig stattfindet.

Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, erteilt. Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks übertragen die Sitzung unmittelbar.

Meine Damen, meine Herren, ich bitte Sie, eines ehemaligen Kollegen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 27. Dezember verstarb Herr Erwin Ammann im Alter von 84 Jahren. Er gehörte dem Landtag von 1946 bis 1950 an und vertrat für die CSU den Stimmkreis Miltenberg. Als Würzburger Stadtrat und als Landrat des Landkreises Ochsenfurt brachte er seine Erfahrungen in die parlamentarische Arbeit ein und wirkte unter anderem in den Ausschüssen für Verfassungs- und Rechtsfragen sowie für Fragen des Beamtenrechts und der Besoldung. Sein ganzer Einsatz galt der politischen Entwicklung Bayerns und den Menschen in seiner unterfränkischen Heimatregion.

Der Bayerische Landtag wird dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Nun kommen wir zum einzigen Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung. Es handelt sich um die

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur BSE-Problematik mit anschließender Aussprache

In die Beratung beziehe ich folgende zum Plenum eingereichte Dringlichkeitsanträge ein:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Willi Müller, Loscher-Frühwald und anderer und Fraktion (CSU)

Entschliebung zur aktuellen BSE-Problematik (Drucksache 14/5462)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Starzmann, Wahnschaffe und Fraktion (SPD)

BSE-Fälle in Bayern (Drucksache 14/5463)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Gote, Münzel und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

BSE-Krise – Chance für Landwirtschaft und Verbraucherinnen und Verbraucher – Aus Fehlern lernen – Verantwortung übernehmen – Bayern umstellen! (Drucksache 14/5464)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Christine Stahl, Elisabeth Köhler und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entlassung der Staatsministerin Barbara Stamm und des Staatsministers Josef Miller (Drucksache 14/5465)

Das Wort hat nunmehr der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Stoiber: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine sehr verehrten Herren! Die Fälle von BSE auf Höfen in Bayern, in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen sind ein herber Schlag für Deutschland und für Bayern. Die aufgetretenen BSE-Fälle haben zu einer tiefen Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger geführt, die bisher auf die Sicherheit ihrer Nahrungsmittel vertraut hatten. Es geht hier nicht nur um eine Rinderkrankheit; es geht letztlich um die Gesundheit der Menschen, seit der Verdacht besteht, dass BSE die neue Variante der Creutzfeld-Jakob-Krankheit auslösen kann.

Besonders betroffen sind die Landwirte, auf deren Höfen BSE-Fälle aufgetreten sind und die das wie ein Blitz aus heiterem Himmel trifft. Sie müssen nicht nur existenzielle Einbußen hinnehmen, sondern werden auch durch die Tötung ihrer Tierbestände psychisch bis zum Äußersten belastet. Das habe ich bei meinen Besuchen in Sulzberg und in Stamsried erlebt. Mir ist das auch unter die Haut gegangen. Ich fühle mit den betroffenen Bauern, und ich weiß, was das für sie und ihre Familien bedeutet.

Deshalb habe ich auch Verständnis für ihre Proteste und Aktionen. Die Staatsregierung wird sie in dieser äußerst schwierigen Situation mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen. Betroffen sind mittelbar auch alle Rinderhalter, weil der Absatz von Rindfleisch drastisch zurückgeht. Wir haben eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die ich noch näher darlegen werde.

Gefordert ist vor allem ein gemeinsames Handeln aller Verantwortlichen im Bund, in den Ländern und in der Europäischen Union. Die Europäische Union steht in besonderer Verantwortung, weil wir nun einmal keinen nationalen oder regionalen, sondern einen europäischen Agrarmarkt mit europäischen Zuständigkeiten haben.

Soweit es auf das Einvernehmen und auf die freiwilligen Möglichkeiten in Bayern ankommt, haben wir mit einem großen Runden Tisch gestern einen Anfang gemacht.

Die Dimension des BSE-Problems erschließt sich aus der Zahl festgestellter BSE-Infektionen in Europa. Nach der offiziellen Statistik des Internationalen Tierseuchenamtes vom 28. Dezember letzten Jahres sind bis zu diesem Stichtag in Großbritannien 180501, in Irland 487, in Portugal 475, in der Schweiz 364, in Frankreich 190, in Belgien 19, in den Niederlanden 6, in Liechtenstein und Spanien jeweils 2 Fälle und in Dänemark 1 originärer BSE-Fall registriert worden. In Deutschland wurden bis heute 9 Fälle von BSE und BSE-Verdacht festgestellt.

Angesichts dieser Zahlen müssen wir feststellen: BSE ist ein europaweites, wenn nicht sogar weltweites Problem,

und BSE ist nicht eine nur kurzfristige Krise. Mit BSE werden wir auch in den nächsten Jahren und wohl auch Jahrzehnten zu tun haben. Trotz jahrelanger Forschung, zum Beispiel in Großbritannien und in der Schweiz, wissen wir noch viel zu wenig. Bayern wird zur BSE-Forschung verstärkt seinen Beitrag leisten. Aber alleine wird Bayern die Lösung der offenen Fragen nicht schaffen können. Deshalb: Alle Verantwortlichen in den Ländern, im Bund und in Europa stehen in der Pflicht, die BSE-Forschung weiter voranzutreiben.

Meine Damen, meine Herren, die Bayerische Staatsregierung hat nach Bekanntwerden des ersten BSE-Falles in Deutschland sofort gehandelt: Sie hat bereits im Vorfeld auf Initiative von Staatsminister Miller mit Kabinettsbeschluss vom 21. November ein bundesweites generelles Verfütterungsverbot für Tiermehl gefordert. Die Bundesregierung hat das Verbot am 2. Dezember erlassen.

(Herbert Müller (SPD): Das gibts doch nicht! Jetzt setzt er sich an die Spitze der Bewegung!)

Bereits am 5. Dezember wurde das Gesundheitsministerium mit der landesweiten Einführung von BSE-Schnelltests beauftragt.

Bis zum 4. Januar hatte Bayern bereits 17291 BSE-Schnelltestes und damit weit mehr als alle anderen Bundesländer durchgeführt. Zum Vergleich: In Baden-Württemberg waren es 13452, in Niedersachsen 9262 und in Nordrhein-Westfalen 5426.

Im Rahmen des BSE-Sofortprogramms vom 19. Dezember hat die Staatsregierung die Entfernung von Risikomaterial bei Rindern aller Altersklassen beschlossen, die Futtermittelkontrollen weiter verstärkt, erneut gefordert, die Verfütterung und Verwertung von Tiermehl EU-weit unbefristet zu verbieten, ihre Forderung nach einem konsequenten Verbot von Milchaustauschern mit tierischen Fetten in der Kälberhaltung bekräftigt, zusätzlich 12 Millionen DM für ein landeseigenes BSE-Soforthilfeprogramm bereitgestellt und betroffenen landwirtschaftlichen Betrieben im Rahmen der Notstandsbeihilfe weitere Unterstützung gewährt sowie zusätzliche 10 Millionen DM für die Forschung zur Verfügung gestellt.

Sofort nach Feststellung des ersten BSE-Falls in Schleswig-Holstein haben wir Telefon-Hotlines beim Gesundheitsministerium und beim Landwirtschaftsministerium geschaltet und im Internet weitere Informationen zu BSE zur Verfügung gestellt.

An dieser Stelle möchte ich mich im Namen der Staatsregierung bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich bedanken, die in den Ämtern, in den Landratsämtern, in den Regierungen, in den Ministerien und an der Telefon-Hotline oft bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit hervorragende Arbeit geleistet haben und dies auch weiter tun. Dieser Dank gilt vor allem auch den Landräten, die hier besonders gefordert sind.

Meine sehr verehrte Damen, meine Herren, weitergehende Maßnahmen zur Eindämmung des BSE-Risikos haben der Kabinettsausschuss am 29. Dezember und die Staatsregierung heute beschlossen. Damit wer-

den die Kontrollen in der Futtermittelherstellung, in der Lebensmittelproduktion und in den Läden noch einmal verstärkt. Der Verbraucherschutz wird ausgebaut, die Forschung zu BSE in Bayern forciert und der massiv betroffenen Landwirtschaft Hilfe geleistet.

Erstens. Wir verbessern die Kontrolle der Futtermittel.

Bei der Kontrolle von Futtermitteln für Rinder werden wir künftig circa 5000 Proben pro Jahr durchführen. Damit werden die Untersuchungskapazitäten im Vergleich zu 1999 verzehnfacht. Das für diese Verstärkung der Futtermittelkontrollen notwendige Personal wird bereitgestellt. Die Bayerische Staatsregierung wird beim Bund auf die offene Deklaration auf der Verpackung der Futtermittel, also auf die detaillierte Angabe aller Inhaltsstoffe und ihrer Herkunft, drängen.

Wir wollen zurück zu dem Zustand, der bis 1988 galt. Damals wurde diese Deklaration gegen den Widerstand Bayerns bundesweit aufgehoben. Wir werden auf der Einführung einer so genannten Positivliste von Futtermitteln bestehen, mit der abschließend festgelegt wird, was verfüttert werden darf. Auch eine Verschärfung des Bußgeldrahmens im Futtermittelrecht durch den Bund ist unumgänglich. Bundeslandwirtschaftsminister Funke hat ebenfalls entsprechende Forderungen erhoben. Wir sind daher zuversichtlich, dass hier der Bund rasch handeln wird.

Der bayerische Landwirtschaftsminister hat am 23. Dezember 2000 die noch lagernden Futtermittelpartien gesperrt, bis sie schadlos entsorgt werden können. Dabei hat er durchaus die Gefahr möglicher Entschädigungsforderungen von Seiten der Futtermittelhersteller und der Landwarenhändler gesehen. Diese haben sich inzwischen auch an den Landwirtschaftsminister gewandt. Die Sicherheit für Verbraucher und Landwirte war und ist für die Staatsregierung natürlich vorrangig. Der Landwirtschaftsminister wird jetzt zur Entschädigungsfrage Verhandlungen mit dem Bund aufnehmen.

Die Staatsregierung bietet den Landwirten zudem eine freiwillige und kostenlose Untersuchungsmöglichkeit bei ausgewählten Futtermittelabnehmern an. Bayern übernimmt die Kosten der Untersuchungen. Die Rechnungen werden direkt dem Landwirtschaftsministerium gestellt.

Um die Verfütterung von Fischmehl an Fische in bayerischen Teichanlagen auszuschließen, strebt die Staatsregierung auch eine entsprechende freiwillige Vereinbarung mit der bayerischen Fischwirtschaft an. Zur Ursachenforschung werden wir die Wege der Futtermittel und die Spuren der heute in Verdacht stehenden Inhaltsstoffe von den Futtertrögen bis zur Produktion zurückverfolgen.

Zweitens. Wir verschärfen die Anforderungen an die Lebensmittelsicherheit.

Um weiteres Risiko für die Verbraucher zu vermeiden, wird sich die Staatsregierung beim Bund für eine Verschärfung der bestehenden Aussonderungspflicht von Risikomaterialien einsetzen. Als so genannte Risikomaterialien gelten derzeit insbesondere Schädel, Mandeln,

Rückenmark und der Darm von Rindern über zwölf Monate sowie die Milz von Schafen und Ziegen. Seit dem 1. Oktober 2000 müssen diese Risikomaterialien nach der Schlachtung ausgesondert und vernichtet werden.

Die Entfernung von Risikomaterial soll nach unserer Auffassung künftig auf alle Altersklassen bei Rindern, auf die gesamte Wirbelsäule und die Milz sowie auf Schafe und Ziegen ausgedehnt werden. Die Staatsregierung hat in der Vergangenheit gemeinsam mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium eine gesonderte Beseitigung von Risikomaterial nur dort für geboten gehalten, wo BSE-Fälle aufgetreten sind. Weil wir gemeinsam Deutschland für BSE-frei gehalten haben, haben wir hier eine Entfernung des Risikomaterials nicht für erforderlich erachtet. Hier waren wir nicht klüger als der Bund und die anderen Länder. Bundeskanzler Schröder hat festgestellt, dass wir alle, ob als Politiker oder als Verbraucher, vielleicht zu gutgläubig waren. Auch die SPD mit ihrem Generalsekretär hat am Sonntag Fehler der Bundesregierung eingeräumt.

Tier- und Fischmehl darf nach Auffassung der Staatsregierung EU-weit zeitlich unbefristet nicht mehr verfüttert, verwertet und exportiert werden. Bayern wird dazu erneut eine Bundesratsentschließung einbringen. Wir wollen „Graue Märkte“ verhindern und sicherstellen, dass Tier- und Fischmehl nicht mehr in die Futtermittelkette und letztlich nicht mehr in die Nahrungskette gelangt.

(Beifall bei der CSU)

Für eine solche Maßnahme brauchen wir die Zustimmung der anderen EU-Mitgliedstaaten. Trotz aller beteuerten Entschlossenheit hat der Bundeskanzler auf der Konferenz von Nizza leider keinen entsprechenden Beschluss der Staats- und Regierungschefs erreichen können. Deshalb besteht die Staatsregierung darauf, dass der Bund ein Importverbot für Tiermehl und tiermehlhaltiges Futtermittel erlassen muss, wenn diese Forderung in der EU nicht durchgesetzt werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Die Europäische Union hat nachweislich ab 1988 versagt und einen schweren Fehler gemacht, als die Verfütterung von Tiermehl in Großbritannien zwar verboten, aber der Export des gleichen britischen Tiermehls gestattet wurde. Was für britische Rinder gefährlich war, war für kontinentale Rinder offenkundig gut genug. Nach dem ersten Auftreten von BSE mussten elf Jahre ins Land gehen, ehe die Europäische Union den Export von britischem Tiermehl endlich verboten hat. Leider hat die Europäische Union immer noch nicht dazugelernt, wie die Befristung des Tiermehlverfütterungsverbots auf sechs Monate zeigt.

Die Staatsregierung hat am 27. Dezember ein Tiermehlverfütterungsverbot für die Wildfütterung erlassen. Wir sehen auch Handlungsbedarf für den Bund, das Tiermehlverfütterungsverbot auf Heimtiernahrung auszuweiten.

Bayern fordert vom Bund die Einführung einer Verbrennungspflicht von Tiermehl. Um zu verhindern, dass Tiermehl auf – welche Art auch immer – in den Nahrungskreislauf gelangen kann, muss es vernichtet werden. Andere Verwendungen als Verbrennung sollten ausgeschlossen sein. Die notwendigen Verbrennungskapazitäten stehen in Bayern jedenfalls ausreichend zur Verfügung.

Seit Jahresbeginn führen wir bei allen gefallenem und verendeten Tieren lückenlos einen BSE-Test durch. Hier gehen wir bewusst über Vorgaben der Europäischen Union hinaus, nach denen wir eine Mindestprüfzahl von 195 Proben jährlich erreichen müssen. Die Entdeckung eines BSE-Verdachtsfalles in der letzten Woche ist schon das Ergebnis dieser lückenlosen, nur in Bayern so angeordneten Kontrolle. Die notwendigen erheblichen zusätzlichen Personalkapazitäten werden wir zur Verfügung stellen. Ferner wird die notwendige Sachausstattung der Landesuntersuchungsämter, zum Beispiel in den Untersuchungslabors, aufgestockt.

In Deutschland müssen seit dem 6. Dezember des letzten Jahres alle über 30 Monate alten Schlachtrinder mit dem BSE-Schnelltest getestet werden. Auf EU-Ebene besteht erst seit 1. Januar 2001 eine derartige Verpflichtung. Deutschland ist hier freiwillig vorangegangen. BSE-Schnelltests für Rinder ab 24 Monate sind in Deutschland bisher freiwillig. Wir begrüßen es, wenn sie nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten Europäischen Union verpflichtend würden. Auch hier müssen die zuständigen Gremien der Europäischen Union handeln. Wir fordern die Bundesregierung auf, freiwillige BSE-Tests für Schafe, Ziegen und Wild zu prüfen. Auch hier hat die Sicherheit der Verbraucher absolute Priorität.

Drittens. Wir verbessern den Verbraucherschutz auch durch organisatorische Maßnahmen.

Die im Rahmen von Kontrollen aufgedeckten Fälle falscher Kennzeichnung von Wurstwaren zeigen leider die Notwendigkeit ständiger engmaschiger Überprüfungen. Um die Kontrollen noch effizienter zu machen, werden wir alle Kompetenzen bündeln, die zur Sicherheit der Lebensmittel gehören. Bayern wird dazu beim Gesundheitsministerium ein Landesamt für Lebensmittelsicherheit einrichten. Das detaillierte Konzept dazu werden wir Ihnen im März dieses Jahres vorlegen. Die staatliche Lebensmittelüberwachung setzt zudem bei Wurstwaren einen Kontrollschwerpunkt.

Viertens. Wir werden die BSE-Forschung in Bayern konzentrieren und forcieren.

Wir müssen mehr über BSE wissen. Aber das ist nicht von heute auf morgen zu erreichen, wie uns die bisherigen Erfahrungen lehren. Seit 250 Jahren kennen wir die Krankheit Scrapie bei Schafen; seit 60 Jahren wird daran geforscht. Seit den Achtzigerjahren ist die Problematik von BSE bekannt und wird auch daran geforscht. Dennoch wissen wir noch viel zu wenig über beide Krankheiten. Deshalb brauchen wir eine Verstärkung der Forschung, insbesondere der Grundlagenforschung. Hier wird Bayern als führender Wissenschaftsstandort seinen Beitrag leisten. Wir fangen nicht bei Null an. Bereits jetzt

arbeiten insbesondere an den bayerischen Universitäten in München, Würzburg und Erlangen-Nürnberg sowie sonstigen Forschungseinrichtungen eine Reihe von Wissenschaftlern am Problem BSE. Zwölf Arbeitsgruppen sind bereits heute an internationalen Forschungsprojekten beteiligt. Jetzt gilt es, die verschiedenen Initiativen zu vernetzen, zu intensivieren und mit ausländischem Know-how zu verknüpfen.

Staatsminister Zehetmair hat deshalb mit kompetenten Wissenschaftlern am Freitag ein Forschungskonzept mit folgenden Schwerpunkten erörtert:

- Erforschung der Nahrungskette vom Erzeuger bis zum Verbraucher einschließlich einer Risikobewertung von Lebensmitteln.
- Entwicklung von Testverfahren zur Feststellung von Infizierungen beim lebenden Tier sowie Verbesserung vorhandener Testverfahren.
- Erforschung von Verbreitungswegen des Erregers über Tierfutter, Böden etc. Wissenschaftlich wird auch zu klären sein, inwieweit Produkte aus Rinderbeständen außerhalb der menschlichen Ernährung Übertragungswege beinhalten könnten.
- Überprüfung genetischer Faktoren bei der Entstehung von BSE.
- Diagnostik aller neuen Varianten der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit beim Menschen und darauf aufbauend Therapieforschung, die es in Deutschland bisher noch nicht gibt.
- Erforschung eventueller Verbreitungswege beim Menschen.

Voraussetzung zur Klärung dieser Fragen ist eine Verstärkung der Grundlagenforschung. Mit den Wissenschaftlern sind wir einig, dass neben kurzfristigen Maßnahmen vor allem langfristiges Engagement in der Forschung erforderlich ist. Dazu wird Staatsminister Zehetmair einen bayerischen BSE-Forschungsverbund mit einem eigenen BSE-Forschungszentrum einrichten, den die Professoren Kretzschmar, ter Meulen und Wolf leiten sollen. Darin mitarbeiten werden unter anderem die LMU München, die Universität Würzburg, die Universität Erlangen, das Life Sciences Center Weihenstephan für Ernährung, Max-Planck-Institute sowie das Gen-Zentrum München. Die Staatsregierung hat dafür 10 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Wir erwarten von der Bundesregierung und der Europäischen Union, dass sie ihre eigenen Forschungsanstrengungen ebenfalls deutlich verstärken und die Mittel dafür entsprechend erhöhen.

(Beifall bei der CSU)

Allerdings hat – unter anderem gestern am Runden Tisch – die Wissenschaft auch um Geduld gebeten. Der Leiter des Institutes für Immunologie und Virologie der Universität Würzburg, Dekan Prof. ter Meulen, hat, nachdem er auch auf die langen Zeiträume hingewiesen hat, seit denen bereits an Scrapie und BSE geforscht wird,

stellvertretend für seine Kollegen deutlich gemacht, dass hier ein langer Atem notwendig sein wird. Erfolge in der BSE-Forschung werden seines Erachtens nicht kurzfristig zu erreichen sein. So unangenehm das ist, glaube ich, ist es dennoch notwendig, dieses deutlich zu sagen.

Meine Damen, meine Herren, im Zusammenhang mit der BSE-Forschung wird die Frage nach einer Quarantäne zu Forschungszwecken und vor allem nach der Notwendigkeit der Tötung BSE-befallener Rinderbestände gestellt. Für die betroffenen Bauern ist es ungemein schwer, mit ansehen zu müssen, wie ihre ganze Herde, wie die Früchte ihrer Arbeit und ihr ganzer Stolz zur Tierkörperbeseitigungsanlage abtransportiert werden. Bei meinen Besuchen unter anderem auch in Sulzberg und in Stamsried habe ich die große Trauer und die große Betroffenheit so vieler Hunderter von Bauern miterlebt. Ich verstehe, dass die Bauern nach Sinn und Notwendigkeit der Tötung des gesamten Bestandes fragen. Die Frage nach Sinn und Notwendigkeit stellen sich natürlich auch die Verbraucher und die Tierschützer. Nachdem Wissenschaftler eine Infektion von Tier zu Tier verneinen, sehen sie auch keine Notwendigkeit, so zu verfahren wie bisher.

Wir haben dieses Problem innerhalb der Staatsregierung nicht nur gestern außerordentlich intensiv diskutiert. Gestern haben wir im Rahmen des Runden Tisches darüber diskutiert, ob Bayern den Schweizer Weg gehen sollte, nur die direkten Nachkommen sowie die Rinder zu töten, die der sogenannten Geburtskohorte des infizierten Rindes angehören; das sind alle Tiere, die ein Jahr vor und ein Jahr nach dem BSE-infizierten Rind geboren wurden oder als Kalb zugekauft wurden. Die Bayerische Staatsregierung hält das Schweizer Modell auch aus Gründen des Tier- und Verbraucherschutzes für angemessener als die gegenwärtige Praxis in Deutschland und in Europa, mit Ausnahme Englands.

Wir können dieses Modell nicht allein in Bayern durchsetzen. Wir können das nur mit dem Bund und mit den anderen Ländern zusammen in Deutschland und in Europa erreichen. Wir haben den Bund mit Nachdruck darauf gedrängt, dass das in der Schweiz übliche Verfahren europaweit übernommen wird. Wir erwarten jetzt auch, dass die Bundesregierung handelt. Auch die Gesundheitsministerin, Frau Stamm, hat die Bundesregierung dazu bereits zweimal aufgefordert.

Bayern wird den betroffenen Landwirten übergangsweise eine Wahlmöglichkeit einräumen. Neben der sofortigen Keulung des gesamten Rinderbestandes soll es auch möglich sein, nur Rinder aus der Geburtskohorte nach Schweizer Modell zu keulen und die übrigen Rinder zunächst am Leben zu lassen. Dabei dürfen aus Gründen des Verbraucherschutzes nur die verbleibenden Tiere geschlachtet werden, die dreißig Monate alt sind und BSE-getestet werden. Die Milch wird für die Zeit des Moratoriums aus dem Futter- und Ernährungskreislauf herausgenommen. Diese Verfahrensweise soll ein Zwischenschritt zu dem von uns grundsätzlich angestrebten Schweizer Modell sein. Die Landwirte, die diese Option wählen, erhalten Unterstützung aus dem bayerischen Sofortprogramm.

Fünftens. Wir werden auch unseren Bauern, die durch die BSE-Krise zum Teil existenziell bedroht sind, helfen.

In Bayern sind derzeit sieben landwirtschaftliche Betriebe unmittelbar betroffen, mittelbar alle Rinder haltenden Betriebe. Existenzielle Gefahren sehe ich vor allem für die rund 2300 spezialisierten Rindermastbetriebe in Bayern. Um die Betriebe in dieser Situation zu unterstützen, stellt die Bayerische Staatsregierung 12 Millionen DM zur Verfügung. Die unmittelbar betroffenen Landwirte unterstützt die Staatsregierung neben den Entschädigungen aus der Tierseuchenkasse mit Notstandsbeihilfen. Damit werden zum Beispiel der Milchgeldausfall und der weitergehende Schaden bis zu einer Höhe von 75 % erstattet. Das Landwirtschaftsministerium wird Abschlagszahlungen gewährleisten.

Ebenfalls im Wege der Notstandsbeihilfe werden die mittelbar betroffenen Betriebe bei Existenzgefährdung unterstützt. Die Details dazu werden derzeit mit der Europäischen Union und dem Bund abgestimmt.

Für die betroffenen Landwirte schaffen wir Ausnahmeregelungen bei der Förderabwicklung in einer ganzen Reihe von Förderprogrammen. Dazu gehören zum Beispiel das Bayerische Kulturlandschaftsprogramm, das Agrarinvestitionsförderprogramm und Agrarkreditprogramm oder die Vorschusszahlung von EU-Rinderprämien. Bei der Frage der Anrechnung der Futterflächen hat das Landwirtschaftsministerium bereits eine Zusage der Europäischen Union erreicht, die für die bayerische Landwirtschaft Prämien in einer Gesamthöhe von 5 bis 6 Millionen DM sichert.

Bayern geht mit diesen Maßnahmen zur Unterstützung der betroffenen Landwirte im Rahmen seiner Möglichkeiten voran. Die Staatsregierung erwartet allerdings auch, dass die Bundesregierung ihrerseits ein nationales Sofortprogramm für alle von der BSE-Krise betroffenen Wirtschaftskreise auflegt und bei der EU für weitere marktentlastende Maßnahmen auf dem Rindfleischsektor eintritt.

(Beifall bei der CSU)

Insbesondere muss jetzt die Intervention bei Jungbullen deutlich aufgestockt werden.

Zusammenfassend kann ich feststellen: Die Bayerische Staatsregierung hat die nach heutigem Erkenntnisstand möglichen und notwendigen Maßnahmen beschlossen. Darüber hinaus sind jetzt auch der Bund und die Europäische Union gefordert. Herr Maget, hier könnten SPD und GRÜNE einiges für Bayern bei ihren politischen Freunden in Berlin tun; denn bisher schweigen sie sich bei den notwendigen Bundes- und EU-Hilfen völlig aus. Alleine kann Bayern das Problem nicht lösen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Die BSE-Krise kann der Staat nicht allein bewältigen. Alle – Politik, Wirtschaft, Bauern, Verbraucher, Verbände – müssen gegen BSE zusammenwirken. Am Runden Tisch haben wir gestern mit Fachleuten von Wissenschaft und Forschung, mit Vertretern der Landwirtschaft,

der Fleischwirtschaft, von Futtermittelherstellern, von Verbraucherverbänden, mit dem Bund Naturschutz und sonstigen Organisationen die gegenwärtige Situation erörtert. Sie können sich vorstellen, dass hierbei die unterschiedlichsten Interessen aufeinander gestoßen sind. In einer fruchtbaren, sachlichen und offenen Diskussion haben wir über weitere Verbesserungen bei den Futtermittelkontrollen, Fragen des Umgangs mit Tiermehl und Risikomaterial und die Problematik der Keulung des gesamten Bestandes bei Feststellung von BSE gesprochen. Diskutiert wurde auch über Fragen der BSE-Forschung, Hilfen für die Landwirtschaft und Neuausrichtung der Agrarpolitik.

Im Vorgriff auf notwendige, von Bayern initiierte gesetzliche Regelungen haben sich gestern die Verbände und Organisationen zu folgenden Selbstverpflichtungen bzw. Empfehlungen für ihre Mitgliedsbetriebe und Verbände bereit erklärt:

Erstens. Die Vertreter der Futtermittelbetriebe empfehlen allen bayerischen Futtermittelherstellern im Wege einer freiwilligen Selbstverpflichtung die offene Deklaration der Futtermittel. Der Bauer soll wieder genau wissen, was er verfüttert.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Um Tiermehl verlässlich aus der gesamten Nahrungskette herauszunehmen, verpflichten sich die Tierkörperbeseitigungsanlagen in Bayern freiwillig, sämtliches anfallendes Tiermehl ausschließlich der Verbrennung zuzuführen. Die Staatsregierung setzt sich für eine baldmögliche Klärung der Finanzierung ein. Dabei wird stets gefragt, was in den Ländern der Europäischen Union geschieht, wo das nicht gemacht wird. Das ist eine Frage, die wir in der Diskussion mit am Markt operierenden Unternehmen nur sehr schwer beantworten können.

Drittens. Die Vertreter des Metzgerhandwerks und der Fleischwirtschaft empfehlen allen Mitgliedsbetrieben im Freistaat, die Inhaltsstoffe auch von unverpackter Wurst und von Wurstwaren vollständig an der Ladentheke zu deklarieren.

Viertens. Die Vertreter des Schlachtergewerbes und des Fleischhandwerks prüfen die Empfehlung, die Entfernung von Risikomaterial so auszudehnen, wie es von der Staatsregierung gefordert wird.

Gegen die Einführung eines Zertifikats „BSE-getestet“, das in der Werbung verwendet werden könnte, wurden wichtige Einwände vorgebracht. Der gegenwärtige BSE-Schnelltest ist zwar ein wichtiges Indiz für den BSE-Nachweis, aber er kann nicht die vom Verbraucher zu Recht erwartete einhundertprozentige Garantie geben.

(Starzmann (SPD): Das glaube ich!)

Deshalb wird die Staatsregierung ein solches Zertifikat derzeit nicht zulassen.

Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass bayerische und deutsche Maßnahmen allein nicht ausreichen, sondern europaweit abgestimmtes Vorgehen unabdingbar

ist. Alle Anstrengungen müssen darauf gerichtet werden, das Vertrauen der Verbraucher in gesunde Nahrungsmittel wiederzugewinnen. Hier ist entscheidend auch die Europäische Union gefordert.

Die BSE-Fälle in Deutschland und Bayern zeigen uns Defizite und Irrtümer auf. Heute wissen wir: Manche Maßnahmen hätten in Europa, im Bund und in den Ländern, auch in Bayern, schneller und strenger durchgeführt werden müssen. So wären das europaweite generelle Verbot der Verfütterung von Tiermehl – und zwar ein lückenlos vollziehbares – und eine europaweite Vernichtung von Tiermehl früher notwendig gewesen. Manche Entwicklungen in der Agrarwirtschaft – ich nenne hier nur die Verwendung von Milchaustauschern mit tierischem Fett in der Kälbermast – hätten viele anders beurteilen müssen, angefangen von den Agrarexperten über den Bauernverband bis hin zu den politisch Verantwortlichen in der Europäischen Union, im Bund und in den Ländern.

Dazu, dass uns die Opposition heute ihre Landtagsanträge zu BSE der letzten Jahre vorhält, kann ich nur feststellen: Was hat Sie eigentlich daran gehindert, Ihre Forderungen auch bei Ihren Genossen in Berlin einzubringen und umzusetzen?

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD – Zahlreiche Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Große Unruhe)

Ihre Vorstellungen haben Ihre Genossen damals offensichtlich genauso wenig überzeugt wie uns.

(Fortgesetzte Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns – wie viele politisch Verantwortliche im Bund und in den Ländern auch – über die BSE-Freiheit Deutschlands geirrt.

(Herbert Müller (SPD): Bayerns!)

– Nein, ich rede von Deutschland. Es ist unredlich, meine Damen und Herren von der Opposition, Vorgänge von gestern mit dem Wissen von heute zu beurteilen.

(Beifall bei der CSU – Lebhafter Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen: Auch der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag war nicht frei von Irrtümern. Er hat noch Ende November 2000 ein Importverbot für Rindfleisch aus Großbritannien, Irland, Frankreich und der Schweiz als „überzogen“ bezeichnet. Das alles sind Staaten mit mehr BSE-Fällen als Deutschland. Fakt ist: Bayern hat im Bundesrat mit Zustimmung von SPD-regierten Ländern einen derartigen Beschluss durchgesetzt.

Wenn uns die Opposition „Arroganz“ vorwirft, verdreht sie die Tatsachen.

(Lachen bei der SPD – Prof. Dr. Gantzer (SPD): Was ist denn mit unseren Anträgen gewesen?)

Nicht Bayern hat sich das Prädikat „BSE-frei“ selbst verliehen. Vielmehr hat das Internationale Tierseuchenamt in Paris aufgrund der Angaben des Bundes Deutschland stets den Status der BSE-Freiheit verliehen, zuletzt im Juni 2000. –

(Frau Renate Schmidt (SPD): Das ist dementiert von demselben Amt!)

– Das ist nicht dementiert. Sie zitieren hier nicht richtig. Das Amt hat gesagt, es hat aufgrund der Angaben der Deutschen Bundesregierung im Juni 2000 Deutschland als BSE-frei bezeichnet, nicht aufgrund eigener Erkenntnisse, sondern aufgrund der Erkenntnisse, die dem Amt von der Bundesregierung geliefert worden sind.

(Beifall bei der CSU – Starzmann (SPD): Wie sollten Sie denn? – Gegenruf von der CSU)

– Regen Sie sich bitte nicht so auf. Dieser Status wird Ländern zuerkannt, die keine originären BSE-Fälle haben.

Bundeslandwirtschaftsminister Funke hat zu Recht darauf hingewiesen, dass von 1991 bis 1999 in Deutschland rund 18 990 Rinder mit zentralnervösen Störungen untersucht wurden. Dabei wurde in über 3700 Fällen auch auf BSE untersucht. Es wurde kein originärer BSE-Fall in Deutschland festgestellt. Darauf hat die Bayerische Staatsregierung vertraut, und darauf haben wir auch unsere Maßnahmen abgestimmt. Es gibt hier nicht nur eine Wahrheit, sondern mehrere. Ohne unsere Verantwortung hier auszublenden, möchte ich auf die Gesamtverantwortung sehr deutlich hinweisen: Sie können nicht nur unsere Verantwortung sehen, aber die Verantwortung der Europäischen Union und der Bundesregierung vernachlässigen. Damit machen Sie sich nicht glaubwürdiger.

(Beifall bei der CSU)

Die Damen und Herren von der Opposition haben reflexartig den Rücktritt von Staatsministerin Stamm und Staatsminister Miller gefordert.

(Schindler (SPD): Wohl überlegt!)

Sie sind auch vor haltlosen Vorwürfen gegen die Staatsregierung nicht zurückgeschreckt, sie täusche und vertusche.

(Prof. Dr. Gantzer (SPD): Stimmt doch!)

Staatsministerin Stamm und Staatsminister Miller erfüllen ihre Pflichten mit vollem Einsatz. Sie hatten und sie haben mein volles Vertrauen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Starzmann (SPD))

Meine Damen und Herren von der Opposition, im Übrigen frage ich mich, welchen Kurs Sie verfolgen. Sie verlangen den Rücktritt der beiden bayerischen Minister wegen angeblicher Versäumnisse. Warum verlangen Sie dann eigentlich nicht zuerst den Rücktritt der Bundesmi-

nister aus Ihren eigenen Parteien? Sogar der Generalsekretär der SPD, Müntefering, hat Fehler beim BSE-Krisenmanagement eingeräumt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Starzmann (SPD))

Ich empfehle Ihnen nicht oft, sich der Meinung des Bundeskanzlers anzuschließen, aber hier kann ich Sie nur auf seine Neujahrsansprache verweisen, in der er deutlich ausführte, was wir jetzt am Wenigsten brauchen: einen Wettbewerb in Rücktrittsforderungen und Schuldzuweisungen. Dem kann ich nur zustimmen.

(Beifall bei der CSU – Starzmann (SPD): In Berlin fordern die ständig den Rücktritt von Landwirtschaftsminister Funke!)

– So lösen Sie doch das Problem nicht. Glauben Sie, dass Sie mit diesen Rücktrittsforderungen überhaupt das Vertrauen der Bevölkerung in die Lösung der Probleme, die schwer genug sind, erreichen? Das ist wirklich etwas, was unsinnig ist.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Was Schuldzuweisungen anbelangt, ist auch der Bauernverband Irrtümern erlegen, zum Beispiel in seinem Einsatz für die Verwendung von Milchaustauschern oder bei seiner Absage an ein generelles Verfütterungsverbot von Tiermehl noch Ende November.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns auf Bundes- und Landesebene ein gemeinsames Handeln für die effiziente BSE-Bekämpfung. Die Gesundheit der Verbraucher, die Sicherheit der Lebensmittel und die Unterstützung der betroffenen Landwirte müssen für uns alle Vorrang haben.

Die Krise hat auch gezeigt: Nach wie vor sind unsere Erkenntnisse über BSE nicht ausreichend. Wir können deshalb nicht mit absoluter Sicherheit sagen, ob die bisherigen, die jetzt eingeleiteten und die zukünftigen Maßnahmen im Kampf gegen BSE tatsächlich den erwarteten Erfolg bringen. Die Staatsregierung wird im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher alles veranlassen, was nach heutigem Kenntnisstand nötig ist. Wir wollen das Risiko so klein wie möglich halten und größtmögliche Sicherheit schaffen. Das ist der einzig verantwortbare Maßstab. Wir sind uns darüber bewusst, und ich sage das sehr deutlich: Was wir heute wissen und tun, kann sich schon morgen im Lichte neuer Erkenntnisse als unzureichend herausstellen.

Zur Aufarbeitung von Defiziten gehört auch die Auseinandersetzung mit den Vorwürfen, die im Berichtsentwurf des Veterinärkontrollamtes der Europäischen Union enthalten sind. Wir werden unvoreingenommen prüfen, ob und gegebenenfalls wo es Defizite und Versäumnisse gab.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir auch!)

Wir werden daraus die nötigen Konsequenzen ziehen.

Die Staatsregierung hat die Projektgruppe „Verwaltungsreform“ beauftragt, zusammen mit den betroffenen Ressorts die kritisierten Verwaltungsabläufe auf den Prüfstand zu stellen und dem Ministerrat bis Ende März dieses Jahres Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.

Was die Vorwürfe betrifft, die vom Veterinärkontrollamt erhoben werden, so ist heute festzustellen: Erstens. Es wird uns vorgeworfen, in Bayern sei unzureichend und zu wenig bei gefallen Tieren auf BSE getestet worden. Dieser Vorwurf ist falsch. Richtig ist: Nach dem EU-Untersuchungsprogramm für gefallene Tiere muss Bayern pro Jahr 195 Stichproben entnehmen. Das Stichproben-Soll wurde sogar übererfüllt. Im Zeitraum 1998 und 1999 wurden insgesamt 449 Gehirne von Rindern auf BSE untersucht. Im Jahr 2000 waren es sogar 700 Stichproben. Die im Bericht des Veterinärkontrollamtes aufgeführten Untersuchungszahlen entsprechen nicht den von Bayern gemeldeten Zahlen. Um in künftigen BSE-Fällen zu einer schnelleren Verdachtsdiagnose zu kommen, wird als freiwillige bayerische Leistung lückenlos an allen gefallen und verendeten Tieren zusätzlich ein BSE-Schnelltest durchgeführt. Hier geht Bayern über die EU-Vorgaben hinaus, die lediglich eine histologische Untersuchung vorsehen.

Zweitens. Es wird uns vorgeworfen, nicht genügend Proben aus jeder der vorgegebenen Risikogruppen untersucht zu haben. Ich stelle fest: Das ist falsch. Richtig ist: Bereits in den Vorschriften der EU-Kommission fehlen konkrete Vorgaben, welche und wie viele Proben aus den Risikogruppen untersucht werden sollen. Die Kritik der Veterinärkommission sollte sich daher zuerst an die eigene Adresse richten.

Drittens. Es wird uns vorgeworfen, die bayerische Futtermittelkontrolle hätte versagt. Ich stelle fest: Das ist falsch. Richtig ist: Bayern hat mehr Futtermittelkontrollen durchgeführt, als jedes andere Bundesland.

Obwohl in Bayern etwa die Hälfte weniger Kraftfutter hergestellt wird als in Nordrhein-Westfalen, fanden beispielsweise 1998 fast dreimal so viele Untersuchungen in Bayern statt. Diese Kontrollen haben nur in einem einzigen Fall mit verbotenem Tiermehl durchsetztes Futtermittel feststellen können. In diesem Fall wurde ein Bußgeldbescheid gegen den betreffenden Futtermittelhersteller erlassen. Dieser hat dagegen Einspruch erhoben. Der Bescheid ist derzeit bei Gericht anhängig.

Meine Damen, meine Herren, die Europäische Union hat selbst,

(Franzke (SPD): Was soll das? – Weitere Zurufe von der SPD)

und das ist überaus bemerkenswert, die Ursache für die heute von ihr kritisierten Defizite gesetzt: Vor dem EU-Tiermehlverfütterungsverbot für Widerkauer galt in Deutschland ein nationales Verbot, das die Verfütterung von jeglichem Tiermehl untersagte. Die Europäische Union hat mit ihrer Entscheidung vom 27. Juni 1994 – also ein paar Monate später –, ein Tiermehlverfütterungsverbot erlassen, das sich nicht auf Geflügel, Fisch und Blutprodukte erstreckte. Damit wurde das bis dahin

geltende absolute nationale Verfütterungsverbot durch Europa aufgeweicht.

Die Europäische Union hat bei ihrer Entscheidung übersehen, dass die Unterscheidung zwischen zulässigem Geflügel- und Fischmehl und unzulässigem Tiermehl erst bei einer bestimmten Beimischungskonzentration möglich ist. Diese Grenze lag zunächst bei einem Prozent, jetzt liegt sie aufgrund besserer wissenschaftlicher Untersuchungsmethoden bei 0,5%. Nur bei einem eindeutigen Nachweis waren Zwangsmaßnahmen möglich, die auch einer gerichtlichen Überprüfung standgehalten hätten. Die 75% der Proben, in denen von bayerischen Kontrolleuren tierische Eiweiße in Futtermitteln festgestellt wurden, sind nicht zu beanstanden, da der Anteil von tierischem Eiweiß unter 0,5 bzw. einem Prozent lag. Es ist damit nicht nachweisbar, dass es sich um verbotenes Tiermehl handeln könnte.

Möglich gewesen wäre aber eine Information der Futtermittelhersteller über die Untersuchungsergebnisse. Nordrhein-Westfalen ist in dieser Art und Weise vorangegangen. Aber auch in dieser Frage gilt der rechtsstaatliche Grundsatz: Nicht rechtswidriges Verhalten kann man nicht beanstanden. Erst jetzt, aufgrund des absoluten Tiermehlverfütterungsverbotes und der Wiederherstellung des früheren Rechtszustandes, ist die Unterscheidung zwischen zulässigem Geflügel- und Fischmehl und unzulässigem Tiermehl nicht mehr notwendig. Jetzt können Verstöße auch gerichtsfest geahndet werden. Bayern hat deshalb für die in der letzten Woche festgestellten Verstöße Bußgeldverfahren eingeleitet.

Unabhängig davon kann ich das Vorgehen der EU-Kommission nur in schärfster Weise verurteilen. Bis zum heutigen Tag hat es die EU-Kommission weder für notwendig befunden, der Staatsregierung ein offizielles Exemplar des Berichtsentwurfs in deutscher Sprache zur Verfügung zu stellen, noch ihr die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Stelle sich das einer vor!)

Verbraucherkommissar Byrne hat gegenüber der Bundesregierung von einem „Entwurf eines Prüfberichts“ gesprochen, den er selber noch für überarbeitungsbedürftig gehalten hat. Dennoch hat er seine Veröffentlichung vorab zugelassen. Ich erwarte von Kommissar Byrne, dass er der Staatsregierung jetzt schnellstmöglich Gelegenheit zur Stellungnahme gibt und seinen Entwurf berichtigt. Die von Brüssel geförderten öffentlichen Vorverurteilungen Bayerns entheben die Kommission noch lange nicht von der Verpflichtung zur Gewährung rechtlichen Gehörs!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Es ist gelinde gesagt eine Unverschämtheit, dass die Europäische Union in einem nicht autorisierten Bericht Dinge, die sie selbst mit zu verantworten hat, alleine den bayerischen Vollzugsbehörden in die Schuhe schiebt. Bis heute hat die Europäische Union nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen. Nach wie vor ist das jetzt

geltende absolute Tiermehlverfütterungsverbot nur auf sechs Monate begrenzt. Die Europäische Union hat noch immer nicht eingesehen, dass ein nicht kontrollierbares Tiermehlverfütterungsverbot den Bauern Steine statt Brot gibt. Ich fordere die Europäische Union auf, die zeitliche Begrenzung des Verfütterungsverbotes schleunigst aufzuheben und nicht wieder in den vorherigen, verhängnisvollen Zustand zurückzufallen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich überlasse es Ihnen, zu beurteilen, ob noch von Objektivität der Inspektoren und einem ordnungsgemäßen rechtsstaatlichen Verfahren der EU gesprochen werden kann. Ich sage Ihnen: So kann die Europäische Union mit Mitgliedsstaaten nicht umgehen! Unter diesen Umständen ist weder der Verbraucherschutz noch die Landwirtschaft bei der EU in guten Händen! Das möchte ich hier ausdrücklich feststellen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie hatten den Prüfbericht früher in Händen als wir. Mit der Instrumentalisierung dieses Prüfberichts haben Sie aber letztlich gezeigt, worum es Ihnen eigentlich geht: Es geht Ihnen in erster Linie nicht um eine sachliche Bekämpfung von BSE,

(Unruhe bei der SPD)

sondern einzig und allein um die Diffamierung der Bayerischen Staatsregierung, zum Schaden von ganz Bayern.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, BSE betrifft die Ernährung und damit ein ganz existenzielles Grundbedürfnis. Deshalb bin ich überzeugt, dass die BSE-Krise zu einer Zäsur im Bewusstsein der Menschen führen wird,

(Herbert Müller (SPD): Zu einer Zäsur in der Landwirtschaft!)

auch wenn das bisher in den Umfragen noch nicht so deutlich festzustellen ist. Die Menschen werden sich künftig nicht nur stärker dafür interessieren, ob Wurst in der Metzgerei hygienisch verpackt wird, sondern auch dafür, was eigentlich in den Futtertrog kommt. Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz werden künftig einen höheren Stellenwert einnehmen.

Hier sehe ich durchaus Parallelen zur Entwicklung des Umweltbewusstseins in Deutschland. Ebenso wie das Umweltbewusstsein zu einem veränderten Umgang mit unserer Umwelt und den natürlichen Ressourcen geführt hat, muss ein geschärftes Verbraucherbewusstsein zu einem Umdenken bei der Produktion von Nahrungsmitteln führen. Wir brauchen gläserne Produktionsketten. Die ganze Nahrungsmittelkette, vom Landwirt über die Verarbeitung und den Handel bis zur Ladentheke, muss für den Verbraucher transparent sein. Die Entwicklung

der Landwirtschaft in den letzten Jahren muss uns allen zu denken geben.

Ich habe mich an meine jungen Jahre zurückerinnert gefühlt, als ich die Auseinandersetzungen zwischen Sizzo Mansholt auf der einen Seite und Hans Eisenmann auf der anderen miterlebte. Viele können sich daran wahrscheinlich noch erinnern. Vieles dieser Auseinandersetzung wiederholt sich heute, zwar unter anderen Umständen, doch in ähnlicher Weise. Ich erinnere an die Praxis der Tiertransporte, die nach wie vor von der EU geduldet werden. Ich erinnere an manche Auswüchse der industriellen Landwirtschaft mit Massentierhaltung. Der Druck auf die Bauern, immer billiger zu produzieren, wird immer größer. Mit dem Weltmarkt wird er sich noch verstärken. Gerade die bäuerlichen Familienbetriebe, wie wir sie in Bayern Gott sei Dank noch immer haben, können in diesem Wettbewerb mit Dumping-Angeboten immer weniger mithalten.

Erst wenn die Mehrzahl der Verbraucher durch diese Krise erkennt, dass Qualität ihren Preis hat, wird sich der Markt für qualitativ hochwertige Nahrungsmittel entsprechend positiv entwickeln.

Es liegt nun an unseren Bauern und an der Ernährungswirtschaft, diese Chance mit beiden Händen zu ergreifen und zu nutzen. Der Bauernverband sollte die Landwirte in Bayern dabei unterstützen. Wir in Bayern haben uns immer für die bäuerlichen Familienbetriebe eingesetzt. Wir werden das auch in Zukunft tun. Trotzdem oder gerade deshalb gilt mehr denn je zuvor: Der bayerische Weg einer nichtindustriellen bäuerlichen Landwirtschaft ist und bleibt richtig.

Die Landwirtschaft muss immer mit den speziellen regionalen Gegebenheiten zurecht kommen. Diese sind europa- und weltweit nicht einheitlich. Daher brauchen wir einen ausreichenden agrarpolitischen Spielraum, um den Landwirten die Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen, die diesen speziellen Gegebenheiten in den Ländern und Regionen entsprechen und an ihre Bedürfnisse angepasst sind. Diese Forderung wurde früher als versuchte Renationalisierung der Agrarpolitik diffamiert. Eine Renationalisierung der Agrarpolitik ist im zusammenwachsenden Europa und der zusammenwachsenden Welt nicht möglich und macht auch keinen Sinn. Wir brauchen aber ein Stück mehr regionale Zuständigkeit, also mehr Landeszuständigkeit vor allen Dingen bei der Einkommenspolitik für die Bauern.

(Beifall bei der CSU)

Fragen müssen wir uns alle – Staat, Verbraucher, Wissenschaft, aber auch die Landwirte –, ob auch bisher zugelassene, geförderte und für sinnvoll erachtete Methoden tatsächlich richtig waren und sind. Ich nenne hier nur den Einsatz von Milchaustauschern oder von Antibiotika. Auch jede natürliche Nutztierhaltung hat ihre Grenzen im natürlichen Angebot an Futter, im Angebot an Bewegungsraum für die Tiere und der zur Verfügung stehenden Weiden. Artgerechter Umgang mit Nutztieren muss über die gesetzlichen Mindeststandards hinaus auf allen Produktionsstufen – von der Züchtung, Haltung und Fütterung bis zum Transport und der Schlachtung –

selbstverständlich sein. Dazu brauchen wir den nötigen europarechtlichen Freiraum. Dazu brauchen wir aber auch eine offene und ehrliche Diskussion in unserem Land. Letztlich werden sich die Gesetze der Natur durchsetzen – auch das lehrt uns BSE.

(Vereinzelter Beifall bei der CSU)

Meine Damen, meine Herren, BSE ist eine gewaltige Herausforderung, die nur gemeinsam bewältigt werden kann. Wir müssen alle Kräfte für die Bekämpfung dieser Krankheit mobilisieren. Lassen Sie uns zusammenarbeiten – Bürgerinnen und Bürger, Staat, Politik, Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Landwirtschaft. Nur gemeinsam werden wir Erfolg im Kampf gegen BSE haben. Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Ich eröffne die Aussprache. Wir haben keine Gesamtredezeitbegrenzung beschlossen. Die individuelle Redezeit beträgt daher immer eine Viertelstunde. Ein Redner jeder Fraktion kann bis zu einer Dreiviertelstunde und in Ausnahmefällen bis zu einer Stunde sprechen. Als erster Redner hat Herr Kollege Maget das Wort. Die Fraktion der SPD hat für ihn die entsprechende Redezeitverlängerung beantragt. Bitte, Herr Kollege Maget.

(Prof. Dr. Gantzer (SPD): Jetzt kommt die wahre Geschichte!)

Maget (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ende des vergangenen Jahres ist Bayern in den Mittelpunkt der BSE-Krise in Deutschland gerückt. Dabei hatten fast alle Verbraucher und Landwirte den Beteuerungen der Staatsregierung geglaubt, die unablässig betonte, Bayern sei BSE-frei; Rindfleisch aus Bayern sei absolut sicher, und überhaupt werde Fleisch lückenlos von der Geburt des Tieres im Stall bis zum Verkauf an der Ladentheke sorgfältig kontrolliert. Spätestens im Dezember 2000 aber hat uns die bittere Wahrheit eingeholt. So wie in anderen Mitgliedstaaten der EU auch, gibt es in Deutschland BSE. So wie in anderen Ländern Deutschlands auch, ist Bayern betroffen. Mehr noch: Von den augenblicklich neun bekannten und bestätigten BSE-Fällen kommen sechs aus Bayern. Und es stellt sich heraus: Gerade in Bayern wurde jahrelang geschlampt, geschlafen, beschönigt und getäuscht.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Warum, Herr Stoiber, musste erst so viel passieren, bis jetzt endlich etwas geschieht? – Sicher, überall sind Fehler gemacht worden, aber nirgendwo so viele und so schwerwiegende wie in Bayern.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Willi Müller (CSU): Die Bundesregierung sitzt im Glashaus!)

Diese Erkenntnis ist bestürzend und bedrückend zugleich, denn sie markiert die schwerste Krise der

bayerischen Landwirtschaft seit Jahrzehnten. Sie ist existenzgefährdend für die Landwirte. Sie hat das Vertrauen der Verbraucher in landwirtschaftliche Produkte nachhaltig zerstört. Das amtliche Gütesiegel „Qualität aus Bayern“ ist in eine schwere Krise geraten. Der Schutz der Verbraucher vor gesundheitlicher Gefährdung hat sich als völlig unzureichend herausgestellt. Staatliche Kontrollen und Prüfinstanzen waren nachlässig. Die gesamte landwirtschaftliche Produktionsweise steht auf dem Prüfstand.

Diese traurigen Feststellungen werfen auch die Frage nach Fehlern in der Vergangenheit und nach politischer Verantwortung auf. Dabei übersehen wir nicht die Versäumnisse und die Fehler, die auf Bundesebene, in anderen Staaten und in der Europäischen Union gemacht wurden. Die BSE-Krise ist aber auch eine Herausforderung und Chance. Wir wissen, die epidemieartige Ausbreitung von BSE ist ein Produkt des Menschen. Diese Erkenntnis zwingt dazu, jetzt endlich Maßnahmen zu ergreifen, die schon längst überfällig sind, und sie zwingt dazu, in der landwirtschaftlichen Produktion umzusteuern zu einer naturgemäßen Haltung und artgerechten Fütterung der Tiere sowie endlich zu einer entschlossenen Förderung des ökologischen Landbaus.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es stimmt, dass die Politik Fehler gemacht hat, dann ist heute hier im Bayerischen Landtag zweierlei erforderlich: Erstens, die kritische Aufarbeitung von Fehlern und Versäumnissen in der Vergangenheit und der Gegenwart, und zweitens die klare Feststellung von Maßnahmen, damit es wenigstens in Zukunft gelingen kann, dass die Verbraucher in unserem Land keine Angst mehr vor BSE haben müssen und wieder gesunde Lebensmittel essen können. Zunächst ist es das Gebot der Stunde, offen und vorbehaltlos Fehler und Versäumnisse, die in Bayern gemacht wurden, zu benennen und aufzuarbeiten. Es ist keine Diffamierung, Herr Ministerpräsident, einen EU-Bericht zu veröffentlichen, sondern es ist notwendig, weil die Menschen in unserem Land einen Anspruch darauf haben zu erfahren, was alles vorgefallen ist und was für die Zukunft aus den Fehlern gelernt werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Vertrauen ist nur durch schonungslose Offenheit zurückzugewinnen.

(Dr. Bernhard (CSU): Aber nicht durch die Verbreitung von falschen Tatsachendarstellungen!)

– Zu den falschen Darstellungen komme ich gleich.

Der größte Fehler war zweifellos der Hochmut der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Finger wurde stets nur auf andere gedeutet.

(Mehrlich (SPD): Auch heute!)

Heute hören wir von Seiten der CSU viel Philosophisches und Nachdenkliches. Im vorliegenden Dringlichkeitsantrag der CSU heißt es plötzlich, dass sich „offensichtlich kaum ein Land der Rinderkrankheit BSE entziehen“ könne. Wie erklärt es sich dann, dass sich noch im Februar letzten Jahres Landwirtschaftsminister Miller in einer Pressemeldung seines Hauses zu der Aussage verstieg: „Mit dem Herkunftszeichen ‚Qualität aus Bayern‘, haben sie die Gewissheit, absolut BSE-freies Fleisch aus heimischer Produktion zu erhalten.“ Bei solch grober Fahrlässigkeit muss man wirklich aufpassen, dass nicht demnächst der Staatsanwalt ins Haus kommt.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da es in Bayern kein BSE gäbe, seien auch BSE-Schnelltests gänzlich überflüssig. Das war die Philosophie. Als im Frühjahr 1999 in Nordrhein-Westfalen begonnen wurde, Schnelltests an Rindern zu erproben, bezeichnete die bayerische Gesundheitsministerin Stamm diese Vorsorgemaßnahme als willkürlich und als eine „weitere unnötige Verunsicherung des Verbrauchers“.

(Starzmann (SPD): Hört, hört!)

Wie heißt es doch in der entsprechenden Pressemeldung des bayerischen Sozialministeriums vom 4. März 1999: „Wenn in Deutschland, das ja bekanntlich BSE-frei ist, gesunde Schlachtrinder auf BSE untersucht werden, ist der Ausgang der Untersuchung schon vor deren Beginn klar.“ In Wahrheit stammt der erste BSE-Fall Deutschlands, nämlich die am 2. November 2000 geschlachtete Kuh Heidi, aus Bayern. Über einen entsprechenden Verdacht haben die bayerischen Vertreter im Bundeskrisenstab jedoch kein Wort verloren. Auch in der Erklärung von Frau Staatsministerin Stamm vor dem Bayerischen Landtag am 28. November letzten Jahres findet sich kein Hinweis auf diesen Vorgang. Statt dessen auch hier wieder umfassende Kritik an anderen: an den europäischen Staaten, natürlich an der EU und erst recht an der Bundesregierung. Statt Eigenlob wäre damals wenigstens ein Quäntchen Selbstkritik schön und notwendig gewesen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass nach jüngsten Pressemeldungen von heute BSE-Tests, die von Herstellern wie der Firma „Hipp“ auf freiwilliger Basis und auf eigene Kosten durchgeführt werden, von der staatlichen Bezirksregierung in Oberbayern sogar verboten worden sind, ist der Oberhammer.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite schwere Fehler der Regierung Stoiber und auch der CSU-Mehrheit im Bayerischen Landtag waren schwere Versäumnisse beim Verbraucherschutz. Seit 1994 beantragte die SPD in diesem Hause nahezu jährlich ein Herstellungs- und Verfütterungsverbot für Tiermehl. Jahr für Jahr wurden unsere Anträge abgelehnt,

zuletzt ein Antrag im Jahre 1997, in dem gefordert wurde, wenigstens so lange die Verfütterung von Tiermehl auszusetzen, bis zweifelsfrei geklärt ist, welche Gefahren von Tiermehl ausgehen. Die Antwort von Frau Staatsministerin Stamm lautete damals: „Die Entsorgung der Tierkörper, Tierkörper Teile oder des Tiermehls würde weitere Kosten verursachen, die die Erzeuger oder Verbraucher zu tragen hätten, ohne dafür mehr Qualität oder Sicherheit zu erhalten.“ Diese für den Verbraucherschutz katastrophale Haltung hat das Sozialministerium noch bis zum November letzten Jahres aufrechterhalten.

(Prof. Dr. Gantzer (SPD): Rücktritt!)

Bei der Sitzung des BSE-Krisenstabes im Bundeslandwirtschaftsministerium am 25. November letzten Jahres sprach sich als letzter und einzig und allein der Vertreter Bayerns gegen einen nationalen Alleingang beim Verbot der Tiermehlherstellung aus. Noch schwerer wiegt, dass in Bayern nicht schon früher ein BSE-Schnelltest eingeführt wurde. Ein solcher wurde am 20. Oktober 1999 von meiner Fraktion beantragt und endgültig von der CSU-Mehrheit am 18. Mai 2000 abgelehnt. Dabei hatte der Bundeslandwirtschaftsminister bereits im Juni 1999 die Länder darauf hingewiesen, dass diese Schnelltests Möglichkeiten zur Verbesserung der Überwachung auf BSE eröffneten. Jetzt rühmt sich die Staatsregierung damit, BSE-Schnelltests endlich eingeführt zu haben. Dies wäre sehr viel früher notwendig und richtig gewesen, wurde in diesem Hause aber leider zum Schaden Bayerns, seiner Verbraucher und seiner Landwirte von der CSU-Mehrheit abgelehnt.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unverantwortlich war die Bremserrolle Bayerns in Berlin. Bei aller berechtigten Kritik, die es sicherlich auch an der Bundesregierung zu üben gilt, waren es leider stets die zuständigen bayerischen Minister Stamm und Miller, die sich in Berlin vehement gegen mehr Verbraucherschutz eingesetzt haben.

Als von der Europäischen Kommission schon im Juni letzten Jahres beschlossen wurde, Risikomaterialien, also Gehirn, Rückenmark und Augen, bei der Tiermehlherstellung zu entfernen und gesondert zu beseitigen, weil sie als besonders gefährlich gelten, versuchte Frau Stamm zunächst mit Schreiben vom 15. Juni 2000 an Bundesgesundheitsministerin Fischer, eine ablehnende Haltung Deutschlands in dieser Frage zu erreichen. Wörtlich schreibt Frau Stamm: „... bitte ich Sie, bei den kommenden Beratungen im ständigen Veterinärausschuss und auch im Rat Ihren Einfluss geltend zu machen, dass die von der Europäischen Kommission ins Auge gefasste Regelung nicht zum Tragen kommt.“

(Starzmann (SPD): Hört, hört!)

Als die Europäische Kommission dankenswerterweise am 29. Juni beschlossen hatte, entgegen dem Wunsch Bayerns gesundheitsgefährdende Risikomaterialien aus der Tierfutterproduktion herauszunehmen, protestierte ausgerechnet die für Verbraucherschutz und Gesundheit

zuständige bayerische Ministerin Stamm erneut, diesmal mit Schreiben vom 23. August 2000 an Bundeslandwirtschaftsminister Funke, gegen die beschlossenen Maßnahmen, weil sie, so wörtlich, geeignet seien, den Verbraucher zu verunsichern und mit unzumutbaren Beeinträchtigungen für unsere Land- und Forstwirtschaft verbunden seien. Mehr noch: Sie fordern sogar die Bundesregierung auf, die Entscheidung durch den Europäischen Gerichtshof überprüfen zu lassen und „fristgerecht Klage zu erheben und die einstweilige Aufhebung der Entscheidung beim Gerichtshof zu beantragen.“

(Zuruf von der SPD: Ungeheuerlich!)

Die Entscheidung, Risikomaterialien aus der Tiermehlproduktion herauszunehmen, wollten Sie sogar auf dem Klageweg verhindern. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer als Gesundheitsministerin solches schreibt und verlangt, kann nicht Gesundheitsministerin bleiben.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Starzmann (SPD): Diese Frau lädt Schuld auf sich! – Prof. Dr. Gantzer (SPD): Ab ins Kloster! – Hofmann (CSU): Jedes Pfund Dummheit gehört hier bestraft!)

Dieses Vorgehen von Frau Stamm ist skandalös und unverzeihlich. Da hilft es auch nichts, angesichts unserer Rücktrittsforderung persönlich die Beleidigte zu spielen.

Liebe Frau Stamm, eine Rücktrittsforderung ist in einer Demokratie keine Majestätsbeleidigung, sondern sie ist in diesem Fall berechtigt.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ebenso hanebüchen war die Haltung der Bayerischen Staatsregierung, als es im Sommer darum ging, Deutschland als BSE-Risikoland einzustufen. Herr Dr. Stoiber, Sie haben darüber gesprochen. In einem Expertengespräch am 13. April 2000 im Bundeslandwirtschaftsministerium bestand – ausweislich des Ergebnisprotokolls, das jetzt Bundeslandwirtschaftsminister Funke zu Recht vorgehalten wird und aus dem ich zitiere – „einhellig die Meinung, dass von politischer Seite Vorbereitungen für den ersten Fall von einheimischer BSE in Deutschland getroffen werden sollten.“ Die Einschätzung des EU-Kommissars Byrne im Frühjahr letzten Jahres, dass man Deutschland als BSE-Risikoland einstufen sollte, war richtig. Und sicherlich war es falsch von Landwirtschaftsminister Funke, dass er diese Warnung nicht ernst genug genommen hat.

Was aber war die Reaktion aus Bayern? – Eilends schreibt Landwirtschaftsminister Miller an seinen Amtskollegen in Berlin und protestiert gegen die Absicht der Europäischen Union. „Deutschland ist nach wie vor BSE-frei“, schreibt Miller im Mai 2000 an Funke. Und weiter: „Eine Risikoeinstufung wie vorgesehen hätte für unsere Land- und Ernährungswirtschaft erhebliche finanzielle Belastungen zur Folge. Unter anderem müssten die Risikomaterialien getrennt erfasst und vernichtet werden. Das deutsche System zur Entsorgung und Verwertung von Schlachtabfällen ... ist anerkanntermaßen

sicher in der Abtötung des BSE-Erregers.“ Im Übrigen halte er, Miller, die Pläne der Kommission für diskriminierend und bitte daher, „mit Nachdruck für die Einstufung Deutschlands als BSE-frei einzutreten.“

Bayern ist also, anders als Stoiber immer wieder glauben machen will, nicht an der Spitze der BSE-Bekämpfung gestanden. Vielmehr hat die Regierung Stoiber nachweislich sinnvolle Maßnahmen ausgebremsst, blockiert, verzögert und verhindert.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Vorkommnisse bei der Futtermittelherstellung in Bayern, die von der angesprochenen Delegation der Europäischen Union an das Tageslicht gebracht wurden – Gott sei Dank endlich an das Tageslicht gebracht wurden –, sind unvorstellbar. Die Kontrollen waren offenkundig völlig unzureichend. Anders wäre es auch nicht zu erklären, dass die erpappte Staatsregierung jetzt endlich viel zu spät beschlossen hat, die Kontrollen im Vergleich zum Jahr 1999 auf künftig zirka 5000 Proben im Jahr zu verzehnfachen.

(Glück (CSU): Wobei sie in der Vergangenheit schon mehr untersucht hat als alle anderen Länder!)

In Bayern produzieren 51 Futterfabriken Kraftfutter für Wiederkäuer. 17 Fabriken verwenden Tiermehl, davon verfügen nur zwei über getrennte Produktionslinien. Die verbleibenden 15 Fabriken verwenden Tiermehl in derselben Produktionslinie, in der Futter für Wiederkäuer hergestellt wird. Auf den gleichen Aufnahmerampen und Transportbändern werden Tiermehl und andere Rohmaterialien verladen. Eine Säuberung nach Aufnahme von Tiermehl ist nicht vorgesehen. Für Tiermehl- und beispielsweise Sojalieferungen werden die gleichen Lastwagen verwendet. Klare Anweisungen an die Lastwagenfahrer, dass sie ihren Wagen nach jeder Lieferung säubern sollten, bestanden in Bayern nicht. In Nordrhein-Westfalen dagegen bestehen klare Abgrenzungen der Produktionslinien, die Belegschaften inklusive Säuberungspersonal und die Lastwagenfahrer werden instruiert, und es gibt ein internes Training, das auf das Problem der Verunreinigung zugeschnitten ist.

(Starzmann (SPD): Das hat sogar Herr Stoiber zugegeben!)

Wen kann es angesichts dieser beispiellosen Schlampe in Bayern noch verwundern, dass in drei von vier der entnommenen Kraftfutterproben Reste von Tiermehl gefunden wurden, obwohl dieses Kraftfutter für Wiederkäuer vorgesehen war und die Verfütterung von Tiermehl an Wiederkäuer seit 1994 verboten ist?

(Glück (CSU): Die Schlussfolgerung ist falsch!)

Da hilft es auch nicht, dass Grenzwerte bis 1% bzw. 0,5% rechtlich zugelassen waren; denn darüber wurde die Öffentlichkeit ja im Unklaren gelassen. Die Landwirte waren mit Recht der Auffassung, dass tiermehlfreies Kraftfutter auch tatsächlich tiermehlfrei wäre.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben auf die Auskunft der Hersteller und auf die Auskunft der Politik vertraut und ihren Metzgern und dem Verbraucher guten Gewissens versichert, dass garantiert kein Tiermehl in das Kraftfutter gelangt sein kann. Deshalb hätte man durch geeignete Maßnahmen und organisatorische Vorkehrungen wie zum Beispiel Spülchargen und anderes wie in Nordrhein-Westfalen dafür Sorge tragen müssen, dass die Toleranzgrenze für Tiermehl im Kraftfutter auf Null gedrückt wird. Dieses ist in Bayern aber unterlassen worden. Damit haben Sie schweren Schaden über unser Land gebracht.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schlampig ging es auch bei den Nachuntersuchungen von Gehirnproben BSE-verdächtiger Rinder in Bayern zu. Bei einer Vielzahl von Gehirnproben verdächtiger Rinder wurde überhaupt keine abschließende labordiagnostische Untersuchung durchgeführt. Im Landesuntersuchungsamt Süd wurden beispielsweise 1998 214 Hirnproben eingesandt. Davon kamen 158 von Tieren, die zentralnervöse Störungen gezeigt hatten. Lediglich 24 davon wurden tatsächlich auf BSE getestet; die anderen 134 Gehirnproben wurden schlicht weggeworfen, weil sie verdorben oder tiefgefroren waren. An tiefgefrorenen Gehirnen kann man keinen BSE-Test durchführen.

Von einer verantwortungsbewussten oder gar konsequenten risikovermeidenden und vorsorgenden Untersuchungspraxis kann in Bayern leider überhaupt keine Rede sein.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinzu kommt, dass sämtliche Dienststellen, die im Verantwortungsbereich der bayerischen Ministerien für Gesundheit, Verbraucherschutz und Futtermittelkontrolle zuständig sind, völlig überlastet und unterbesetzt sind. So ist zum Beispiel die im Bayerischen Landesamt für Ernährung für die Futtermittelkontrolle zuständige Stelle, die neben der Kontrolle von mindestens 65 Futtermittelfabriken auch noch mit anderen Aufgaben betraut ist, mit sage und schreibe 1,5 Mitarbeitern besetzt. Es gibt 1,5 Mitarbeiter für diese Aufgabe. Die Tatsache, dass die für Verbraucherschutz im Sozialministerium zuständige Dienststelle schon bei der Schweinepest 1997 hoffnungslos unterbesetzt und überfordert gewesen ist, hat leider zu keinerlei Verbesserungen und Gegenmaßnahmen geführt.

Untersuchungen und Verdachtsfälle wurden in Bayern, wenn überhaupt, besonders zögerlich und unverantwortlich langsam abgewickelt. Im Fall der Kuh „Heidi“, dem ersten BSE-Fall in Deutschland, vergingen sogar sieben Wochen zwischen Krankschlachtung und Feststellung eines positiven BSE-Ergebnisses. Als am 2. November nach einer Krankschlachtung der Kopf des Tieres abgetrennt und mit dem Vermerk „BSE-Verdacht“ an das Landesuntersuchungsamt für Gesundheitswesen in Oberschleißheim geschickt wurde, wird dort der verfügbare

BSE-Schnelltest leider nicht angewendet. Stattdessen wird das Gewebe in Formalin eingelegt und bleibt erst einmal drei Wochen liegen. Nachdem ein histologischer Test ein negatives Ergebnis erbringt, bleibt das Gewebe unerklärlicherweise weitere zwei Wochen unbearbeitet in Oberschleißheim liegen. Wochen wichtiger Zeit wurden dadurch verloren. Der Kreisobmann des Bayerischen Bauernverbandes aus dem betroffenen Landkreis Weilheim-Schongau meint dazu – ich zitiere –: „Es ist ein schlechter Stil des Ministeriums für Gesundheit, dass es so lange gedauert hat, bis Verbraucher und Bauern informiert werden. Diesen Vorwurf kann ich dem Ministerium nicht ersparen.“

(Beifall bei der SPD)

Als Ministerin Stamm zuletzt am 28. November vergangenen Jahres im Landtag zum Thema BSE sprach, berichtete sie erneut nur von Versäumnissen der Bundesregierung. Zu BSE-Verdachtsfällen in Bayern und zu eigenen Versäumnissen hat sie leider kein Wort verloren.

Für alle diese aufgezeigten Fehler und Versäumnisse gibt es klare politische Verantwortlichkeiten. Ein Neuanfang ist nur dann glaubwürdig, wenn die für die Fehlentwicklung Verantwortlichen gehen und kein weiteres Unheil mehr anrichten können.

(Beifall bei der SPD)

Ein Neuanfang ist aber auch nur dann möglich, wenn endlich eine umfassende Kurskorrektur erfolgt. Die Vorschläge der Staatsregierung, die wir bislang kennen, sind hierfür unzureichend. Sie enthalten zum größten Teil Selbstverständlichkeiten, und es wird mühsam versucht, bislang Versäumtes nun endlich und mit jahrelanger Verspätung auf den Weg zu bringen. Wirklich neu ist nur der Vorschlag, ein Landesamt für Lebensmittelsicherheit einzurichten, in dem die Zuständigkeiten für die Lebensmittelkontrolle und die Lebensmittelherstellung gebündelt werden. Diesen Vorschlag begrüßen wir. Allerdings wird es darauf ankommen, wie diese Anstalt organisiert und personell ausgestattet wird und dass sie politisch unabhängig arbeiten kann.

(Beifall bei der SPD)

Auch die gestrige Entscheidung der Staatsregierung, bei BSE-Fällen zunächst keine Herdentötung mehr vorzunehmen, begrüße ich. Bereits in der vergangenen Woche habe ich diesen Vorschlag unterbreitet, und deshalb Bundeskanzler Schröder darum gebeten, eine entsprechende Änderung des Bundesseuchengesetzes prüfen zu lassen.

Darüber hinaus hält die SPD jetzt folgende Maßnahmen für dringend geboten und vordringlich erforderlich:

Erstens. Wir alle wissen zu wenig über die Entstehung der Rinderseuche. Deshalb ist die Forschung endlich zu intensivieren. Bislang wurden Forschungsvorhaben in Deutschland nicht mit dem notwendigen Nachdruck unterstützt, weil man sich selbst zu lange hochnäsiger als BSE-frei eingestuft hatte. Jetzt kommt es darauf an, die

Ursachenforschung zu verstärken. Auch Milchaustauscher, Kälberstarter und Mineralfutter müssen in die Ursachenforschung einbezogen werden, weil Fette aus Tierkörperbeseitigungsanstalten häufig ein Bestandteil des Futters waren. Außerdem muss die Forschung auch neuen Spuren, wie Umwelteinflüssen, genetischen Defekten oder Inzuchtproblemen nachgehen. Wichtig ist es vor allem, die BSE-Tests zu verbessern und insbesondere Tests an lebenden Tieren zu entwickeln.

Zweitens. Tiermehl muss aus heutiger Sicht als wahrscheinlichster Verbreitungsweg gelten. Deshalb muss es endgültig und vollständig nicht nur aus der Verfütterung an Wiederkäuer allein, sondern aus der Verfütterung an alle landwirtschaftlichen Nutztiere zuverlässig herausgenommen werden. Das beantragen wir in diesem Hause schon seit 1994 vergeblich.

(Beifall bei der SPD)

Ein schwerer Fehler war es, dass Sie damals nicht auf die Opposition gehört haben.

Die Einfuhr und die Ausfuhr von Tiermehl müssen untersagt werden, und dazu müssen strenge Kontrollen stattfinden. Wir brauchen eine offene Deklaration bei Futtermitteln, die die gesamte Rezeptur und alle Bestandteile enthält und die den Landwirten und Verbrauchern endlich Klarheit gibt.

Drittens. Wir müssen Fütterungsgrundsätze erarbeiten und beachten, die der Eigenart der Tiergattungen gerecht werden. Wiederkäuer dürfen nicht zu Kannibalen gemacht werden. Statt dessen ist endlich nach dem Grundsatz zu verfahren: Kühe fressen Gras und Kälber trinken Milch, nicht aber Kadavermehl, tierische Eiweiße, Mineralfutter, Milchaustauscher mit tierischen Fetten oder Milchleistungsfutter mit tierischen Anteilen. Gerade dem Milchaustauscher gebührt hier besondere Aufmerksamkeit. Ihm wird als Energieträger Tierfett beigemischt. Das ist der falsche Weg. Pervers wird es dann, wenn dieses Tierfett, nur um Kosten zu drücken, auch noch aus der Kadaververwertung stammt, wie es bis in die Gegenwart der Fall war.

Viertens. Wir müssen das Gütesiegel „Qualität Herkunft aus Bayern“ gründlich überarbeiten. Dazu gehören nicht nur strenge Kontrollen, sondern endlich auch artgerechte Haltungs- und Fütterungsgrundsätze. Die Landwirtschaft ist in Forschung, Ausbildung und Beratung völlig neu auf Nachhaltigkeit statt Höchstleistung auszurichten. Die Agrarförderung muss ökologische Leistungen berücksichtigen. Statt Förderung nach Anbaufläche sind soziale und ökologische Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Wir brauchen für die Landwirtschaft ein Programm der Qualitätssicherung und der Qualitätskontrolle. Dazu gehört es auch, dass endlich Beratung der Landwirtschaft einerseits und Kontrolle der Betriebe andererseits voneinander getrennt werden.

Fünftens. Eine wesentlich stärkere Kontrolle der Futtermittelindustrie und klare politische Vorgaben für die Produktion sind unverzichtbar. Futtermittelfirmen müssen ihre Einkäufe und Warenströme offenlegen. Verstöße gegen bestehende Gesetze und Verordnungen sind

schärfer als bisher zu bestrafen. Dass Futtermittel auch jetzt immer noch Tiermehl enthalten, ist skandalös.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eben erhielt ich eine dpa-Meldung, dass von zehn eingesandten Futtermittelproben, die Allgäuer Bauern zur Untersuchung geschickt haben, immer noch zwei Tiermehl enthalten. Das ist der Zustand von heute.

(Zurufe von Abgeordneten der SPD: Heute? – Herbert Müller (SPD): Ja, vor einer halben Stunde!)

Angesichts der Diskussionen in den letzten Wochen und angesichts der Tatsache, dass die Menschen glauben, dass vor dem Hintergrund dieses Wissens alles getan würde, um Gefahren zu vermeiden und abzuwenden, ist dieser Vorgang ungeheuerlich. Nichts wird getan, weiter wird in diesem Land geschlampt, und das ist ungeheuerlich.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich verstehe die Forderungen der Rinderzüchter, dass sie die Namen der Futtermittelpanscher und auch die Höhe der verhängten Bußgelder erfahren. Auf diese Informationen hat die Öffentlichkeit einen Anspruch.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn nicht bald europaweit die offene Deklaration von Futtermitteln eingeführt wird, muss Deutschland dies im nationalen Alleingang einführen. Auf eine freiwillige Selbstverpflichtung der Futtermittelindustrie zu setzen, wie es gestern Herr Staatsminister Huber erklärt hat, ist mit Sicherheit viel zu wenig. Ein solche Selbstverpflichtung hat keine Aussicht auf Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Sechstens. Sämtliche Behörden und Dienststellen, die mit Kontrolle, Verbraucherschutz, Gesundheitsdienst und Fleischprüfung zu tun haben, sind endlich personell ausreichend auszustatten. Ihre Kompetenzen sind zu bündeln. Angesichts der offenkundigen Hilflosigkeit der Staatsregierung bei der Bekämpfung von BSE ist nach dem Vorbild des Bundes auch in Bayern ein unabhängiger Ermittler einzusetzen, der alle Schwachstellen, den Zuständigkeitswirrwarr zwischen den Ministerien und die bisherigen Versäumnisse aufklärt und dargestellte Lösungswege zusammenfasst. So geschieht es bereits in Berlin. Darüber hinaus muss die Staatsregierung eine saubere Schadensbilanz vorlegen. Es ist notwendig, einen unabhängigen Verbraucheranwalt einzusetzen, der als Landesbeauftragter direkt dem Bayerischen Landtag zugeordnet wird und der als Ombudsmann der Verbraucher in Bayern frei von Weisungen der Regierung arbeitet. So hat es bereits gestern der SPD-Landesvorsitzende Hoderlein vorgeschlagen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Am wichtigsten ist es aber, die landwirtschaftliche Produktion endlich an ökologischen Grundsätzen auszurichten. Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Verabschiedung eines Ökolandbaugesetzes ist der richtige Weg. Wir wollen die verstärkte Förderung des Anbaus und der Vermarktung ökologischer Erzeugnisse und ein staatliches Kennzeichen für solche Produkte, welches streng überwacht wird und welches ein Höchstmaß an Transparenz und Sicherheit für den Verbraucher gewährleistet.

Auch Bayern hat im Hinblick auf den ökologischen Landbau großen Nachholbedarf. Während der Anteil dieser Bewirtschaftungsform in Österreich bereits bei 18% liegt, beträgt er in Bayern nur 3%. An dieser Stelle müssen die Neuorientierung und die öffentliche Förderung ansetzen, damit Vertrauen zurückgewonnen werden kann.

(Zurufe von der CSU)

– Ich denke, wir sind da einer Meinung. Auch der Ministerpräsident hält offenkundig eine Ausweitung der genannten Quote auf 10% für möglich. Die Frage ist, warum nicht genug getan wird, um dies zu erreichen.

Die BSE-Fälle in Bayern haben großen Schaden angerichtet. Das Vertrauen der Verbraucher in staatliche Behörden und Organisationen wurde schwer erschüttert. Es ist unsere Pflicht, Schaden wieder gutzumachen. Es geht vor allem darum, dass die Verbraucher gesunde Lebensmittel bekommen. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, BSE einzudämmen und die BSE-Seuche wieder loszuwerden. Das hilft der Landwirtschaft. Dazu brauchen wir vor allem eine andere Agrarpolitik. Wenn wir jetzt nicht umsteuern, wann dann? Vonnöten ist auch eine Neuorientierung der europäischen Agrarpolitik. Die EU-Agrarförderung ist im Kern unsozial, verbraucherfeindlich und ökologisch unverträglich. Sie fördert Produktionsentscheidungen nach dem Motto: Wo kann ich die höchsten Prämien erwarten? Ausgleichszahlungen und Prämien für die Landwirtschaft müssen künftig strikt an nachhaltiges Wirtschaften im ländlichen Raum geknüpft werden und dürfen sich nur an sozialen und ökologischen Qualitätskriterien orientieren.

Heute hören wir von der CSU Wohlfeiles über allgemeine gesellschaftliche Risiken der industriellen Welt. In Wirklichkeit haben die verantwortlichen CSU-Minister die Risiken in Bayern erst herbeigeführt und sogar noch verstärkt.

(Zustimmung bei der SPD)

Staatsminister Millers Landwirtschaftsministerium hat noch in der Dezemberausgabe seines landwirtschaftlichen Beratungsmagazins, das als offizielles Mitteilungsblatt an alle Landwirtschaftsämter geht, die Verfütterung von Tiermehl empfohlen. Wörtlich heißt es in dieser Veröffentlichung vom Dezember vergangenen Jahres:

Mit Reststoffen aus der Tierkörperbeseitigung (Tiermehle, Fleischknochenmehle) ließen sich bei vernünftiger Einsatzmenge im Schweinefutter gute Mast- und Schlachtleistungen erzielen.

(Zurufe von der SPD)

Die Verwertung solcher tierischer Eiweißträger ist ... vorteilhaft für Landwirte und Verbraucher.

(Unruhe bei der SPD)

Wer heute als Landwirtschaftsminister solche Ratschläge erteilt, kann nicht Landwirtschaftsminister bleiben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

So kann es in unserem Land nicht weitergehen. Wir brauchen Ehrlichkeit und Offenheit, eine Umkehr, aber auch die Übernahme politischer Verantwortung sowie eine durchgreifende Wende in der Agrar- und in der Verbraucherpolitik.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Präsidentin Riess: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich unsere ehemalige Kollegin Marianne Würdinger begrüßen, die unsere Debatte von der Diplomatenloge aus verfolgt. Herzlich willkommen bei uns.

(Beifall – Zuruf von der CSU)

– Ich begrüße ebenso herzlich Herrn Kollegen Niedermayer. – Das Wort hat nun Herr Kollege Glück.

Glück (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 28. November vergangenen Jahres haben wir uns hier unter dem Eindruck des ersten BSE-Falls in Deutschland, damals in Schleswig-Holstein, mit dem nun zur Diskussion stehenden Themenkreis befasst. Beim Pressestammtisch, den ich an Plenartagen routinemäßig veranstalte, habe ich damals gesagt: Angesichts des Falls aus Schleswig-Holstein und der Art des betroffenen Betriebes kann eigentlich kein Betrieb als nicht gefährdet bezeichnet werden, der Kraftfutter zukaufte – wenn das zugekaufte Kraftfutter der Verbreitungsweg ist –. Das war gewissermaßen, wie es in der Branche heißt, „unter drei“. Als ich zum Plenarsaal ging, erwartete mich ein Team von SAT 1 mit laufender Kamera. Man sprach mich an: Herr Glück, wir haben gehört, Sie schließen einen BSE-Fall in Bayern nicht aus. – Natürlich konnte ich zu diesem Zeitpunkt einen BSE-Fall in Bayern nicht mehr ausschließen. Ich habe blitzschnell darüber nachgedacht, wie ich in der Situation reagieren sollte. Herr Hoderlein, mich interessiert schon, was Sie daraufhin gesagt hätten.

Hätte ich, obwohl es keine konkreten Hinweise gibt, erklärt, ich könne nichts ausschließen, hätte es anschließend bayern-, ja, deutschlandweit die Schlagzeile gegeben: Glück schließt BSE-Fall in Bayern nicht aus. Natürlich hätten mich Landwirte und Verbraucher gefragt, wie ich zu der Einschätzung komme. Die Landwirte wären mir geradezu ins Gesicht gesprungen und hätten mir vorgehalten: Was haben Sie für ein Verantwortungsge-

fühl, wenn Sie auf der Grundlage einer Vermutung den gesamten Fleischmarkt kaputt machen? Die Verbraucher hätten mich nach den Beweggründen für meine Aussage gefragt. Aus heutiger Sicht ist alles sehr viel einfacher.

(Zurufe der Abgeordneten Starzmann (SPD) und Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Starzmann, damit werden wir uns noch auseinander setzen. Herr Dr. Dürr, zu Ihnen komme ich auch noch; denn Ihre gegenwärtige Argumentation zur Bio-landwirtschaft ist nichts anderes als Ausdruck lebensgefährlichen Leichtsinns. Dazu werde ich noch etwas sagen.

(Beifall bei der CSU)

Heute müssen wir in Deutschland und somit auch in Bayern redlicherweise alle feststellen, dass wir einer Fehleinschätzung erlegen sind. Das gilt für die Politik, für alle Parteien und für alle Regierungen.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt nicht!)

Das gilt für die Fachorganisationen der Landwirtschaft, für die Fachorganisationen der Ernährungswirtschaft und nach meiner Erinnerung auch für die Verbraucherorganisationen. Ich kann mich an keinen öffentlichen Aufschrei der Verbraucherorganisationen etwa zu dem Zeitpunkt erinnern, als die EU-Kommission Deutschland und neun weitere Länder als Risikoland eingestuft hat. Es gab dafür auch nicht die notwendige Sensibilität. Jedenfalls waren es eben nicht nur, wie es uns jetzt die Redner der Opposition weismachen wollen, die Lobbyisten der Wirtschaft, die hier einer Fehleinschätzung erlegen sind.

Übrigens haben sich die Wissenschaftler, von den entsprechenden Experten einmal abgesehen, bis 1996 überhaupt nicht für die Problematik interessiert, weil BSE bis dahin nur als Tierseuche galt. Erst als 1996 aus Großbritannien berichtet wurde, dass es wahrscheinlich eine neue Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit gebe, erwachte das öffentliche Interesse und wandte sich auch die Wissenschaft stärker der Problematik zu. Ich füge hinzu, übrigens nach Auswertung eines Medienfachorgans, dass sich in der Vergangenheit auch die Publizistik in Deutschland, der kritische Journalismus eingeschlossen, für diese Thematik nicht interessiert hat.

Wie kam es zu der Fehleinschätzung? Natürlich einmal vor dem Hintergrund, dass eine Behörde wie das Europäische Tierseuchenamt aus den Gründen, die vorher genannt worden sind, sagt: Deutschland ist BSE-frei. Als die Europäische Kommission die neue Risikoeinstufung vorgenommen hat, Herr Maget, Herr Dürr und alle, die Sie jetzt so selbstsicher argumentieren,

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das machen doch Sie!)

haben Sie dies im Bayerischen Landtag zur Sprache gebracht? Sie haben Ihr Ritual des Tiermehls, so sage ich jetzt, weiter gebraucht, wobei ich nach wie vor dazu

stehe, dass eine isolierte deutsche Lösung bei der Zahl der aus der Europäischen Union importierten Futtermittel keinen Sinn gibt. Das gilt nach wie vor.

(Beifall bei der CSU –Starzmann (SPD): Einer muss doch mit der Forderung anfangen!)

Ich kann mich nicht erinnern,

(Herbert Müller (SPD): Das kann nicht das Argument dafür sein, nichts zu tun!)

dass Sie in dieser Situation argumentiert hätten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zum Tiermehl komme ich später noch. Aber was Sie, Herr Maget, zuletzt im Hinblick auf eine Verlautbarung der Landwirtschaftsberatung zitiert haben, die Sie jetzt dem Landwirtschaftsminister angelastet haben,

(Maget (SPD): Seinem Ministerium!)

ist eine zutiefst unredliche Argumentation.

(Starzmann (SPD): Ach was!)

Denn es war bis zum Ende des Jahres in Deutschland fachlich völlig unbestritten – allein bezüglich der Verfütterung an Schweine und Geflügel ist es nach wie vor fachlich nicht in Frage gestellt –, dass die Verfütterung von Tiermehl in diesem Bereich eine einwandfreie Art der Fütterung ist. Da könnten Sie jede von einem SPD-Landwirtschaftsminister geführte Fachverwaltung fragen. Verboten ist die Tiermehlverfütterung jetzt richtigerweise deswegen, weil die Verschleppungs- und Vermischungsproblematik

(Maget (SPD): So ist es!)

anders nicht in den Griff zu bekommen ist.

(Maget (SPD): Darum geht es doch!)

Das ist richtig. Wenn Sie dem aber zustimmen, haben Sie vorher in unredlicher Weise versucht, der bayerischen Landwirtschaftsverwaltung und dem Landwirtschaftsminister etwas anzulasten.

(Beifall bei der CSU)

Das ist leider Gottes das Strickmuster Ihrer ganzen Argumentation. Darauf komme ich später noch zurück.

Natürlich wirkt ein Brief, wie ihn Frau Staatsministerin Stamm im Hinblick auf das Risikomaterial geschrieben hat, aus heutiger Sicht schmerzlich. Aber ich darf Ihnen auch die Antwort von Herrn Funke auf den Brief von Frau Stamm vorlesen:

Sehr geehrte Frau Kollegin! Für Ihr Schreiben vom 19. Juni 2000, in dem Sie auf die beabsichtigte Einstufung des wissenschaftlichen Lenkungsausschusses bezüglich BSE sowie die sich daraus ergeben-

den Konsequenzen hinweise, danke ich Ihnen. Herr Minister Miller hat sich in gleicher Angelegenheit an mich gewandt. Ich teile Ihre Auffassung voll und ganz.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört!)

Auch ich bin der Auffassung, dass sich eine Einstufung an objektiven Kriterien wie zum Beispiel Anzahl der einheimischen BSE-Fälle oder die Ergebnisse der durchgeführten BSE-Schnelltests orientieren muss. Durch die Bewertung des so genannten geografischen BSE-Risikos durch den wissenschaftlichen Lenkungsausschuss wird der Versuch unternommen, Wahrscheinlichkeiten anzunehmen, die nicht belegt werden können und somit rein spekulativ sind. Zudem – auch hier stimme ich mit Ihnen überein –

(Starzmann (SPD): Genauso falsch!)

wird die Bewertung vorgenommen, die nicht den Kriterien des Internationalen Tierseuchenamtes entspricht. Sie dürfen versichert sein, dass ich, soweit mir das möglich ist, auf die Gremien der Gemeinschaft einwirken werde, um eine realistische Einstufung für Deutschland zu erwirken.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Karl-Heinz Funke

(Maget (SPD): Sehr realistisch!)

Herr Maget, wenn man nicht ein parteipolitisches Spiel betreibt, sondern in Anspruch nimmt, als Anwalt der gesamten Bevölkerung aufzutreten,

(Kaul (CSU): Unerhört!)

darf man sich solche Unehrlichkeiten nicht leisten.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Tatsache ist, meine Damen und Herren, dass in Deutschland alle, die regieren, egal, ob Schwarz, Rot oder Grün, letztlich vor denselben Fragen und in der Regel in ziemlich ähnlicher Kritik stehen. Da, glaube ich, muss man sich fragen: Warum ist das so? Ich unterstelle niemandem, dass er, egal, an welcher Stelle, in dieser Problematik bewusst fahrlässig gehandelt hat.

Ich sehe das Problem mehr darin, dass es in hohem Maße ein Unterschied ist, ob jemand in Regierungsverantwortung eine Entscheidung mit allen Konsequenzen vertreten muss oder ob man etwas fordern kann, sei es in der Opposition oder als Einzelperson, weil man es nicht verantworten muss.

Ich nehme als Beispiel die Frage des Risikomaterials. Bei mir waren auch Metzger und haben gesagt: Herr Glück, wir kämpfen gegen die Handelsketten. Wir kämpfen mit geringsten Erträgen gegen die Handelsketten. Nun aber soll uns – dies ganz in der Sichtweise, wie es zum Beispiel Herr Funke geschrieben hat – gleichwohl eine zusätzliche Belastung auferlegt werden, die wir

kaum mehr verkraften. Ich gebe zu, dass ich in dieser Situation gesagt habe: Ja, da muss man die Verhältnismäßigkeit und die Frage prüfen, ob dies tatsächlich dafür steht.

Ich stehe heute noch dazu, dass ich dies den Metzgern erklärt habe und mich daraufhin auch an das Sozialministerium und an die Staatskanzlei mit der Bitte gewandt habe, dies sorgfältig abzuwägen. Ich stehe auch heute noch zu der Sichtweise, die ich hier vor einem halben Jahr hatte.

Im Übrigen habe ich mir eben noch einmal das schicken lassen, was Kollege Hartenstein am 28. November gesagt hat. Dabei muss ich den Zuschauern und Zuhörern sagen: Der Kollege gehörte früher zur Fraktion der GRÜNEN.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er stimmt aber jetzt immer mit der CSU!)

Was Herr Kollege Hartenstein damals gesagt hat, zitiere ich aus dem Protokoll:

Aber auch – und da muss ich Herrn Miller durchaus Recht geben – das, was von Seiten der SPD und der GRÜNEN gekommen ist, bedarf einer kritischen Würdigung. Frau Biedefeld hat Beispiele aus der 12. und 13. Legislaturperiode aufgezählt, Herr Starzmann ebenfalls. Dann ist es still geworden – von einer Ausnahme abgesehen, nämlich der Ausweitung der Tests und vielleicht auch noch der Kennzeichnung –, als es um die 14. Legislaturperiode ging. Warum wohl, muss man in diesem Zusammenhang fragen. Ganz einfach: Falsch verstandene Rücksichtnahme gegenüber den Freundinnen und Freunden in Berlin, die sich in ihren Handlungen um keinen Deut davon unterschieden haben und auch unterscheiden, was vorher von der schwarz-gelben Regierung gemacht worden ist. Das ist Faktum.

Eben, meine Damen und Herren von der Opposition: Es ist ein großer Unterschied, ob man für Entscheidungen eintreten muss und ob man dafür eine Rechtsgrundlage hat.

Die Frau Bundesgesundheitsministerin Fischer hat doch eine sehr schmerzliche Bauchlandung gemacht, um es einmal so auszudrücken, als sie am Abend forderte, dass bestimmte Wurstwaren zurückgezogen werden müssen, und am Morgen danach zugeben musste, dass sie dafür keine Rechtsgrundlage hat. Dann aber bleibt nur ein Appell. Das ist die Realität für diejenigen, die in der Verantwortung stehen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich nehme als Beispiel die Verfütterung von Tiermehl; ich habe davon vorhin schon im Hinblick auf Schweine und Geflügel gesprochen. Die EU hat das Verbot bis jetzt nur auf ein halbes Jahr befristet. Auch dies war nur erreichbar, weil mittlerweile Frankreich große Probleme hat.

Es ließe sich eine ganze Reihe weiterer Beispiele anführen. Darauf will ich jetzt verzichten. Nur sollten wir uns immer darüber im Klaren sein, dass es ein großer Unterschied ist, ob man Entscheidungen verantworten muss oder nicht.

Nun erwarte ich nicht, dass die Opposition im Hinblick auf Mängel und Irrtümer der Regierenden kritiklos ist. Aber ich erwarte eine faire Bewertung. Davon aber, Herr Maget und Herr Dürr, kann keine Rede sein, wenn man sieht, welchen Maßstab Sie an Bayern und an Berlin anlegen. Schon deswegen sind alle Ihre diesbezüglichen Wertungen zutiefst unglaublich, unabhängig davon, dass einige aus meiner Sicht fachlich nicht haltbar sind.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben meine Bewertung noch gar nicht gehört!)

– Ich habe Ihre diversen Pressekonferenzen und Presseerklärungen in den letzten Wochen verfolgt, und im Übrigen habe ich Ihr Manuskript schon durchgelesen, weil es auf der Presstribüne bereits verteilt worden ist.

(Zuruf von der CSU: Da wird nicht viel Neues drin sein!)

Wenn es um konkrete Bewertungen, Annahmen und Vermutungen geht, ist die Fachwelt weitgehend uneinig über die Ursache. Mittlerweile haben wir die Situation, dass quasi nichts mehr ausgeschlossen wird und dass man von kaum einem Wissenschaftler noch eine klare Aussage bekommt.

Aber Politik muss in dieser Situation gleichwohl handeln. Das Risiko bleibt uns nicht erspart, aber wir müssen auch noch handlungsfähig bleiben.

Dasselbe gilt im Hinblick auf die Verbreitungswege. Nach den Erfahrungen in Großbritannien und anderswo, auch in der Schweiz, haben wir nur in einem Punkt eine hohe Wahrscheinlichkeit, nämlich dass wohl Tiermehl ein wesentlicher Träger der Verbreitung ist. Ebenso gibt es aber viele Argumente dafür, dass es das Tiermehl allein nicht sein kann oder dass es auch andere Träger der Verbreitung gibt. Jetzt, meine Damen und Herren von der Opposition, appelliere ich an Ihr Gewissen: Wer von Ihnen hat denn vor vier Wochen davon gesprochen, dass Milchaustauscher, dieses Ersatzfutter, Träger der Infektion sein könnten?

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben nicht gewusst, was drin ist!)

In diesem Punkt habe ich von Ihnen nichts gehört. Es ist auch ganz neu in der Diskussion. Das ist ein Beispiel dafür, wie sehr wir momentan auf Vermutungen angewiesen sind. Im Übrigen ist es fachlich nach wie vor umstritten.

Außerdem ist es auch nicht so, meine Damen und Herren, dass mit mehr Forschung die Dinge beliebig erzwungen werden könnten. Wir sind uns sicher darin einig, dass die Forschung vorangetrieben werden muss, und die Staatsregierung hat auch auf diesem Feld sehr

konkrete Initiativen entwickelt. Aber gleichzeitig lese ich in einer Notiz über die Besprechung bei Minister Zehetmair, dass ein Wissenschaftler darauf hinweist, dass man trotz sechzigjähriger Forschung bis heute die Ursachen der Scrapie-Erkrankung bei Schafen, die möglicherweise der Ausgangspunkt der ganzen BSE-Problematik ist, nicht kennt. Ich lese weiter in dieser Notiz, dass einer dieser international renommierten Wissenschaftler sagt: Wir wissen bis heute nicht, welche Funktion Prionen im Organismus haben, auch nicht, was für Funktionen gesunde Prionen haben. Deswegen könne man bis heute nicht erfassen, aufgrund welcher Entwicklung die negativen, die kranken Prionen diese Krankheit auslösen. Diese Wissenschaftler warnen eindringlich davor, zu glauben, dass nur mit mehr Forschung und mit mehr Geld in kurzer Zeit gute Antworten darauf kommen könnten.

Das ändert nichts an der Notwendigkeit zu forschen, aber wir sind damit genau in der Situation, auf die ich hinweisen möchte. Wir haben sie übrigens auch bei Aids, wofür Milliardenbeträge in aller Welt eingesetzt werden und wir heute trotzdem noch kaum sehr viel mehr wissen als vor zehn Jahren. Wir haben Zivilisationsrisiken, die wir minimieren müssen, aber wir sollten nicht den Eindruck erwecken, dass sie beliebig aufhebbar sind.

Ich habe mich in den letzten Wochen naturgemäß sehr viel mit der Gesamtproblematik befasst und befassen müssen. Zum Teil läuft hier ein Mechanismus ab nach dem Motto: Wir wissen offensichtlich ganz wenig, aber es muss doch in jedem Fall Schuldige geben. Da gibt es ein fast archaisches Prinzip: Wenn wir schon so wenig wissen, dann muss es Brandopfer geben, früher für die Götter,

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie auch bei mir gelesen oder?)

heute für die öffentliche Meinung. Die Ersatzhandlung dafür ist dann die Rücktrittsforderung. Ich will mich an diesem Ritual nicht beteiligen, und das sage ich ausdrücklich auch mit Blick auf Berlin.

(Starzmann (SPD): Auch an Ihre Parteifreunde in Berlin?)

– Die haben das nicht gefordert, die von der CDU.

(Starzmann (SPD): Ach so! – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Wie es in den Kram passt!)

Ich habe mich also in den letzten Wochen damit auseinander gesetzt, ganz bewusst auch im Hinblick auf Bayern. Natürlich – das hat auch der Ministerpräsident zum Ausdruck gebracht – gibt es da und dort Schwachpunkte, Dinge, die man aus heutiger Sicht anders machen würde, wo Verwaltungen nicht sensibel genug waren, Dinge zu machen, die zwar nicht gesetzlich zwingend waren, aber mit erhöhter Sensibilität zusätzlich hätten gemacht werden können.

Aber ebenso eindeutig ist für mich, dass die gesetzlichen Regelungen und das, was in anderen Bundesländern

Standard war, auch in Bayern praktiziert wurden. Es kommt nicht von ungefähr, Herr Maget und Herr Dürr, dass in allen Debatten der letzten Wochen und auch heute hier, ausgenommen die Frage der Futtermittelverunreinigungen in Nordrhein-Westfalen – wo diese Feststellung, Herr Maget, auch nur für 1999 stimmt, in den Jahren zuvor hatte Nordrhein-Westfalen die selben Verunreinigungen –,

(Starzmann (SPD): Aber die haben reagiert!)

kein einziges SPD-geführtes Bundesland als Beispiel dafür aufgeführt wurde, dass dort mehr oder besseres getan wurde.

Deshalb, meine Damen und Herren, sage ich: Es ist schlichtweg eine Gemeinheit, eine böswillige Unterstellung, gegenüber Barbara Stamm und Josef Miller zu sagen, sie hätten mit ihren Entscheidungen, Maßnahmen und Positionen die Volksgesundheit gefährdet.

(Beifall bei der CSU)

Ich stelle ganz ausdrücklich fest – und ich sage das nicht in einem Reflex, weil der Fraktionsvorsitzende der Regierungspartei die Regierung um jeden Preis verteidigen müsste, ich könnte mich zu dem Thema auch ausschweigen –,

(Starzmann (SPD): Nein, das können Sie nicht!)

ich sage ganz bewusst, Herr Starzmann: Ich sehe keine Entscheidung und kein Verhalten, mit denen die Entwicklung in Bayern in den letzten Monaten in irgendeiner Weise anders gelaufen wäre. Deswegen erkläre ich ganz ausdrücklich, dass Barbara Stamm und Josef Miller unser Vertrauen und unsere Unterstützung haben.

(Beifall bei der CSU)

Nun noch einige Anmerkungen zu Ihnen, den Vertretern der Opposition, vor allem zu Ihnen, Herr Maget und Herr Dürr, die Sie in erster Linie in der Öffentlichkeit argumentieren. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass Sie auffallenderweise nicht von Ihnen geführte Landesregierungen als Maßstab dafür nehmen, wo etwas besser sei. Selbst beim Thema Biolandwirtschaft flüchtet Maget in einen Vergleich mit einem österreichischen Bundesland mit völlig anderen Sachverhalten, weil Bayern den höchsten Anteil an der Biolandwirtschaft in Deutschland hat. Herr Maget und Herr Dürr, Sie arbeiten – das sage ich sehr bewusst – in diesen Tagen und Wochen nicht im Dienst der bayerischen Bevölkerung, sondern Sie spielen mit der Angst und der Verunsicherung der Menschen, um sie für parteipolitische Zwecke zu vermarkten.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage das auch deshalb so deutlich, weil Sie zum Teil Lügen verbreiten. Herr Maget, wenn Sie laut Pressebericht in Kirchanschöring im Landkreis Traunstein erklärt haben, dass es das Verschleppungsproblem nur in Bayern gegeben habe, ist das entweder Dummheit oder Lüge, eines von beiden ist es auf jeden Fall.

(Beifall bei der CSU)

Herr Dürr, Sie haben noch gestern in einer Presserklärung zur Tierkörperbeseitigung behauptet – und auch heute taucht das in Ihrer Rede auf –, dass nicht ordnungsgemäß verbrannt worden sei.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das müssen Sie genau lesen!)

– Hören Sie jetzt bitte zu, weil das die einzige Chance ist, dass Sie vielleicht etwas dazulernen, wenn Sie denn wollen.

(Beifall bei der CSU)

Ich will akzeptieren, dass man beim ersten Durchgehen dieses Fachprotokolls des Landesamts die Formulierung „fragliche“ missverstehen kann. Aber ich gehe davon aus, dass Sie nicht nur Ihre eigenen Papiere lesen und dass Sie deswegen auch die Mitteilung des Gesundheitsministeriums gelesen haben, das für den Vollzug verantwortlich ist. Danach ist bei 131 gezogenen Proben die Einhaltung der Temperatur nochmals überprüft worden, und danach ist bei einer von 131 Proben statt einer Erhitzung auf 133 Grad kurzzeitig eine Erhitzung auf nur etwa 130 Grad erreicht worden, das ist also eine Unterschreitung von ein bis drei Grad. Dies wurde festgestellt, und diese Anlagen werden überprüft. Es muss eine automatische Aufzeichnung geben, damit der Vorgang jeweils nachprüfbar ist.

Herr Dürr, dass Sie trotzdem wieder behaupten, dafür gebe es keine Regelung,

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich erkläre es Ihnen gleich!)

ist eine bössartige Verleumdung, anders kann ich dies nicht bezeichnen.

(Beifall bei der CSU)

Oder wenn Sie in Ihrer gestrigen Presseerklärung schreiben: „Bis heute haben es Stoiber, Stamm und Miller nicht geschafft, die Bauern vor Milchaustauschern mit Kadaverfett zu warnen.“ Seit 02.12. des letzten Jahres gibt es ein Vertriebsverbot und seit 1. Januar dieses Jahres ein Verfütterungsverbot. Herr Dr. Dürr, was soll eine solche Aussage in einer Presseerklärung? Dies ist nichts anderes, als nicht informierten Menschen in bössartiger Weise zu suggerieren, es wäre nicht gehandelt worden.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin sicher, dass Ihr kurzfristiges Bemühen, bei der Bevölkerung in Bayern Stimmung zu machen, zurückgeschlagen wird; denn wer die Leute wissentlich so anlügt, wird ihr Vertrauen nicht gewinnen.

(Beifall bei der CSU)

Ich warne Sie eindringlich davor, den biologischen Landbau als die absolut sichere Alternative zur traditionellen Landwirtschaft darzustellen und damit die generelle

Umstellung zu fordern. Ich war vergangenen Donnerstag auf einer großen Bauernveranstaltung im Landkreis. Bei dieser sachbezogenen Diskussion waren auch Herr Starzmann und Ihr früherer Kollege Daxenberger, ein kleiner Biolandwirt, der den meisten von uns bekannt ist, anwesend.

(Zuruf von der SPD: Großer Daxenberger, kleiner Hof!)

Der frühere Kollege Daxenberger hat ausdrücklich erklärt, ihm sei angst vor dem Tag, an dem auch der erste Biolandwirt betroffen sei; denn er könne dies nicht ausschließen. Herr Dr. Dürr, es ist Ihnen vielleicht nicht verborgen geblieben, dass zum Beispiel in Frankreich ein Ammen-Kuhhaltungsbetrieb – das denkbar Extensivste – unter den betroffenen Betrieben ist und dass heute im biologischen Landbau nicht wenige Betriebe Angst haben, weil alle Übertragungswege unsicher sind. Möglicherweise ist die Tatsache, dass dort auch Blutmehl, das zu Dünger verarbeitet wird, ein Infektionsweg. Ich persönlich gehe schon davon aus, dass biologischer Landbau wahrscheinlich günstiger sein dürfte. Wer aber glaubt, dass eine generelle Umstellung auf biologischen Landbau die völlige Sicherheit gibt – –

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glauben Sie!)

– Sie propagieren dies doch die ganze Zeit –, suggeriert den Verbrauchern etwas Falsches und führt den biologischen Landbau in eine vielleicht tödliche Falle, indem Sie jetzt etwas suggerieren, was später erst recht zur Katastrophe werden könnte.

(Beifall bei der CSU – Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein Ammenmärchen!)

Deswegen sind manche der agrarpolitischen Rahmenbedingungen natürlich zu überprüfen. Aber der biologische Landbau ist nicht die einzig richtige Antwort.

Herr Maget, Kollegen der SPD, natürlich muss ich mich noch mit einigen Ihrer Thesen auseinander setzen. Ich stütze mich auf Ihre Presseverlautbarung vom 28.12., die nun in diesem Antrag im Wesentlichen verarbeitet ist. In dieser Presseverlautbarung – im Antrag nicht mehr – ist zum Beispiel davon die Rede, dass in Bayern am lebenden Tier Testmethoden ignoriert werden. Diese Testmethoden gibt es noch nicht.

(Maget (SPD): Forschungsbereich!)

Was den Forschungsbereich betrifft, ist die gesamte Wissenschaft mehr als skeptisch, ob dies jemals ein zielführender Weg ist. Die Firma Boehringer, die an einem Sonntag für so viele Schlagzeilen gesorgt hat, ist mittlerweile auf Tauchstation gegangen. Suggestieren Sie also nicht etwas an die Adresse des Verbrauchers mit Scheinsicherheiten. Suggestieren Sie damit nicht gleichzeitig Versäumnisse unsererseits, da so etwas nicht im Raum steht.

Sie behaupten, es fehle an klaren politischen Vorgaben und an Kontrollen bei der Einhaltung entsprechender

erforderlicher Temperaturen im Bereich der Futtermittelindustrie. Dies ist schlichtweg falsch; denn die Vorgaben und Regelungen sind da und werden praktiziert.

(Maget (SPD): Sie zitieren völlig falsch!)

Welch weise Ankündigung am 28.12.2000: „Tiermehl muss endlich vollständig aus der Verfütterung herausgenommen werden.“ Diese EU-Beschlusslage ist nichts Neues. Insofern laufen Sie hinter der Entwicklung her und suggerieren Sie den Menschen, die sich damit wenig beschäftigen, welch Pioniere Sie wären.

Besonders problematisch wird es mit einer Formulierung, die Sie in Ihren Antrag aufgenommen haben und mit der Sie für jedes geschlachtete Tier BSE-Schnelltests zwingend vorschreiben. Dies grenzt an eine bewusste Irreführung der Verbraucher; denn Sie wissen eigentlich, dass heute bei Test an Tieren bis 30 Monaten eine hohe Wahrscheinlichkeit unterstellt wird und dass es bei Tieren bis 24 Monaten einen gewissen Sinn gibt. Dass aber nach übereinstimmender Einschätzung aller mit der Materie Beschäftigten Test für Tiere mit 10, 15 und 20 Monaten keinen Sinn geben, weil damit nach den bisherigen Möglichkeiten der Tests nichts in Erfahrung gebracht werden kann. Wer aber gleichzeitig den Menschen verkündet, er sei dafür, bei allen geschlachteten Tieren Tests durchzuführen, suggeriert, dass es dafür bereits geeignete Tests gibt. In diesem Fall suggerierten wir den Menschen eine Sicherheit, die niemand geben kann. Daher ist es unehrlich, so etwas zu verlangen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb ist leider vieles von dem, was Sie hier vertreten, polemisch, fachlich oberflächlich und nur darauf ausgerichtet, die Ängste und Verunsicherungen der Menschen zu parteipolitischen Zwecken zu vermarkten.

(Beifall bei der CSU)

Wie muss in einer solchen, von den Fakten her unsicheren Situation die Strategie der Politik aussehen? Wir müssen versuchen, mit den uns heute möglichen Maßnahmen aus einem allgemeinen, allgegenwärtig scheinenden anonymen Bedrohungsszenario eine Situation mit einem Höchstmaß an Orientierungsmöglichkeit für den Verbraucher und eine Strategie zu schaffen, die das Risiko so weit möglich reduziert. Wir müssen gleichzeitig sagen, dass wir nach den internationalen Erfahrungen in den Ländern, wie etwa in der Schweiz, in denen es diese Krankheit seit langem gibt, damit rechnen müssen, dass uns dieses Problem viele Jahre begleiten wird und dass wir viele Jahre einen Weg suchen müssen.

Erstens geht es um die größtmögliche Sicherheit für den Verbraucher. Selbstverständlich hat der Schutz der Gesundheit der Verbraucher – jeder von uns ist in der Weise Verbraucher – vor jeder anderen Güterabwägung absoluten Vorrang, wenn es dafür gute Argumente gibt. Aber nicht jedes gegenwärtig auf dem Markt befindliche spekulative Argument kann der Maßstab sein. Wenn es aber gute Argumente und eine begründete Wahrscheinlichkeit für ein Risiko gibt, ist es richtig, dieses zu reduzieren, zu bekämpfen und wenn möglich auszuschalten.

In diesem Sinn sind auch die Initiativen der Staatsregierung, etwa mit Blick auf das Wild oder auf die Verfütterung an die Fische.

Zweitens müssen wir mit dem Test den Verbrauchern ein Höchstmaß an Orientierung geben. Meine Damen und Herren von der Opposition, vor diesem Hintergrund ist in Bayern das Qualitätssiegel nicht völlig sinnlos geworden.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gewesen!)

– Nein, das stimmt nicht. Herr Dürr, wenn Sie so argumentieren, diffamieren Sie pauschal eine Qualitätsproduktion der bayerischen Landwirtschaft, die es nach wie vor gibt, auch wenn mit dem Herkunftszeichen die BSE-Problematik nicht erfasst werden konnte.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen Orientierung geben,

(Zuruf des Abgeordneten Starzmann (SPD))

auch, Herr Starzmann, mit Blick auf importierte Ware. Ich will überhaupt nichts herbeireden. Es gibt Experten in der Schweiz, die sagen – ich will und muss mich vorsichtig ausdrücken –, es könnte möglicherweise eine große Problemlawine auf uns zukommen aufgrund der Produktionssituation bei den östlichen Nachbarn, wohin viel Tiermehl aus Großbritannien verkauft wurde. Wir müssen fordern, werden es aber nicht schaffen, dass in einer absehbaren Zeit für die Agrarproduktion und für die Nahrungsmittelindustrie bei den östlichen Nachbarn im Hinblick auf die BSE-Kontrollen derselbe Standard wie bei uns gegeben ist. Deswegen hat in diesem Zusammenhang das Herkunftszeichen Bayern nach wie vor seinen besonderen Sinn.

(Starzmann (SPD): Ein neues!)

– Ob neu oder alt, Herr Starzmann, allein das Herkunftszeichen sagt den Bürgern: Dieses Fleisch kommt aus einem Land, in dem das Maximum an Tests durchgeführt wird. Dies kann gegenwärtig an Orientierung maximal gegeben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dass dieses nicht selbstverständlich ist, zeigt uns übrigens auch wieder der Blick in die Schweiz. Die Schweiz, die seit zehn Jahren ein sicher weit mehr systematisches Anti-BSE-Programm als etwa Großbritannien hat, zieht bei Schlachtungen nach wie vor nur Stichproben und führt keine durchgängigen Tests für alle Tiere, bei denen es vom Alter her möglich wäre, durch.

Ich sage noch einmal: Das Herkunftszeichen Bayern kann auch morgen über die Wirksamkeit des BSE-Tests hinausgehend keine Aussagen machen. Es sagt aber jedem Verbraucher in Bayern oder in Deutschland: Dieses Fleisch kommt aus einem Land, in dem so viel getestet wird wie nur irgend möglich ist, nämlich alle Tiere, bei denen man vom Alter her annehmen darf und muss, dass der Test wirksam ist.

Wir müssen zum Zweiten der betroffenen Landwirtschaft helfen. Das haben wir in unserem Antrag ausführlich dargestellt, ich will das im Einzelnen nicht mehr ausführen. Auch die davon unmittelbar Betroffenen dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, die Metzger und andere. Wir werden uns in den nächsten Wochen damit noch intensiv befassen müssen.

Wir müssen zum Dritten generelle Schlussfolgerungen für den Verbraucherschutz insgesamt ziehen. Ein neues Landesamt für Lebensmittelsicherheit ist eine wichtige Konsequenz, aber darüber hinaus geht es sicher um die Frage, wie Verbraucherpolitik im Zusammenhang und vor dem Hintergrund dieser Erfahrung, aber über BSE hinaus, künftig zu gestalten ist.

Zum Vierten geht es darum, die agrarpolitischen Maßnahmen, insbesondere diejenigen der EU und von Ländern, in denen besonderer Rationalisierungsdruck herrscht, in dem Sinne zu überprüfen, wie wir es im Antrag zum Ausdruck gebracht haben, nämlich inwieweit sie Entwicklungen in der Landwirtschaft fördern und Produktionsformen erschweren, die mit unserer bäuerlichen Landwirtschaft verbunden sind.

Ich sage aber ganz ausdrücklich, was in unserem Antrag steht. Die Betriebe, die jetzt betroffen sind, sind ausschließlich Betriebe, in denen Tiere nicht eine Nummer oder ein Produktionsfaktor sind, sondern in denen Tiere noch einen Namen haben, in denen ein besonderes verantwortungsbewusstes, oft von innerer Leidenschaft geprägtes Verhältnis zwischen Tierhalter und Tier besteht. Deswegen bin ich nicht bereit, diese Art von Landwirtschaft mit pauschalen Formulierungen zu diffamieren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Wir fühlen nicht nur mit diesen Landwirten, wie es der Ministerpräsident vorher zum Ausdruck gebracht hat, sondern ich sage ganz ausdrücklich: Wir haben in diese verantwortungsbewusste Form der Landwirtschaft und der Tierhaltung, in dieses Handeln unserer Bäuerinnen und Bauern nach wie vor Vertrauen.

Fünftens geht es schließlich um die Ausweitung, um die Weiterentwicklung der Forschung. Dazu ist vieles gesagt worden. An dieser Stelle, meine Damen und Herren, will ich aber feststellen: Nach dem ersten BSE-Fall in Schleswig-Holstein kann sich keine Region und keine Landesregierung mehr sicher fühlen, dass sie nicht dieselben Probleme hat – einige haben sie mittlerweile. Ich stelle dann aber auch fest, dass es nirgendwo in Deutschland ein so konsequentes Maßnahmenpaket gibt wie in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Das, was die Bayerische Staatsregierung vorgelegt und beschlossen hat, ist auch Pionierleistung in Deutschland.

Im Hinblick auf die Frage der Schlachtung oder Nichtschlachtung ist das Notwendige gesagt; wir haben das in unserem Antrag noch einmal zum Ausdruck gebracht.

Die Staatsregierung hat jetzt ein Moratorium beschlossen, damit wir Zeit gewinnen können. Wir hoffen, dass der Europäische Lenkungsausschuss als fachliches Organ zur selben Überzeugung kommt wie wir, die Staatsregierung und viele, die sich damit intensiver befasst haben, dass es nämlich von der Sache her für den Verbraucherschutz, für die Forschung und natürlich auch für die betroffenen Landwirte zielführender ist, anstelle der Gesamtschlachtung der Herden nur eine definierte Risikopopulation innerhalb dieser Herde zu schlachten.

Ich sage aber ganz ausdrücklich, dass diese Maßnahme in keiner Weise eine Reduzierung des Verbraucherschutzes bedeutet. Deshalb sage ich auch, dass dies letztlich von einem so unabhängigen Fachgremium wie dem zuständigen wissenschaftlichen Lenkungsausschuss der EU bewertet werden muss. Wir erwarten jedoch, dass die Bundesregierung initiativ wird, damit wir möglichst schnell zu einer entsprechenden Entscheidung kommen. Klar ist auch, dass eine wirksame Bekämpfung nur mit EU-einheitlichen Regelungen möglich ist.

Meine Damen und Herren und Herr Maget, wir werden nicht daran vorbeikommen, uns neben all dem Konkreten, was speziell BSE betrifft, auch immer wieder damit auseinanderzusetzen, dass die von uns allen und von allen Mitbürgern erwartete totale Sicherheit nicht möglich ist und dass wir immer wieder auf neue Problemphänomene stoßen werden. Ich habe vorher Aids erwähnt; trotz jahrelanger Forschung gibt es bis heute keine schlüssigen Antworten etwa im Hinblick auf die Ursachen der Zunahme der Hauterkrankungen; und wir haben immer wieder eine nicht vergleichbare, aber mir bei dieser Debatte in den Sinn kommende Diskussion, über die Frage, die auch dieses Haus immer wieder beschäftigt, ob nun mit den Mobilfunknetzen eine gesundheitliche Belastung verbunden ist. Wir haben die Situation, dass die Wissenschaft ziemlich übereinstimmend sagt – Wissenschaft ist nie ganz übereinstimmend –: Nach allen uns vorliegenden Erkenntnissen und bei Einhaltung der Grenzwerte besteht kein Risiko und entstehen keine gesundheitlichen Schädigungen. Gleichwohl gibt es auch andere Stimmen.

Die Frage ist nun wiederum, ob in einer solchen Situation weitreichende Entscheidungen, etwa über die Blockade von UMTS in Deutschland getroffen werden können. Mit der Einführung des Systems wird sich das Problem verstärken, wie mir Herr Kollege Kaul erklärt hat, der Experte ist. Das Netz muss dichter werden, und es handelt sich, wenn ich mich recht erinnere, um kurzwelligere Frequenzen, die bezogen auf die organische Wirkung eher kritischer sind. Die Debatte wird noch einmal hochkommen. Deswegen hat Herr Kollege Kaul im November Herrn Bundesminister Trittin im Zusammenhang mit der Anhörung im Bayerischen Landtag geschrieben, dass er es für angemessen hält, dass der Bund, der ohne eigene Verdienste hohe UMTS-Erlöse von rund 100 Milliarden DM erzielt hat, einen Teil davon abzwiegt, um die Forschung voranzutreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die Antwort von Herrn Trittin heißt, kurz zusammengefasst: Wir forschen schon genügend; wozu sollen wir noch mehr Geld ausgeben? Dazu sage ich ganz deutlich, wiederum, Herr Dürr, an Ihre Adresse und an Ihre Fraktion, aber auch an die Opposition insgesamt gerichtet, die vielleicht morgen wieder mit derselben Überheblichkeit kommt und sagt, es gab doch schon immer etwas, und man hätte mehr forschen müssen usw.:

Nirgendwo bietet sich eine bessere Möglichkeit an als dort, um das viele Geld einzusetzen, das man gerade damit verdient hat. Trittin aber lässt grüßen; das interessiert ihn nicht. In Selbstgefälligkeit sagt er: Wir tun doch schon genug.

(Beifall bei der CSU – Starzmann (SPD): Wie seine Vorgänger; da hat sich nichts geändert!)

Die CSU nimmt die Ängste und Nöte der Menschen ernst, die sich durch diese Rinderkrankheit oft sehr belastet fühlen. Wir werden diese Ängste nicht parteipolitisch vermarkten.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Ihr nicht könnt!)

– Herr Dr. Dürr, Ihr Zwischenruf ist verräterisch. Sie meinen, Sie könnten es, und versuchen es.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Mit Verantwortungsgefühl hat das nichts zu tun. Wir werden wachsam und konsequent sein und das Mögliche für die Gesundheitsvorsorge der Menschen und die wirtschaftlich Betroffenen tun. Darauf können sich die Menschen in Bayern auf jeden Fall verlassen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Dr. Dürr.

(Kaul (CSU): Jetzt wird es immer dürrer!)

Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn die Bauern im Lande draußen protestieren, so zeigt doch die CSU hier drinnen noch die alte Nibelungentreue. Das ist auch schon etwas.

Herr Glück, offensichtlich sind Ihnen vorhin die Argumente ausgegangen. Sie müssen in ziemlicher Argumentationsnot sein; denn sonst hätten Sie mir gestern und heute nicht Aussagen unterstellt, die ich so nicht getroffen und auch nicht geschrieben habe. Sie haben mehrfach behauptet, ich würde sagen, der Ökoanbau sei sicher. Das habe ich noch nie gesagt. Wo soll ich das denn gesagt haben? Nur Sie sprechen immer von Sicherheit. Wir haben immer nur von Risiken gesprochen. Früher haben Sie es als technologiefeindlich bezeichnet, wenn wir auf Risiken hingewiesen haben. Der ständige Verweis auf Sicherheit kommt von Ihnen. Es gibt nur die Möglichkeit – das haben Sie schon ange-

deutet; darin ist eine Wende in Ihrer Theorie erkennbar –, Risiken zu minimieren. Das kann die Landwirtschaft umso besser, je geschlossener die Kreisläufe sind, je genauer sie weiß, was in die Nahrungskreisläufe eingeschleust wird. Wir wollten immer, dass die Anonymität in der Produktion aufgehoben wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist gerade der Vorteil des Ökoanbaus, dass dort die Anonymität aufgehoben ist. Daher ist beim Ökoanbau die Wahrscheinlichkeit geringer, dass man von BSE betroffen wird, aber sie ist nicht ganz ausgeschlossen. Das habe ich noch nie gesagt; das sagen immer nur Sie.

Darin liegt auch der Unterschied zum Herrn Ministerpräsidenten, der heute gesagt hat, die Verbraucher hätten einen hundertprozentigen Anspruch auf Sicherheit. Den gibt es im Leben nicht.

(Glück (CSU): Das hat er nicht gesagt! – Weiterer Widerspruch bei der CSU)

– Natürlich! Das steht doch in seinem Manuskript.

(Zurufe von der CSU)

Sie garantieren Sicherheit, obwohl Sie die Risiken für die Verbraucher durch die Lebensmittelproduktion genau kennen. Sie wissen, dass Antibiotika verfüttert werden – das haben Sie in der Regierungserklärung selbst gesagt –, Sie wissen, dass Hormone im Futter sind und dass Aromastoffe darin enthalten sind. Sie plädieren zwar für die Gentechnik. Dennoch sprechen Sie immer noch von Sicherheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tatsächlich aber gehen Sie täglich Risiken ein und gaukeln den Leuten eine falsche Sicherheit vor.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher haben Sie nichts gelernt; denn Sie haben es bei der BSE-Krise genauso wie früher gemacht und den Menschen eine falsche Sicherheit vorgegaukelt.

Die Beschlüsse, welche die Staatsregierung heute verkündet hat, sind eine Fortsetzung des bayerischen Sonderwegs, der Bayern zum Bundesland Nr. 1 in Sachen BSE gemacht hat. Es ist zwar richtig, dass endlich gehandelt wird und die Staatsregierung selbst die Initiative ergreift. Es ist allerhöchste Zeit, endlich das zu unternehmen, was man selbst tun kann. Die Art, wie die Staatsregierung aber an die Probleme herangeht, ist genau jene, mit der die BSE-Gefahr heraufbeschworen worden ist. Sie setzen wieder auf Freiwilligkeit und den guten Willen aller Beteiligten. Sie bieten den Bauern freiwillige Untersuchungen der Futtermittel an, anstatt gezielt danach zu suchen, woher die BSE-Erreger kommen.

(Große Unruhe – Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte etwas leiser! – Herbert Müller (SPD): Frau Präsidentin, bitte sorgen Sie für Ruhe!)

– Es wäre schön, wenn die Staatsregierung auch zuhören würde. Ich antworte der Staatsregierung und wünsche, dass mir zugehört wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Fortgesetzte Unruhe)

Man sollte wenigstens nicht so laut reden, dass ich gestört werde. Man kann die Gespräche auch draußen führen.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, die Gespräche draußen zu führen und hier wieder Ihre Plätze einzunehmen.

(Starzmann (SPD): Die scheren sich gar nicht darum!)

Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe kein Problem mit Zwischenrufen, wenn sie der Sache dienen. Ignoranz aber hatten wir in diesem Hause schon genug.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie setzen auf freiwillige Vereinbarungen mit den Futtermittelherstellern, anstatt konsequent Risiken auszuschließen. Sie sagen, dass Sie bei der Futtermittelkette auf Spurensuche gehen. Das ist wörtlich meine Forderung. Sie ziehen aber nicht die Konsequenzen daraus und schauen nicht gezielt, wo die Futtermittelkette undicht gewesen ist, wo verunreinigtes Tiermehl in die Futtermittelkette gekommen ist und welche Marken das waren. Ich verlange, das herauszufinden und die Bauern zu warnen, damit diese in ihren Ställen überprüfen können, ob sie einen BSE-Fall haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sagten in Ihrer Regierungserklärung, Sie wollten die Entfernung von Risikomaterial beim Schlachten ausdehnen. Um das zu erreichen, müssten Sie endlich für Schlachtmethode sorgen, bei denen die Erreger nicht weiter verteilt werden, wie es jetzt beim Bolzenschuss und bei der Austrennung des Rückenmarks geschieht. Man muss dringend neue Schlachtmethode finden, aber davon habe ich bis jetzt von Ihnen noch nichts gehört.

Wirklich erfreulich ist, dass jetzt nicht mehr ganze Herden getötet werden sollen. Das ist eine alte Forderung von uns, die Frau Ministerin Stamm letzthin noch abgelehnt hat, weil sie keinen bayerischen Sonderweg gehen wollte. Das halte ich für einen guten Sonderweg. Wir hoffen auf die Tests an lebenden Tieren. Wenn wir Glück haben, erhalten wir die Ergebnisse rechtzeitig. Wir sollten uns dabei die Erfahrungen in der Schweiz und in Großbritannien zunutze machen. Wir müssen wissen, wie hoch das Risiko ist, das von den betroffenen Herden ausgeht. In der Schweiz und in Großbritannien, wo man

die Herden am Leben gelassen hat, muss es Aufzeichnungen geben, die Sie uns vorlegen müssen, damit wir das Risiko abschätzen können.

Es ist zwar nicht voreilig, das Moratorium anzusetzen, aber es ist falsch, dass Sie auch hier wieder, wie schon bei allen anderen Maßnahmen, die Verantwortung den Bauern überlassen und nicht klären, was mit der Milch und dem Fleisch wird. Wie soll das weitergehen, wenn die BSE-Fälle zunehmen? Sie können davon ausgehen, dass ihre Zahl zunehmen wird.

Alle anderen Vorschläge für einen bayerischen Sonderweg, die Sie unterbreiten, sind vollkommen unzureichend. Die Selbstverpflichtung und Freiwilligkeit – das mussten wir beim Gütesiegel „Qualität aus Bayern“ erfahren – haben dazu geführt, dass es keine Qualitätsstandards gab. In Ihrem Konzept entzieht sich der Staat wie früher der Verantwortung. Sie sorgen nicht für klare Vorgaben. Sie gehen den Weg, der uns zu den Problemen geführt hat, über die wir heute beraten müssen. Damit setzen Sie Ihre falsche Politik fort.

Herr Ministerpräsident, Sie sagten, dass andere nicht genug dazugelernt hätten. Heute haben Sie wieder erklärt, die EU habe leider nicht dazugelernt. Hören Sie endlich damit auf, auf andere zu zeigen, und übernehmen Sie selbst Verantwortung!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ziehen Sie endlich Konsequenzen aus Ihren Fehlern, auch Sie, Herr Grabner.

(Grabner (CSU): Das würde ich Ihnen auch raten!)

– Ich bekenne mich zu meiner Verantwortung. Ich bin bayerischer Oppositionspolitiker und nehme Verantwortung wahr.

Wenn Sie Ihre Regierungsverantwortung und Ihre Verantwortung als Regierungspartei wahrnehmen würden und in der Vergangenheit wahrgenommen hätten, dann bräuchten wir heute nicht diese Sondersitzung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Die Staatsregierung hat vor und nach dem Auftreten von BSE in Bayern skandalös versagt. Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, Sie haben die bayerische Bevölkerung nach Strich und Faden belogen und betrogen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Loscher-Frühwald (CSU): Das ist unerhört!)

Ich habe nie behauptet, Bayern ist BSE-frei. Wer das behauptet hat, der hat gelogen. Bayern ist nicht BSE-frei, und es gibt keinen Grund, weiter zu lügen. Das war eine Lüge, und es gab jede Menge Hinweise darauf, dass Bayern nicht BSE-frei ist.

(Willi Müller (CSU): Warum haben Sie das nicht gesagt?)

– Wir haben das gesagt, wir haben verschiedene Anträge gestellt, um die Risiken endlich auszuschließen. Sie haben diese Anträge immer abgelehnt. Es gab keinen einzigen Hinweis darauf, dass Bayern BSE-frei ist. Das haben Sie nur behauptet und gesagt, man hat noch nichts gefunden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Herrmann (CSU): Was hat Frau Fischer dazu gesagt?)

– Wir reden hier von Ihrer Verantwortung. Wir sind hier im bayerischen Parlament und sprechen von Ihrer Verantwortung.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Dr. Baumann (SPD))

Das ist Ihr Stil. Eventuelle Fehler anderer sind noch lange kein Argument dafür, selber Schmarrn zu machen. Bereinigen Sie jetzt, was Sie falsch gemacht haben. Dann reden wir weiter.

(Zuruf von der CSU: Sehr geistreich, was Sie gesagt haben!)

– Das habe ich nicht verstanden. War das wichtig?

(Lachen bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hofmann (CSU))

Nach dem Bekanntwerden des ersten BSE-Falles in Bayern haben Sie vor Hysterie und Panik gewarnt. Das stand in den Zeitungen.

(Hofmann (CSU): Das gilt auch heute noch!)

Die ganze Zeit über haben Sie die Wahrheit nur scheinbar ans Licht kommen lassen. Indem Sie nicht von Anfang an lückenlos aufgeklärt haben, haben Sie die Bevölkerung verunsichert. Sie haben nicht gesagt, was Sache ist. Sie haben die Bauern und die Verbraucherinnen und Verbraucher verunsichert. Sie haben das getan, weil den zuständigen Ministern Miller und Stamm der Fleischabsatz und die wirtschaftlichen Interessen der Futtermittelindustrie bis zum heutigen Tag wichtiger sind, als die Gesundheit der bayerischen Bevölkerung. Das ist skandalös.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie, Herr Ministerpräsident haben die Gesundheitsgefährdung der bayerischen Bevölkerung ebenfalls zu verantworten. Sie haben auch zu verantworten, dass Ihre Regierung so getan hat, als sei die bayerische Landwirtschaft eine heile Welt. So haben Sie sich in den ersten Tagen geäußert. In Ihren Köpfen muss es ausschauen, wie in Ostdeutschland nach der Wende. Anscheinend sind Sie auf ihre eigene Propaganda hereingefallen.

Die Staatsregierung hat nichts dazu getan, dass Bayern wirklich zu dem von Ihnen propagierten Musterland geworden ist. Sie haben es zu verantworten, dass aus dem Musterland ein BSE-Land geworden ist. Herr Minis-

terpräsident, Sie haben versagt, als Sie nicht eingegriffen haben, nachdem Sie gesehen haben, dass die beiden Minister mit dieser Aufgabe, Konsequenzen aus diesem Skandal zu ziehen, nicht fertig werden. Herr Ministerpräsident, wir fordern Sie auf: Ziehen Sie endlich die Konsequenzen. Greifen Sie jetzt ein, wagen Sie einen Neuanfang in der Agrar- und in der Gesundheitspolitik. Wagen Sie einen inhaltlichen Neuanfang, wagen Sie aber auch einen personellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entlassen Sie die beiden Minister Miller und Stamm.

Frau Staatsministerin Stamm, Herr Staatsminister Miller, die GRÜNEN im Bayerischen Landtag haben bis gestern Ihren Rücktritt nicht gefordert. Wir fordern ihn auch heute nicht. Wir rechnen auch gar nicht mehr damit. Wir fordern Ihre Entlassung. Aber auch Ihre Entlassung fordern wir nicht leichtfertig und auch nicht voreilig, wie es hieß. Wir haben ausführlich geprüft und geschaut, was Sie vorher gemacht haben und was Sie hinterher gemacht haben.

Bis letzte Woche war ich der Meinung: Was Sie getan haben, das hätte jeder aus Ihrer Partei genau so schlecht gemacht; dafür trägt niemand persönlich die Verantwortung.

(Zuruf des Abgeordneten Starzmann (SPD))

Das war ein Irrtum. Ich habe immer gedacht: Die Fehler, die gemacht wurden, die sind auf unser Agrarsystem zurückzuführen.

(Starzmann (SPD): Etwas Besseres kommt nicht nach, Herr Bocklet!)

Ich habe gedacht, das seien systematische Fehler. Deswegen haben wir in den vergangenen Wochen vor allem nach Schwachstellen im Verbraucherschutz gesucht. Wir haben nach Lösungen gesucht, weil wir die Schwachstellen möglichst schnell beheben wollten. Wir haben nach Möglichkeiten gesucht, wie man die bayerische Bevölkerung schützen und wie man die Landwirtschaft vor weiterem Schaden bewahren kann.

Im Unterschied zu anderen stand für uns die Problematik mit BSE im Vordergrund, Herr Glück. Das lassen wir uns nicht nehmen. Wir haben uns aber auch die Landwirtschaft angeschaut, die Sie uns hier eingebrockt haben. Das Problem wurde systematisch verursacht, und es wird nicht allein dadurch gelöst, dass die beiden Verantwortlichen, Herr Minister Miller und Frau Ministerin Stamm, persönliche Konsequenzen ziehen oder entlassen werden. Das genügt nicht. Herr Glück, ich habe Ihr Manuskript nicht gelesen.

(Glück (CSU): Ich habe auch keins!)

Sie brauchen keine Angst zu haben: Ich fordere nicht die Herdenkeulung der Staatsregierung.

(Lachen bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fordere nur die Entlassung von zwei Ministern.

Natürlich ist das ein archaischer Reflex, weil man immer glaubt, man könnte das Problem damit aus der Welt schaffen. Die beiden Minister sind nicht allein für das Problem verantwortlich, aber sie sind für ihre eigenen Fehler verantwortlich. Sie haben nämlich beide persönlich versagt. Sie haben unverantwortliche Fehler gemacht. Wir fordern die Entlassung der beiden Minister, weil es nicht danach aussieht, dass sie aus ihren Fehlern gelernt haben. Sie vertreten heute die gleiche Anschauung wie gestern. Ein Neuanfang ist mit diesen beiden Ministern nicht möglich.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Neuanfang in der Landwirtschaftspolitik und in der Gesundheitspolitik ist unumgänglich. Man hätte diese Fehler nicht machen müssen. Es gab immer Alternativen. Niemand hat sie gezwungen, zu lügen, oder den entscheidenden Anteil der Wahrheit zu verschweigen.

Frau Staatsministerin Stamm, Sie haben den Landtag belogen, als Sie am 29. November 2000 hier in diesem Hohen Haus nach einer Anfrage meiner Kollegin Kellner erklärten, es gebe in Bayern noch keinen BSE-Verdacht. Das haben Sie damals erklärt.

(Frau Dr. Baumann (SPD): Das ist ein starkes Stück!)

Frau Staatsministerin Stamm, Sie haben auch bis heute noch nicht zugegeben, dass die gesetzlichen Bestimmungen für die Erhitzung von Tiermehl nicht ausreichen.

Sie, Herr Staatsminister Miller, haben gelogen, als Sie am 27. November 2000 in der „Süddeutschen Zeitung“ erklärten, in Bayern sei nie Tiermehl an Rinder verfüttert worden. Sie haben die Verbraucherinnen und Verbraucher mit Ihrem Gütesiegel „Qualität aus Bayern“ in die Irre geführt. Sie haben so getan, als sei dieses so genannte Gütesiegel eine Garantie für BSE-Freiheit.

(Loscher-Frühwald (CSU): Das stimmt nicht!)

Nichts war garantiert. Das so genannte Qualitätsprogramm war nichts anderes als Lug und Trug. Sie haben nicht nur gelogen, sondern dort nicht gehandelt, wo es dringend notwendig gewesen wäre. Niemand hat Sie gezwungen, aus wichtigen Hinweisen keine Konsequenzen zu ziehen. Sie, Herr Staatsminister Miller, haben seit 1995 nach eigenen Angaben davon gewusst, dass Rinderfutter mit Tiermehl verunreinigt war. Das haben Sie eingeräumt.

(Zuruf des Staatsministers Miller (Landwirtschaftsministerium))

– Das stand in der Zeitung. Dann hätten Sie das dementieren müssen. Sie haben daraus keine Konsequenzen gezogen. Selbst jetzt wird immer noch Tiermehl in Tierfutter entdeckt.

Sie, Frau Staatsministerin Stamm, haben mindestens seit 1995 Hinweise darauf, dass Tiermehle nicht genügend erhitzt wurden. Auch daraus haben Sie keine Konsequenzen gezogen, im Gegenteil: Sie leugnen die Tatsachen bis auf den heutigen Tag. Die Aussage von Herrn Glück vorhin, ich hätte behauptet, dass nicht ordnungsgemäß erhitzt worden sei, ist falsch. Das habe ich nie gesagt. Sie müssen immer genau unterscheiden. Bei Frau Staatsministerin Stamm habe ich genau darauf geachtet. Das ist eine politische Lüge, keine verbale. Es wird immer wieder behauptet, die Tiermehle seien ordnungsgemäß erhitzt worden. Es kann aber sein, dass die Herstellungsanlage ordnungsgemäß aufgeheizt und der notwendige Druck erreicht worden ist; trotzdem kann es sein, dass die Tiermehle die notwendige Temperatur nicht erreicht haben.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Kollege Dr. Dürr, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Glück?

Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, bitte.

Glück (CSU): Herr Kollege Dürr, wollen Sie Folgendes sagen: Die gesamte internationale Wissenschaft ist der Meinung, dieses Verfahren reicht aus, alle infektiösen Keime zu töten, aber ich, Dr. Dürr, weiß es besser?

Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Sie haben nicht genau zugehört. Wenn das Verfahren dazu führt, das Tiermehl faktisch auf 133 Grad zu erhitzen, dann reicht das aus, es sei denn, es handelt sich um hochinfektiöses Material. Denn auch bei 133 Grad wird dann eine völlige Vernichtung der Prionen nicht erreicht. Das ist wissenschaftlicher Standard. Ich berufe mich hingegen auf die Untersuchungen der Fleischforschungsanstalt in Kulmbach und die ELISA-Tests. In Kulmbach wurden seit 1995 Untersuchungen gemacht. Die Fleischforschungsanstalt hat immer wieder darauf hingewiesen, dass man zwischen dem technisch vorgeschriebenen Verfahren und dem Resultat unterscheiden muss. Sie können das bei Hofmann nachlesen. Tiermehl kann nicht genügend erhitzt sein, und dennoch kann man nicht von einer nicht ordnungsgemäßen Erhitzung sprechen. Wie gesagt, das können Sie bei Hofmann nachlesen. Das ist seit Jahren bekannt. Seit Jahren wird hierauf hingewiesen.

(Glück (CSU): Dann hätten Sie einen Antrag auf andere wissenschaftliche Verfahren stellen müssen!
– Gegenruf von Frau Dr. Baumann (SPD): Das ist doch wissenschaftlicher Standard!)

Sie haben uns immer beschwichtigt, indem Sie sagten, das Tiermehl wird ordnungsgemäß erhitzt. Die Widersprüche aber haben Sie nie aufgelöst. Diese Widersprüche sind Ihnen doch bisher noch gar nicht aufgefallen. Obwohl Sie doch sonst immer so schlau sind, das haben Sie bisher noch nicht gespannt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Glück (CSU): Man muss doch intellektuell redlich sein!)

– Das versuche ich. Sie aber leugnen die Tatsache, dass die Tiermehle bis heute nicht richtig erhitzt werden. Frau Ministerin Stamm, Sie haben es auch hochmütig abgelehnt, Schnelltests einzuführen, obwohl das längst möglich gewesen wäre und obwohl das vermutlich der bayerischen Bevölkerung auch einen BSE-Fall erspart hätte. Mit Ihrer Untätigkeit haben Sie beide die Gesundheit der bayerischen Bevölkerung fahrlässig gefährdet. Der bayerischen Bevölkerung ist es deshalb nicht länger zuzumuten, dass Sie beide für ihre Ernährung und Gesundheit weiter Verantwortung tragen.

Warum haben Sie so gehandelt? Ihnen war Lobbypolitik wichtiger als Gesundheitsschutz.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Hofmann?

Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, jetzt mag ich nicht mehr. Jetzt rede ich.

(Hofmann (CSU): Ich hätte Sie mit dem Hofmann konfrontiert, den Sie zitiert haben!)

Die Staatsregierung hat jahrelang in unverantwortlicher Weise darauf verzichtet, den neuesten Stand von Wissenschaft und Technik im Hinblick auf die Gefahren von BSE zur Kenntnis zu nehmen. Das werden Sie doch hoffentlich einräumen. Einzig aus wirtschaftlichen Interessen, einzig aus Sorge um den Fleischabsatz und die Interessen der Futtermittelhersteller hat die Staatsregierung wichtige Maßnahmen nicht durchgeführt, die dringend notwendig gewesen wären. Anderswo hat man diese Maßnahmen ergriffen. Die grüne Ministerin in Nordrhein-Westfalen hat Schnelltests eingeführt. Sie hat bei der Verarbeitung von Tiermehl und Rinderfutter sauber getrennt. Sie sagen, bis da und dann hat auch die Ministerin in Nordrhein-Westfalen nichts getan. Irgendwann aber hat sie gehandelt, während Sie noch immer nicht gehandelt haben, und das ist der Unterschied.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Man hätte handeln können, doch man wollte nicht. Jedes Mal, wenn man vielleicht hätte handeln wollen, wenn man vielleicht ein Handeln überlegte, stand der Bauernverband vor der Tür. Daraufhin hat man sich wieder zum Fürsprecher der Fleischmärkte und der Futtermittelhersteller gemacht. Sie haben die Interessen der Agrarlobby verteidigt und so getan, als würden Sie für die Interessen der Verbraucher eintreten. Es hieß immer, man dürfe die Verbraucher nicht verunsichern. Minister Miller hat im Juni letzten Jahres erklärt: „Wir müssen jede unnötige Verunsicherung der Verbraucher vermeiden.“ Im Satz davor sagte er, warum man die Unsicherheit vermeiden muss. Es ging ihm nicht um das Wohlbefinden der Verbraucherinnen und der Verbraucher. Es ging ihm vielmehr um „die Nachfrage nach deutschem Rindfleisch im Inland, aber auch im Ausland“. Das war sein einziges Interesse. Deshalb haben die beiden Minister es auch abgelehnt, irgendetwas zu unternehmen, um die bayerische Bevölkerung besser vor BSE zu schützen.

Das ist auch der Grund, warum das Sozialministerium vehement abgelehnt hat, den Schnelltest einzuführen. Lieber hat man sich hinter den veralteten EU-Standards verschanzt. Frau Stamm ließ lieber Proben vergammeln oder Gehirne wochenlang in Formalin einlegen.

(Unruhe bei der CSU)

– Das ist wahr. Als der Schnelltest woanders längst erfolgreich durchgeführt wurde, hat man es im Sozialministerium unter Regie von Frau Stamm lieber nicht so genau wissen wollen. Den wissenschaftlichen Standard hätte man nutzen können, das wäre vorbeugende Politik gewesen. Doch man hat ihn nicht genutzt. Nicht nur im Fall der Kuh aus Rottenbuch im Landkreis Weilheim-Schongau war die Staatsregierung sehr langsam. Testergebnisse und Reaktionen ließen ungeheuer lange auf sich warten. Die erste bekannte deutsche BSE-Kuh wurde am 2. November 2000 in Bayern getötet und schon am 29. November 2000 wurde das erste negative Testergebnis festgestellt. Ich bestreite nicht, dass dies alles seinen gemütlichen gesetzlichen Gang ging.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verbraucherschutz aber war das nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war auch kein Verbraucherschutz, als man dann immerhin am 19. Dezember 2000 dann das endgültige, das positive Ergebnis vortrug. Wer schneller testet, der ist selber schuld, der hat den ersten offiziellen deutschen BSE-Fall am Hals.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbst als man nicht mehr leugnen konnte, dass es auch in Bayern BSE gab, als es längst auch in Bayern Schnelltests gab, griffen immer wieder die alten Gewohnheiten: Schlendrian und Vertuschungsversuche. Bis heute bleibt ungeklärt, warum die Öffentlichkeit am 15.12.2000 von einem Anfangsverdacht bei einer Kuh aus Sulzberg unterrichtet wurde, aber nicht von dem Fall in Westerheim, obwohl jene Kuh am gleichen Tag und im gleichen Schlachthof getötet wurde. Warum mussten Sie, Herr Minister Miller, persönlich bei dem betroffenen Landwirt nachfragen, ob sich der Anfangsverdacht BSE bestätigt habe, obwohl doch spätestens nach den ersten BSE-Fällen eine enge Zusammenarbeit zwischen Ihrem Ministerium und dem von Frau Stamm angesagt gewesen wäre? Warum haben Sie trotzdem, obgleich Sie selbst angerufen haben, nach Ihren eigenen Angaben nichts davon erfahren, dass der Hof schon gesperrt war? Das sind doch merkwürdige Geschichten.

(Hofmann (CSU): So ein Schmarren!)

Als Herr Miller und Frau Stamm am 27. und am 29. November 2000 noch stolz erklärten, Bayern habe keinen BSE-Fall, da war diese stolze Behauptung längst nicht mehr wahr. Das betreffende Rinderhirn aber war gut gelagert und wartete.

Der Präsident der Tierärztekammer ist ziemlich deutlich geworden. Günter Pschorn erklärte in der „Süddeutschen Zeitung“: „Da ist der Wurm drin.“ Schon der Anfangsverdacht am 2. November sei anzeigepflichtig gewesen. Der Referatsleiter im Gesundheitsministerium, Ministerialrat Otto Buchegger, müsse „von der ersten Minute an“ über den Fall unterrichtet gewesen sein. Wenn Sie, Frau Stamm, also am 29. November meiner Kollegin Frau Kellner erklärt haben, dass es in Bayern „bisher keinen BSE-Verdacht und damit auch keine BSE-Verdachtsproben gegeben“ habe, dann haben Sie entweder selbst gelogen oder Sie sind von Ihrem Ministerium angelogen worden. Hier wurde jedenfalls das Parlament belogen. Entweder von Ihnen oder von Ihrem Ministerium. Wir finden, das ist eine Ungeheuerlichkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über das Tiermehlproblem haben wir bereits vorhin kurz gesprochen. An dieser Stelle kann ich nur noch einmal sagen, dass die Fleischforschungsanstalt in Kulmbach seit 1995 Versuche anstellt und jahrelange Erfahrungen hat. Davon wusste sogar das Sozialministerium. Am 5.02.1997 berichtete Ministerialrat Dr. Buchegger im Landwirtschaftsausschuss, dass möglicherweise ein Drittel des Tiermehls in Bayern nicht ausreichend erhitzt würde. Man wollte es aber lieber nicht so genau wissen. Deshalb lehnte die Ausschussmehrheit auch den Antrag von uns GRÜNEN am 19.02.1997 ab. Die CSU lehnte es ab, Tiermehle auf ausreichende Erhitzung zu überprüfen, Stichproben aus Mischfuttermitteln mit Tiermehlanteil zu prüfen, Mischfuttermittel für Wiederkäuer auf Tiermehlanteile zu untersuchen und ein völliges Verbot einer Fütterung mit Tiermehl zu prüfen. Selbst die Prüfung war für die CSU im Jahr 1997 nicht interessant. Sie sagen sogar, es hätte eine einhellige Meinung zum Thema BSE gegeben. Einhellig mag die Meinung gewesen sein, allerdings nur in Ihrer Fraktion.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider haben CSU und Staatsregierung seit damals nichts dazu gelernt. Frau Ministerin Stamm hat sich nicht einmal dadurch belehren lassen, dass jetzt in Bayern unleugbar BSE-Fälle aufgetreten sind. Statt dass sich die Staatsregierung aber endlich auf die Suche nach den nicht genügend erhitzten Tiermehlen machen und untersuchen würde, ob und wo sie in die Futtermittelkette gelangt sind, wird weiter gelegnet.

Man verschanzt sich hinter der Aussage, dass die gesetzlichen Vorgaben eingehalten wurden. Das bestreiten wir nicht. Wir bestreiten nicht, dass in den Erhitzungsanlagen die gesetzlichen Vorgaben eingehalten wurden. Wir bestreiten aber, dass die Proben ausreichend erhitzt wurden. Das haben Sie unserer Auffassung nach nicht zweifelsfrei nachgewiesen. Deshalb fordern wir, dass die fraglichen Proben – es müssen Referenzproben da sein – unverzüglich von unabhängigen Labors geprüft werden.

(Zuruf des Abgeordneten Hofmann (CSU))

Wir glauben, dass die gesetzlichen Vorschriften nicht ausreichen. Wir meinen, dass man das lange wusste und nicht gehandelt hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist kein aktiver Verbraucherschutz, wie wir ihn uns vorstellen. Da kann von Vorbeugung, von Risikovermeidung keine Rede sein. Im Gegenteil. Sie haben ruhigen Auges zugesehen, weil Sie „wussten“, dass Bayern BSE-frei ist. Wir alle sehen, dass nicht alles seine Richtigkeit hatte. Deswegen meinen wir, dass die Chargen nachverfolgt werden müssen. Wir wollen wissen, was aus den Chargen wurde und in welchem Stall oder auf welchem Futtertisch sie landeten. Diese Bauern muss man warnen. Gleiches gilt für die Milchaustauscher. Wir wollen, dass die Futtermittelkette nachvollzogen und den Bauern gesagt wird, dass sie mit BSE-Verdachtsfällen rechnen müssen. Um eine solche Warnung geht es uns. Die Kälber, die mit dem Milchaustauscher aufgezogen wurden, müssen aus dem Verkehr gezogen werden. Dies ist zum Schutze der Verbraucherinnen und zum Schutze der betroffenen Bauern nötig. Meine Damen und Herren von der Staatsregierung, Sie müssen endlich etwas tun. Wenn Sie die Energie, die Sie darauf verwenden, sich aus der Affäre reden zu wollen, nur zum Teil darauf verwenden würden, die Fehler, die Sie gemacht haben, wenigstens teilweise zu beheben, wäre uns allen mehr gedient.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie gesagt, Nordrhein-Westfalen hat zweimal gezeigt – einmal bei den Schnelltests und zum Zweiten beim Tiermehl –, dass man über die Standards hinausgehen konnte. Bei Tiermehlen gab es in Nordrhein-Westfalen eine Nulltoleranz. Die dortige grüne Ministerin, Frau Höhn, hat nicht zugelassen, dass Futtermittel für Rinder mit Tiermehlen verunreinigt wurden. Die Bayerische Staatsregierung hat das zugelassen. Dort gab es keine Toleranzen wie in Bayern. Das war die einzige saubere Lösung. Frau Höhn hat unterbunden, dass Restrisiken entstehen konnten. Frau Stamm hat das aber zugelassen. Das ist ein Skandal. Hier wäre die Nulltoleranz mal wirklich angebracht gewesen, Herr Beckstein. Wo ist Herr Beckstein? – Ich vermisse ihn. Herr Beckstein, das ist ein Fall für Nulltoleranz.

(Hofmann (CSU): Er konzentriert sich verzweifelt auf sein Schreibzeug!)

– Das glaube ich auch.

(Hofmann (CSU): Es ist eine Schande, was Sie abliefern!)

Minister Miller hat treuherzig erklärt – ich habe das bereits zitiert –, in Bayern sei niemals Tiermehl verfüttert worden. Und als der erste BSE-Fall in Schleswig-Holstein bekannt wurde, hat Minister Miller stolz verkündet – ich zitiere:

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern verfügen wir in Bayern über eine mit dem Programm „Qualität

aus Bayern – garantierte Herkunft“ lückenlose Kontrolle vom Stall bis zur Ladentheke.

Die bayerische Herkunft ist garantiert. Das ist für die CSU das Wichtigste. Nur das, was die Viecher fressen, ist garantiert nicht BSE-frei. Das hätte in den Ministerien bekannt sein müssen. Man hat das Problem ignoriert, weil man wusste, dass man Ärger mit der Fleischindustrie, dem Bauernverband und der Futtermittelindustrie bekommen wird. Diesen Ärger wollte man nicht. CSU und Staatsregierung sind in ihrer Selbstgefälligkeit immer noch unbeirrt. Herr Glück, Sie haben gestern die Maßnahmen als in Deutschland „einmalig“ bezeichnet. Was die CSU in Bayern macht, bezeichnet sie immer als einmalig. Wirklich einmalig ist die Zahl der BSE-Fälle in Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern. Diese Politik ist wirklich einmalig. Herr Ministerpräsident, Sie haben die Politik Ihrer Regierung wieder einmal auf einmalige Weise überhöht. Sie finden alles wieder toll. Ich wundere mich, wie Sie zu Ihrem Resultat kommen, dass alles hervorragend sei. Die Selbstdarstellung ist wieder einmal perfekt. Die nächste Stufe ist der Heiligenschein. Darüber gibt es nichts mehr.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich fürchte, mit dieser Einstellung werden Sie keinen Neuanfang in der bayerischen Landwirtschaftspolitik und der Gesundheitspolitik schaffen. Sie müssen erst einmal von der Einmaligkeit herunter.

Das Allerschönste aber ist, dass Minister Miller immer noch glaubt, andere belehren zu müssen. Noch am Freitag hat er verkündet, dass in Bayern immer schon eine nachhaltige, naturnahe Landwirtschaft praktiziert werde und eine verbraucher- und umweltorientierte Ernährungspolitik. Das hat er am Freitag erklärt. Außerdem meinte er, der Bund solle sich ein Beispiel nehmen. Nähme sich der Bund ein Beispiel an Bayern, wäre Bayern nicht BSE-Land Nummer 1. Herr Miller, wir fordern Ihre Entlassung, weil Sie immer noch glauben, alles richtig gemacht zu haben. Sollten Sie im Amt bleiben, ist die nächste Krise – ähnlich wie die BSE-Krise – garantiert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sehen die jetzige BSE-Krise als Chance, das grundfalsche Agrarsystem umzustellen. Es gab nicht nur individuelle Fehler der beiden Minister. Sondern BSE wurde vom jetzigen Agrarsystem systematisch produziert. Wir sind heute hier, weil die bisherige Ernährungs- und Agrarpolitik ihren Bankrott erklären muss. Das ist Ihr Bankrott, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, der Bankrott Ihrer Politik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist der Bankrott einer Politik, die immer erklärt hat, wie vorbildlich die bayerische Landwirtschaft sei, aber nichts dafür getan hat. Es ist die Politik der großen, der leeren Sprüche, mit der Sie jetzt auf die Nase gefallen sind. Ausbaden müssen diese Ihre Politik aber die Verbraucherinnen und Bauern. Aber Sie sind groß darin, sich aus der Verantwortung zu stehlen, fast noch größer als

darin, große Sprüche zu klopfen. Sie wollen die Schuld wieder einmal auf andere abschieben. Jeder soll schuld sein: die EU, die Bundesregierung – dabei haben Sie selbst in Ihrer Regierungsverantwortung die Weichen falsch gestellt. Sie und Ihre Partei haben die jahrzehntelangen Fehlentwicklungen in Europa, auf die sich der Ministerpräsident neulich herausreden wollte, ganz entscheidend mit zu verantworten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für Sie gibt es nicht einen Grund, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Das müssen Sie akzeptieren.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Schweder (CSU))

Auch Sie, Herr Ministerpräsident, werden für die Fehlentscheidungen Ihrer Regierung geradestehen müssen. Dass wir es verstärkt mit BSE zu tun haben, liegt im Agrarsystem begründet.

(Hofmann (CSU): Frau Paulig hätte das zehnmals besser gemacht als Sie! – Lachen bei der CSU)

– Das macht nichts. Ich bin stolz darauf, dass wir Ihrer Meinung nach so gute Leute in der Fraktion haben – einen guten Mann und eine zehnmals bessere Frau. Darauf bin ich stolz. Das ist einmalig, was Sie gesagt haben. Ich habe von Ihnen noch nie ein Lob über Frau Paulig gehört. Das ist toll. Wenn ich jetzt ginge, würden Sie mich auch über den Schellenkönig loben. Soll ich gehen?

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Sie, Herr Ministerpräsident, haben die Richtung der Landwirtschaftspolitik und der Gesundheitspolitik vorgegeben. Diese Richtung war falsch. Das müssen Sie eingestehen. Sie üben schon. Mit Ihren windelweichen Formulierungen üben Sie schon das Eingestehen. Ein bisschen naturnah, ein bisschen nachhaltig. Sie üben schon ein bisschen, aber Sie müssen sich endlich zur Verantwortung bekennen und eine Kehrtwendung machen. Sie müssen in Bayern endlich eine neue Agrar- und Gesundheitspolitik möglich machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Agrarpolitik, die Sie bis jetzt betrieben haben, setzt die Wirtschaftlichkeit, das heißt die Interessen der Agrarlobby, über die Gesundheitsvorsorge. Anerkanntermaßen war das so. Statt Lebensmittel produzieren zu lassen, die die Gesundheit der Menschen fördern, ist Ihr ganzer Ehrgeiz, Lebensmittel produzieren zu lassen, die gerade eben nicht krank machen.

Um genau zu sein: Sie sind mit Lebensmitteln zufrieden, bei denen Sie vermuten, dass sie nicht krank machen. Das gilt auch bei den Grenzwerten. Es genügt Ihnen, wenn nicht nachgewiesen ist, dass die Lebensmittel krank machen. Dann sind Sie zufrieden. Das ist Ihre Grenzwertpolitik und Ihre Gesundheitsvorsorge. Uns genügt das nicht. Das ist kein Verbraucherschutz; denn die Gefahr, dass die Agrarproduktion diese Grenze über-

schreitet, ist groß. Dies hat man jetzt an Dutzenden Fällen gesehen. Diese Fälle sind nicht aufgetreten, weil die Leute kriminell sind, sondern weil Ihre gesetzlichen Bestimmungen absolut unzureichend sind.

Frau Stamm, so hat die „Süddeutsche Zeitung“ neulich kommentiert, argumentiert wie die Vertreterin einer Fleischfabrik. Warum ist Ihnen die so genannte Wirtschaftlichkeit wichtiger als die Gesundheitsvorsorge? Weil die Agrarlobby ein fester Bestandteil Ihrer Partei ist. Ich brauche mich bloß im Plenarsaal umzusehen. Jeder Agrarexperte in diesem Hause hat etwas mit der Agrarlobby, dem Bauernverband, den bäuerlichen Genossenschaften oder der Futtermittelindustrie, zu tun. Jede Organisation, die handfeste politische Interessen in der Agrarwirtschaft vertritt, ist bei Ihnen prominent vertreten. Eine solche personelle und strukturelle Verflechtung nennt man Filz. Das ist der bayerische Filz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Filz war immer ein Lieblingsthema von Frau Paulig. Immer wieder rückt der schwarze Filz in Bayern ins Blickfeld. Dieser Filz lähmt die Entwicklung unseres Landes und gefährdet die Gesundheit seiner Bevölkerung. Dies wurde an diesem Fall deutlich. Dieser Filz ist nicht harmlos; denn Sie stellen Interessen von einzelnen Interessengruppen über die Interessen der bayerischen Bevölkerung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Wucherungen dieses Filzes gibt es nicht nur hier im Parlament, sondern in jedem kleinsten Dorf. In jedem Dorf gibt es eine intensive personelle und strukturelle Verflechtung. Die bäuerliche Selbstverwaltung und die Staatsverwaltung sind scheinbar untrennbar miteinander verbunden. Sie stecken nicht nur unter einer Decke, sondern in jedem Landwirtschaftsamt auch unter einem Dach. Wenn Ihnen die Interessen der Verbraucher wichtig sind, frage ich Sie, warum dort nicht der Verbraucherschutz sitzt. In den Landwirtschaftsämtern sitzt nur die Lobby, aber nicht der Verbraucherschutz.

Dies ist eine geschlossene Gesellschaft, die aus lauter verdienten Herren und einigen Frauen besteht. Diese Vereinigung hat bisher dafür gesorgt, dass die bayerische Variante der Agrarindustrie reibungslos funktioniert hat.

(Hofmann (CSU): Wenn der studiert hat, halte ich vom bayerischen Abitur gar nichts mehr!)

Bisher waren lauter Musterbetriebe betroffen. Die Menschen haben diese Betriebe mit gutem Recht für Musterbetriebe gehalten. Es hat sich aber gezeigt, dass diese Betriebe hinsichtlich der Fütterung lediglich outgesourcte Betriebe der Agrarindustrie waren. Diese Betriebe hängen völlig von der Agrarindustrie ab. Sie haben deshalb keine Kontrolle mehr über ihr Produkt. Dies sind keine selbstständigen Bauern.

(Guckert (CSU): Das wissen Sie doch gar nicht! Das ist eine Unterstellung!)

– Wenn sie nämlich gewusst hätten, was sie ihren Rindern da füttern, hätten sie es nicht getan. Ich bin mir sicher, dass kein Bauer diesen Dreck verfüttert hätte. Ihr System entzieht den Bauern die Verantwortung. Diese Herren, die Sie alle kennen und die allesamt in der CSU sind, haben dafür gesorgt, dass die Interessen der Pharma-, der Chemie- und der Futtermittelindustrie, die Sie „Wirtschaftlichkeit“ nennen, Priorität haben. Vermeintliche Wirtschaftlichkeit ist wichtiger als die Gesundheit der bayerischen Bevölkerung.

Der Bauernverband hat sich stets mit Händen und Füßen gegen die Erhöhung von Produktionsstandards gewehrt. Er hat protestiert, als die Risikomaterialien aus dem Verkehr gezogen werden sollten, er hat protestiert, als die EU gegen das QHB-Siegel vorgegangen ist. Die EU ist gegen dieses Siegel vorgegangen, weil dieses Siegel inhaltsleer war und eine Verbrauchertäuschung darstellte. Deshalb sollte dieses Siegel aus dem Verkehr gezogen werden. Der Bauernverband hat sich immer gegen zusätzliche Kontrollen und gegen Wettbewerbsnachteile ausgesprochen. Immer ging es gegen die böse EU. Immer war Europa Schuld. Die Staatsregierung hat sich diese Proteste immer zu Eigen gemacht. Bei dem Siegel „Qualität aus Bayern“ wollte der Ministerpräsident selbst in Brüssel auf den Tisch hauen, wie das Herr Sonnleitner von ihm verlangt hatte. Er hat Herrn Sonnleitner versprochen, sich für das „Kennzeichen des Feinkostlandes Bayern“ einzusetzen. Dieses Kennzeichen ist inzwischen das Kennzeichen des BSE-Landes Bayern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann es mir ersparen, Zitate von Frau Stamm zu bringen, mit denen sie die Fleischindustrie schützen wollte.

Präsident Böhm: Herr Kollege Dr. Dürr, normalerweise hat jeder Redner 45 Minuten Redezeit zur Verfügung. Diese Redezeit kann bis zu 15 Minuten durch den Präsidenten verlängert werden, wenn ihm dies sachdienlich erscheint.

(Lachen bei der SPD und bei der CSU)

Die Redner der übrigen Fraktionen sind mit 45 Minuten ausgekommen. Sie sollten das auch versuchen.

Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe das meiste bereits gesagt. Bei einigen Punkten wäre es zwecklos, wenn ich sie hier vortragen würde. Wenn Sie wollen, stelle ich Ihnen das Manuskript meiner Rede zur Verfügung.

Wichtig ist, dass wir die Agrarpolitik erneuern. Sie lachen bei dieser Problematik. Deshalb glaube ich, dass Sie den Ernst der Lage nicht erkannt haben. Wenn Sie die Gesundheits- und Agrarpolitik nicht erneuern können, müssen Sie das Handtuch schmeißen und andere ranlassen, die es können. Ich hätte kein Problem, das besser zu machen.

Zur naturnahen Landwirtschaft wird mein Kollege Schammann noch etwas sagen. Die Bundesregierung

hat sehr gute Vorschläge unterbreitet. Ich hoffe, dass die Staatsregierung diese Vorschläge aufgreifen wird und damit beginnt, diese Vorschläge umzusetzen. Es geht nicht darum, irgendjemand zwangszubeglücken. Dieses Land soll auch nicht zwangsläufig in ein Ökoland umgewandelt werden. Wir wollen, dass der ökologische Landbau endlich gleichberechtigt wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der ökologische Landbau muss aus seiner Nische herauskommen. Er muss genauso ernst genommen werden wie der konventionelle Anbau, von dem wir hoffen, dass seine Qualität verbessert wird. Wir brauchen klare Standards für den konventionellen Anbau. Ein konventioneller Bauer muss darstellen, was er tut und was er nicht tut. Es darf keine erneute Verbrauchertäuschung geben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, ziehen Sie Konsequenzen. Machen Sie einen personellen Neuanfang und entlassen Sie die beiden Minister Miller und Stamm. Nur dann könnten wir den Ankündigungen eines Neuanfangs wirklich glauben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Jetzt hat Frau Staatsministerin Stamm ums Wort gebeten.

Frau Staatsministerin Stamm (Sozialministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auf einige Dinge eingehen, die vor allem der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Kollege Maget, angesprochen hat. Ich gehe davon aus, dass er zurückkommt und sich das anhört, was ich auf seine persönlichen Äußerungen zu sagen habe. Ich habe ein Recht, darauf zu antworten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch wenn der Ministerpräsident und der Fraktionsvorsitzende bereits ausführlich dazu Stellung genommen haben, möchte ich kurz auf den Bericht der Kontrollkommission der Europäischen Union eingehen. Der Bundeslandwirtschaftsminister selbst hat sich – das ist nachzulesen – anlässlich der Sondersitzung des Agrarausschusses und des gesundheitspolitischen Ausschusses in der vergangenen Woche in Berlin darüber beschwert, dass die EU der Bundesregierung den Bericht erst um den 20. Dezember herum vorgelegt hat und dass über einen Bericht der Kontrollkommission diskutiert wird, ohne dass dieser Bericht offiziell bei dem betreffenden Mitgliedsland, nämlich der Bundesrepublik Deutschland, eingegangen ist.

Nach wie vor gibt es keinen offiziellen Bericht. Im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften ist eine Verordnung abgedruckt, in der genau steht, wie die Kommission mit derartigen Berichten umzugehen hat. Festgelegt ist, dass der Bericht dem Mitgliedsland in der jeweiligen Sprache – im vorliegenden Fall also in Deutsch – vorgelegt werden muss.

(Lachen bei der SPD)

Das ist bis zum heutigen Tag nicht geschehen. Weiter gibt es einen Artikel 7, in dem es heißt:

(Unruhe bei der SPD)

– Anscheinend haben Sie an einer Aufklärung kein Interesse. Ich rede von Artikel 7 und nicht mehr von der deutschen Sprache. Maßgebend sind die Vorgaben, die in einem Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht sind. Für den Fall, dass die Kommission nach der Kontrolle der Auffassung ist, dass eine gesundheitliche Gefahr besteht, heißt es in Artikel 7: „In dringenden Fällen oder wenn bei den Kontrollen vor Ort eine Gefahr für die Gesundheit festgestellt wird, wird der Mitgliedstaat unverzüglich und in jedem Fall binnen zehn Arbeitstagen nach Abschluss der Kontrolle schriftlich von dem Kontrollergebnis in Kenntnis gesetzt. Der Mitgliedstaat nimmt unverzüglich Stellung, spätestens jedoch binnen zehn Arbeitstagen nach Erhalt des schriftlichen Berichts von der Kommission.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die Inspektion davon ausgegangen wäre, dass aufgrund der Untersuchungsergebnisse, die im LUA Süd festgestellt worden sind, eine gesundheitliche Gefahr besteht, hätte die Kommission dies dem Mitgliedstaat innerhalb von zehn Tagen schriftlich mitteilen müssen. Das ist nicht geschehen.

(Beifall bei der CSU)

Daraus schließe ich, dass die Inspektoren vor Ort zwar Mängel festgestellt, aber keine gesundheitliche Gefahr für die Menschen gesehen haben. Das schließe ich daraus.

(Dr. Kaiser (SPD): BSE ist wohl nicht gefährlich!)

– Ich rede jetzt nicht von BSE, sondern ich rede von dem, was Sie seit einigen Tagen in der Öffentlichkeit und auch heute wieder im Plenum kritisieren und was den Inspektionsbericht der EU betrifft. Darüber rede ich. Dazu erlaube ich mir Stellung zu nehmen. Das war die Vorbemerkung, die ich dazu machen wollte.

(Dr. Kaiser (SPD): Aber wahrheitsgemäß!)

– Sie brauchen mich nicht darüber zu belehren, was die Wahrheit ist und was nicht. Ich habe mich hier in diesem Parlament immer an die Wahrheit gehalten.

(Beifall bei der CSU)

Es ist richtig, dass die Inspektion im LUA Süd gewesen ist.

(Leeb (CSU): Was heißt „LUA“?)

– Landesuntersuchungsamt Südbayern. In Bayern gibt es zwei Landesuntersuchungsämter. Die Inspektoren waren nicht im Landesuntersuchungsamt Nordbayern, sondern nur im Landesuntersuchungsamt Südbayern, so dass es von dort zugegebenermaßen eine Moment-

aufnahme gegeben hat. Die Momentaufnahme sah so aus – auch das ist richtig –, dass beim Landesuntersuchungsamt Südbayern Proben in einem Zustand eingingen, der einen histologischen Test nicht mehr erlaubte. Für einen histologischen Test braucht man einwandfreie Proben. Das heißt, das Gewebe, das aus dem Gehirn entnommen wurde, muss in einem einwandfreien Zustand sein. Beim histologischen Test müssen die Proben, die aus dem Gehirn entnommen werden, in Formalin eingelegt werden. Das ist Voraussetzung für den Test, sonst kann er nicht durchgeführt werden. Die Proben müssen nämlich hart werden, damit sie geschnitten werden können und die entsprechenden Untersuchungen durchgeführt werden können.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dafür gibt es einen Schnelltest! – Wahnschaffe (SPD): Ist das keine Gefahr, wenn Sie solche Proben vergammeln lassen?)

– Herr Kollege, ich habe versucht, Ihnen darzustellen, dass die Proben – und das waren die meisten – nicht im Landesuntersuchungsamt Südbayern vergammelt sind, sondern dass sie bereits in einem Zustand ins Haus gekommen sind, der einen histologischen Test nicht mehr erlaubte. Das ist Tatsache, und das ist die Wahrheit.

Die Situation ist schwierig. Wenn man über diese Dinge diskutiert, muss man sich auch damit beschäftigen, wie die Praxis aussieht. Es geht um gefallene Tiere. Wir wissen, dass sich die Tiere gerade im südbayerischen Raum im Sommer zumeist nicht im Stall oder auf dem Hof, sondern draußen auf der Weide oder sogar auf der Alm befinden. Wenn ein Tier im Sommer auf der Weide oder auf der Alm stirbt, ist es bei den vorhandenen Temperaturen sehr schwierig, das Tier rechtzeitig wegzubringen.

(Zuruf des Abgeordneten Starzmann (SPD))

– Herr Kollege Starzmann, hören Sie mir bitte zu. Sie wissen genau, wie das bei den gefallenen Tieren abläuft. Das gefallene Tier muss vom Bauern erst in die Tierkörperbeseitigungsanstalt gebracht werden. In der Tierkörperbeseitigungsanstalt muss die Probe entnommen werden. Die Probe wird dann von der Tierkörperbeseitigungsanstalt in das Landesuntersuchungsamt Südbayern gebracht. Das ist die Realität. Das ist der histologische Test. Im Rahmen des Überwachungsprogramms der Europäischen Union ist der histologische Test vorgegeben. Soviel wollte ich vorweg sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Starzmann (SPD))

– Herr Starzmann, ich habe Ihnen sehr lange zugehört. Ich will jetzt meine Rede zu Ende führen. Am Schluss bin ich bereit, Fragen zu beantworten, aber jetzt möchte ich im Zusammenhang vortragen. Ihr Fraktionsvorsitzender ist nicht unterbrochen worden, und das nehme ich für mich auch in Anspruch.

(Beifall bei der CSU)

Die Europäische Union hat uns vorgegeben, dass im Rahmen des Überwachungsprogramms zum einen histologische Tests durchgeführt werden. Zum anderen muss aber auch eine bestimmte Zahl von Stichproben im Jahr genommen werden. Für jedes Mitgliedsland der Europäischen Union wurde eine Anzahl von Stichproben vorgegeben. Bayern hatte dabei im Rahmen dieses Überwachungsprogramms der Europäischen Union pro Jahr 195 Stichproben zu entnehmen. 1998 hat dieses Überwachungsprogramm begonnen. Demnach hätten wir 1998 195 Tests durchführen müssen. 1999 hätten wir wiederum 195 Tests vornehmen müssen.

(Wahnschaffe (SPD): Erzählen Sie doch einmal etwas über die getesteten Tiere!)

– Herr Kollege Wahnschaffe, Sie müssen es schon mir überlassen, in welcher Reihenfolge ich die Tatsachen vortrage. Das, was Sie hören wollen, sage ich schon noch. Sie werden es schon noch erfahren.

In den Jahren 1998 und 1999 haben wir mehr Tests durchgeführt, als uns von der EU vorgeschrieben wurde. Im Jahr 2000 galt das Überwachungsprogramm der EU immer noch. Auch im Jahr 2000 hätten wir wiederum 195 Tests vornehmen müssen. Wir haben jedoch im Jahr 2000 statt der 195 im Rahmen des Überwachungsprogramms vorgeschriebenen Tests 1255 durchgeführt. Davon wurden im Landesuntersuchungsamt Südbayern 839 und im Landesuntersuchungsamt Nordbayern 416 Tests durchgeführt. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, alleine an der Zahl der 839 Tests, die im Landesuntersuchungsamt Südbayern durchgeführt wurden, sehen Sie, dass ich das Problem abgestellt habe, dass Proben deswegen nicht mehr untersucht werden können, weil sie nicht mehr einwandfrei waren, wie es 1998 passiert ist. Ich habe verlangt, dass dafür gesorgt wird, dass die Proben untersuchungsfähig sind. Obwohl von der EU nur der histologische Test – also das Einlegen in Formalin – vorgegeben ist, habe ich Ende letzten Jahres angeordnet, dass parallel dazu ein Schnelltest durchgeführt wird. Das heißt also, dass wir ab 1. Januar 2001 bei allen gefallenen und bei allen kranken Tieren in unseren Landesuntersuchungsämtern den nach wie vor von der EU vorgegebenen histologischen Test, parallel dazu aber auch den Schnelltest durchführen.

(Wahnschaffe (SPD): Jetzt erst?)

– Das habe ich bereits Ende des letzten Jahres und nicht erst in diesem Jahr angeordnet.

Wir haben auch noch etwas anderes gemacht. 1997 und 1998 hatten wir in Bayern auch noch Tierbestände aus der Schweiz und aus Großbritannien – es waren rund 3000 Tiere. Auch diese Tiere haben wir nach der Keulung getestet. Somit hatten wir im Jahr 2000 in unseren Landesuntersuchungsämtern – gefallene, kranke Tiere und Tiere aus Großbritannien und der Schweiz zusammen – insgesamt 4 255 Tests durchgeführt. Ich glaube, dass wir damit unserer Verantwortung im Rahmen des Überwachungsprogramms der Europäischen Union nachgekommen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Wortmeldung des Abg. Starzmann (SPD))

Präsident Böhm: Gestatten Sie eine Zwischenfrage? – Nein.

Frau Staatsministerin Stamm (Sozialministerium): Herr Kollege Maget, Sie haben mir hier unterstellt, dass ich das Parlament angelogen hätte. Herr Kollege Dürr hat es auch getan.

(Maget (SPD): Nein, das habe ich nicht gesagt!)

– Aber Herr Kollege Dürr hat es gesagt! Er hat gemeint, ich hätte nicht die Wahrheit gesagt oder ich hätte gelogen oder wie auch immer.

(Maget (SPD): Dann müssen Sie sich an ihn wenden! – Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie oder Ihr Ministerium!)

– Weder mein Ministerium noch ich habe gelogen.

Es geht doch um das Tier aus Weilheim-Schongau, das auch Herr Kollege Wahnschaffe angesprochen hat. Alle Tests, die wir im Rahmen des Überwachungsprogramms durchgeführt haben, waren negativ gewesen – bis auf einen, auf den ich jetzt zu sprechen komme. Ich meine damit das Tier aus Weilheim-Schongau. Dieses Tier wurde am 2. November notgeschlachtet, weil es krank war. Es ist daraufhin zur Probe ins Landesuntersuchungsamt Südbayern gegeben worden. Dort wurde eine Probe entnommen und histologisch untersucht. Diese histologische Untersuchung hat bis zum 29. November gedauert. Die histologische Untersuchung dauert mindestens 14 Tage, manchmal auch länger.

Am 29. November war das Ergebnis der Untersuchung der Probe von diesem getöteten Tier aus Weilheim-Schongau vorgelegen. Das Ergebnis der histologischen Untersuchung war negativ gewesen. Das war am 29. November. Die Plenarsitzung war jedoch am 28. November gewesen. Also habe ich Ihnen am 28. November letzten Jahres in diesem Haus überhaupt nichts von einem Verdachtsfall sagen können. Erst am 29. November hatten wir von dem Tier, welches im Rahmen des Überwachungsprogramms untersucht wurde, einen negativen Befund. Allerdings hat sich der zuständige Beamte mit diesem negativen Befund nicht wie bei anderen negativen Befunden zufrieden gegeben. Er hat sich noch einmal das Blatt des Amtstierarztes angesehen und das negative Ergebnis deshalb angezweifelt, weil die Auffälligkeiten, die der Amtstierarzt am lebenden Tier festgestellt und schriftlich festgehalten hat, auf einen BSE-Verdacht hindeuteten. Daraufhin hat sich dieser Beamte am 1. Dezember mit Tübingen in Verbindung gesetzt und dort den Sachverhalt mitgeteilt. Er hat auch eine Probe dorthin geschickt und darum gebeten, diese Probe noch einmal zu untersuchen.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also doch ein Verdacht!)

– Nein, das Ergebnis war völlig negativ, Herr Kollege.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es war doch schon vorher ein Verdacht gegeben!)

– Aufgrund der Auffälligkeiten, die der Amtstierarzt am lebenden Tier festgestellt und schriftlich festgehalten hat, hat der Beamte im Landesuntersuchungsamt Südbayern am 1. Dezember Tübingen darum gebeten, noch einmal nachzuschauen. Er war sich nicht sicher, ob der Befund tatsächlich negativ war. Der Beamte war also gewissenhaft und sorgfältig.

Tübingen hat allerdings gesagt, dass sie den Test momentan nicht durchführen könnten, weil sie sehr viel zu tun hätten. Tübingen hat vielmehr vorgeschlagen, den Test im Landesuntersuchungsamt Nordbayern durchzuführen. Es ist richtig, dass Tübingen zwar am 1. Dezember eingeschaltet wurde, dass der Versand der Probe an das Landesuntersuchungsamt Nordbayern aber erst am 11. Dezember erfolgte, so dass wir den positiven Befund erst am 19. Dezember hatten. Dem zuständigen Beamten im Landesuntersuchungsamt Südbayern kann kein Vorwurf gemacht werden. Ich könnte ihm allenfalls vorwerfen, dass er die Probe nach der Absage aus Tübingen nicht sofort an das Landesuntersuchungsamt Nordbayern weitergegeben hat. Tübingen hatte er zwar sofort eingeschaltet, dann lagen aber zehn Tage dazwischen, bis er das Landesuntersuchungsamt Nordbayern eingeschaltet hat. Sie wissen aber auch, dass in diesem Fall keine Gefahr mehr bestand, weil aus diesem Stall ab 2. November nichts mehr herausgegangen ist. Das ist auch amtlich festgestellt worden.

Ich darf ein Weiteres sagen; zum Jahresbericht des LUA Nord will ich mich nicht weiter äußern. Herr Kollege Dr. Dürr, ich bin gerne dazu bereit, alle Unterlagen zur Tiermehlerhitzung vorzulegen. Wir können alles detailliert belegen.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das werden wir ja sehen!)

Wir können belegen, dass bei den fraglichen Befunden, die vor allem beim LUA Nord aufgetreten sind, Untersuchungen vorgenommen wurden, dass die Kreisverwaltungsbehörden dazu aufgefordert wurden und dass bis auf den einen Fall, den Herr Kollege Glück angesprochen hat – auch dort wurde alles überprüft –, alles nachuntersucht wurde. Beim LUA Nord ist alles so gelaufen, wie ich es dargestellt habe. Wir können Ihnen alles darlegen, auch das, was mit Tiermehlerhitzung zusammenhängt. Auch im Landesuntersuchungsamt Südbayern wurde jedem einzelnen Fall nachgegangen, wurde alles nochmals überprüft. Das können wir nachweisen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Selbstverständlich sind auch Proben entnommen worden; darauf wurde schon hingewiesen.

Herr Kollege Maget, Sie haben mich auf die von der Firma Hipp veranlassten Tests angesprochen und erklärt, die Regierung von Oberbayern habe BSE-Tests verboten. Herr Kollege, das haben wir nicht getan. Tat-

sache ist vielmehr, dass das Labor, bei dem die Firma Hipp freiwillig testen lassen wollte, einen Test verwenden wollte, der in Deutschland noch nicht genehmigt war. Nicht das bayerische Gesundheitsministerium, eine andere hiesige obere Landesbehörde oder eine andere Stelle hier in Bayern lässt Testverfahren zu, sondern eine speziell dafür zuständige Bundesbehörde. Die Zulassung des Prionics-Checks – um diesen Test geht es hier – wurde zwar schon im Juni vergangenen Jahres beantragt; das Verfahren wurde aber erst am 22. Dezember für Deutschland zugelassen. Herr Kollege Maget, es geht hier nicht darum, dass wir ein Labor nicht hätten testen lassen wollen. Entscheidend ist vielmehr, dass eine Landesbehörde, hier die Regierung von Oberbayern, nur die Verwendung eines Tests genehmigen kann, der von der zuständigen obersten Bundesbehörde zugelassen ist. Was würden Sie mir denn sagen, wenn ich hier in Bayern einen Test anwenden ließe, nachdem jemand erklärt hat, das Verfahren sei schon ausgereift, und sich im Nachhinein herausstellte, dass das nicht zutrifft? Meine Damen und Herren von den Oppositionsfractionen, in dem Fall würden Sie doch erklären, ich hätte die Entscheidung der zuständigen Bundesbehörde abwarten sollen.

(Beifall bei der CSU)

So bitte ich darum, den dargestellten Sachverhalt zur Kenntnis zu nehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Wahnschaffe (SPD) – Weitere Zurufe von der SPD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Darauf werde ich auch noch zu sprechen kommen. Sie sind sehr ungeduldig, Herr Kollege Wahnschaffe. Aber vielleicht werden Sie im Laufe der Zeit etwas ruhiger werden.

Jetzt komme ich zu den freiwilligen Tests, die Frau Ministerin Höhn veranlasst hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, worum geht es? Es geht um folgende Frage: Wo setzen wir beim Testen den Schwerpunkt, wenn wir in Deutschland jetzt schon große Testkapazitäten benötigen, diese aber erst nach und nach schaffen müssen? Im Gegensatz zu Frau Höhn habe ich die Auffassung vertreten, dass wir nicht vornehmlich junge Tiere testen sollten. Schauen Sie sich einmal die von Frau Höhn vorgelegte Statistik an. Sie hat viel testen lassen; das trifft zu. Doch hat sie sehr viel an jungen Tieren testen lassen, nämlich an Rindern, die erst 24 Monate alt waren, teilweise schon an Rindern ab dem 20. Lebensmonat.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Höhn vertrat die Auffassung, dass man Rinder schon ab dem 20. Lebensmonat testen lassen sollte.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Darum drehte sich unsere Diskussion.

(Zuruf des Abgeordneten Wahnschaffe (SPD))

Wir testen in Deutschland jetzt vermehrt. Allerdings meine ich, es wäre besser, schwerpunktmäßig die gefallenen und die kranken Tiere zu untersuchen. Da erfahren wir vielleicht mehr, als wenn wir nur junge Tiere testen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

So habe ich die Auffassung vertreten, dass wir die gefallenen und die kranken Tiere nicht erst ab dem 1. Januar 2001 untersuchen sollten, sondern schon ab Mitte Oktober 2000. Ich habe mich also für ein Vorziehen der flächendeckenden Einführung von Tests an gefallenen und an kranken Tieren eingesetzt. So lautete mein Appell an die Adresse von Frau Höhn –: Lasst uns nicht die gesunden, jungen Tiere im Stall testen, sondern schwerpunktmäßig zunächst die kranken und die gefallenen.

Sodann habe ich mich mit der Bitte an das Bundeslandwirtschaftsministerium gewandt, die Einführung obligatorischer Tests an gefallenen und an kranken Tieren vorzuziehen. Dies habe ich übrigens schon mit Schreiben vom 13. August vergangenen Jahres getan. Das erwähne ich, damit Sie wissen, wann ich mich schon für mehr Tests eingesetzt habe. Vielleicht denken Sie einmal darüber nach. Sie können sich bestätigen lassen, von wann mein Schreiben datiert.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir denken die ganze Zeit darüber nach!))

Ich habe also dem Bundeslandwirtschaftsminister am 13. August 2000 geschrieben und ihn darum gebeten, verstärkt gefallene und kranke Rinder untersuchen zu lassen und die Einführung obligatorischer Tests für diese Tiere vorzuziehen. Er antwortete mir mit Schreiben vom 31. August 2000, das bei uns am 5. September eingegangen ist:

Durch die Kommissionsentscheidung werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, ab dem Januar 2001 eine hohe Anzahl von Stichproben mit Schnelltests auf BSE zu untersuchen. Die Umsetzungsfrist von mehr als sechs Monaten wurde gewährt, damit alle Mitgliedstaaten die für die Untersuchungen erforderliche Logistik aufbauen können.

Hören Sie jetzt bitte gut zu, verehrte Kolleginnen und Kollegen von den Oppositionsfractionen. In dem Brief heißt es weiter:

Ich halte es nicht für angebracht, den Beginn der flächendeckenden Untersuchungen vorzuziehen, ...

Das wollte ich mit meinem Schreiben vom 13. August vergangenen Jahres erreichen: das Vorziehen der flächendeckenden Untersuchung von gefallenen und kranken Tieren. Ich wollte nicht, dass damit erst am 1. Januar 2001 begonnen wird. Dazu heißt es in dem zitierten Schreiben aus dem zuständigen Bundesministerium:

Ich halte es nicht für angebracht, den Beginn der flächendeckenden Untersuchungen vorzuziehen, ...

– meine Damen und Herren von den Oppositionsfraktionen, hören Sie weiter gut zu –

da die BSE-Schnelltests in Deutschland bislang noch nicht zugelassen sind.

Somit hatte es nach Auffassung des Bundesministeriums keinen Sinn, schon zum damaligen Zeitpunkt viel zu testen. Wir hatten es schließlich noch mit einem Schnelltest zu tun, der in Deutschland noch nicht zugelassen war.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CSU)

Wissen Sie, dass besagter Schnelltest bis zum heutigen Tage noch nicht zugelassen ist? Was ist denn mit der Bundesbehörde?

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

In dem angesprochenen Schreiben heißt es weiter – ich darf auch dies noch vortragen –:

Meines Wissens ist die Logistik für diese Untersuchungen noch nicht in allen Bundesländern realisiert.

Was sagen Sie nun, meine Damen und Herren von der SPD und den GRÜNEN? Ich zitiere weiter:

Eine finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft wird erst für die Untersuchungen ab dem 1. Januar 2001 gewährt.

Aha. Der Bund stellt also wiederum kein Geld für eine eventuell sinnvolle Maßnahme zur Verfügung.

Ein Vorziehen der Untersuchungen hätte zur Folge, dass die Bundesländer zusätzliche Kosten in Höhe von etwa 300 000 DM pro Monat für Entnahme und Untersuchung der Proben zu tragen hätten.

„Ein Vorziehen der Untersuchungen“, heißt es, und dabei ging es auch um die Einstufung und den Status Deutschlands.

Herr Kollege Maget, ich will eines sagen: Über mich kann gern ein Richter entscheiden; aber Sie, Herr Kollege Maget, sind für mich der ungeeignetste Richter. Das will ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Maget, die eine Aussage, die ich angeblich im Landtag zur Entsorgung der Tierkadaver getroffen habe, müssen Sie mir bitte nachweisen. Ich habe die Protokolle durchgesehen und habe auch meine Rede eben noch einmal durchgelesen, die ich damals zu Protokoll gegeben habe.

(Maget (SPD): Kriegen Sie!)

Was ich zu dem angesprochenen Antrag gesagt haben soll, kann ich nirgends finden.

(Maget (SPD): Kriegen Sie!)

Ich will Sie damit jetzt nicht länger aufhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Risikomaterial.

(Dr. Kaiser (SPD): Jetzt wird es interessant!)

Ja, es wird sehr interessant; da haben Sie recht. Es wird sehr interessant.

Herr Kollege Maget hat nur die Briefe vorgelesen, die ich geschrieben habe. Die anderen Briefe hat er uns nicht vorgelesen. Ich weiß nicht, ob er es in Ihrer Fraktion getan hat. Vielleicht hatte er sie nicht. Ich denke, er hat sie, oder er hat gemeint, wir haben sie nicht mehr; ich weiß es nicht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, was das Risikomaterial anbelangt – das sage ich nicht erst heute hier im Parlament, sondern das habe ich auch in den letzten Wochen gesagt; ich sage es heute noch einmal – würde ich nach dem, was ich heute weiß, nach den Maßnahmen, die wir inzwischen getroffen haben, und nach dem, was die Bayerische Staatsregierung und der Ministerpräsident heute angekündigt haben und was wir zum Teil schon auf den Weg gebracht haben, etwa die Selbstverpflichtung der Wirtschaft, heute einen solchen Brief und eine solche Aufforderung weder an den Bundeslandwirtschaftsminister noch an die Bundesgesundheitsministerin schreiben. Das ist nicht neu; das habe ich schon in den letzten Tagen gesagt, und ich sage es auch heute.

Weil ich das nicht mehr tun werde, habe ich dem Ministerpräsidenten schon in der Kabinettsitzung vor Weihnachten vorgeschlagen, weiteres Risikomaterial herausnehmen zu lassen, nicht nur das Rückenmark, sondern die ganze Wirbelsäule, den ganzen Darm, den man ab 2. Januar sowieso EU-weit herausnehmen muss, und die Milz, und zwar auch bei Schafen. Das war mein Vorschlag in der letzten Kabinettsitzung vor Weihnachten, und das ist auch besprochen worden.

Nun aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, noch einmal zu meinem Schreiben an die Bundesregierung. Herr Kollege Glück hat schon ein Schreiben vorgelesen und Ihnen zur Kenntnis gebracht. Ich habe ein weiteres Schreiben des Bundeslandwirtschaftsministers vom 1. August 2000, unterschrieben von Herrn Funke. Dort heißt es:

Herr Staatssekretär Dr. Wille hat mit Schreiben vom 21.06.2000 die Amtschefs der Länder über die Risikomaterialentscheidung der Kommission unterrichtet. Die Europäische Kommission hat diese Entscheidung am 29.06.2000 erlassen.

Herr Kollege Maget, das haben Sie dem Hohen Haus auch mitgeteilt.

Deutschland hatte in der Sitzung des Agrarrates der Europäischen Union am 19.06.2000 der Entscheidung nicht zugestimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie kritisieren – ich sage: zu Recht – mein Schreiben bezüglich des Risikomaterials, auch wenn ich es in einem ganz anderen Zusammenhang gesehen habe, weil zu diesem Zeitpunkt über die Aufhebung des Importverbots für englisches Rindfleisch diskutiert worden ist. Diesen Zusammenhang müssen Sie sehen.

Aber wenn Sie mein Schreiben kritisieren, was ich Ihnen zugestehe, müssen Sie – Sie tun ja so, als seien Sie diejenigen, die in diesem Land immer alles in Ordnung gehalten hätten oder alles in Ordnung bringen könnten – wissen, dass sich Ihr Bundeslandwirtschaftsminister in der entsprechenden Sitzung im EG-Agrarrat bezüglich der Beseitigung des Risikomaterials der Stimme enthalten hat. Das heißt, die Bundesrepublik Deutschland hat nicht zugestimmt. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU – Maget (SPD): Auf Ihren Druck hin!)

Er schreibt:

... der Entscheidung nicht zugestimmt, da ich Ihre Auffassung teile, dass das gemeinschaftsrechtlich vorgeschriebene und in Deutschland seit langem übliche Verfahren

(Maget (SPD): Auf Ihren Druck hin!)

der Tierkörperbeseitigung die höchstmögliche Sicherheit auch im Hinblick auf das BSE-Risiko bietet. Das hat im Übrigen auch der wissenschaftliche Lenkungsausschuss in Brüssel wiederholt festgestellt.

Das hat der Bundeslandwirtschaftsminister geschrieben.

Nun haben Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, zu Recht ein Schreiben angesprochen, das ich in der gleichen Angelegenheit an die Bundesgesundheitsministerin geschrieben habe. Herr Kollege Maget, Sie haben gesagt, ich bin als Gesundheitsministerin in Bayern nicht mehr tragbar und nicht mehr haltbar. Die Bundesgesundheitsministerin schreibt mir auf mein Schreiben hin, das Sie zitiert haben:

Ich habe größtes Verständnis dafür, dass Sie mit der anstehenden Verpflichtung, die in der Entscheidung

– also in der entsprechenden EG-Richtlinie –

aufgelisteten Risikomaterialien gesondert zu beseitigen, nicht einverstanden sind.

„Ich habe größtes Verständnis, dass Sie nicht einverstanden sind“ – ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, die gleiche Bundesgesundheitsministerin würde mir heute ein solches Schreiben auch nicht mehr zur Antwort geben, und ich gestehe ihr das zu, was sie sagt. Sie fährt fort:

Wie Sie selbst darlegen, bietet das in Deutschland praktizierte Verfahren der Tierkörperbeseitigung auch nach wissenschaftlichen Erkenntnissen die bis heute unwidersprochen größtmögliche Sicherheit im Hinblick auf die Inaktivierung, was BSE angeht. Der für die Tierkörperbeseitigungsregelungen zuständige Bundeslandwirtschaftsminister hat sich immer intensiv dafür eingesetzt, dass uns eine Ausnahme von besonderen Beseitigungsregelungen eingeräumt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, mit diesen Schriftstücken kann ich die Akte zum Risikomaterial schließen, weil ich ganz schlicht und einfach feststelle: Sie müssen zugeben, dass die Einschätzungen bei den Verantwortlichen auf Bundesebene genau die gleichen waren wie die, die wir und ich persönlich in Bayern gehabt haben.

Ich bekenne: Ich halte diese Einschätzung heute nicht mehr für richtig. Das wird auch deutlich an den Beschlüssen, die wir in den letzten Tagen getroffen haben, und bei den weiteren Maßnahmen, die wir auf den Weg gebracht haben. Ich kann Ihnen zusichern, dass bei uns in Bayern – übrigens nicht im übrigen Deutschland – alle gefallenen Tiere und alle kranken Tiere getestet werden. Die EU-Regelung sieht etwas anderes vor. Sie sieht einen Test ab 30 beziehungsweise 20 Monaten vor.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Frau Staatsministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frau Staatsministerin Stamm (Sozialministerium): Nein.

Wir wollen bei den gefallenen und kranken Tieren mehr wissen. Deswegen testen wir alle. Ich denke, es ist der richtige Weg, nicht erst bei den Schlachttieren, sondern schon bei den gefallenen und kranken Tieren anzusetzen und bei ihnen wirklich eine lückenlose Prüfung vorzunehmen. Immerhin fallen etwa 18 000 Tiere an. Ich denke, das lohnt sich, und da bekommen wir eventuell auch Ergebnisse.

Herr Kollege Maget, Sie sagen, wir ignorieren die Forschung. Ist Ihnen entgangen, dass wir aus dem Bestand in der Oberpfalz die Zwillingschwester zur Bundesforschungsanstalt in Tübingen gebracht haben? Ist Ihnen das entgangen? Wie können Sie sagen, wir ignorieren die Forschung?

(Maget (SPD): Haben Sie zugehört?)

Wir haben daran größtes Interesse.

(Maget (SPD): Ich habe gesagt: in Deutschland!)

- Ja, gut. Dann müssen Sie zumindest hervorheben, was wir in Bayern ganz konkret und bewusst mit der Wissenschaft angehen.

(Maget (SPD): Sie müssen zuhören!)

Ich habe Herrn Kollegen Zehetmair erst gestern zugesagt, dass die Wissenschaft jedes lebende Tier aus einem Bestand mit einem erkrankten Tier haben kann, um bei den Untersuchungen an lebenden Tieren weiterzukommen. Auch das Tier aus dem Landkreis Lindau – der Fall, der uns gestern als positiv mitgeteilt wurde – hat zunächst noch gelebt. Die Veterinäre hatten den Verdacht geäußert, dass es sich um BSE handeln könnte. Daraufhin wurde das Tier lebend in die Bundesforschungsanstalt gebracht, damit der dortige Leiter entsprechende Untersuchungen am lebenden Tier vornehmen konnte.

Herr Maget, ich nehme zur Kenntnis, was Sie gesagt haben, und ich kann auch sehr gut damit leben. Aber ich muss es noch einmal sagen: Wer wie Sie noch vor wenigen Tagen der Auffassung war, dass es überzogen ist, gegenüber England ein Importverbot aufrechtzuerhalten, obwohl es dort jeden Monat zu 20 neuen Erkrankungen kommt, der ist genauso leichtfertig. Da könnte ich auch sagen, Sie übersehen die Risiken.

(Zuruf des Abgeordneten Maget (SPD))

Herr Kollege Maget, Sie können nicht mein Richter sein. Stellen Sie mir jemand anderen zur Verfügung, den ich dann akzeptiere. Sie kann ich nicht akzeptieren.

(Beifall bei der CSU – Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man sucht sich den Richter nicht selber aus, so weit ist es noch nicht!)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Das Wort hat nun Herr Staatsminister Miller.

Staatsminister Miller (Landwirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich komme von einem Hof aus einem Dorf, in dem ich als Kind zweimal miterlebt habe, was Tiererkrankungen bedeuten. Das erste Mal war, als in unserem Dorf Maul- und Klauenseuche herrschte. Das hat bedeutet, dass man als Kind von den anderen abgeschieden war, nicht mitspielen durfte, und man hat Tränen in den Gesichtern von Erwachsenen gesehen; das war ein nichtalltägliches Bild. Das zweite Mal war ich 14 Jahre alt, als mein Vater von einem tuberkulosebehafteten Milchviehbetrieb auf einen tuberkulosefreien Betrieb umstellte. Ich musste damals mit der Hand die Kühe melken. Mich braucht also niemand zu sensibilisieren, was Tierkrankheiten bedeuten.

Deshalb war es das Ziel meiner Arbeit, zusammen mit Barbara Stamm und Reinhold Bocklet im Bundesrat eine einheitliche Stellungnahme aller Bundesländer zustande zu bringen und in der Agrarministerkonferenz eine einstimmige Entschließung aller Landwirtschaftsminister in der Bundesrepublik.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen – ich sage „sehr geehrte“, obwohl ich das nicht mehr sagen sollte, die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die Bäuerinnen und Bauern erwarten Lösungen, keine Schuldzuweisungen und vor allem keine kurzfristige Par-

teipolitik. Ich sage Ihnen gleich, warum. Ich tue das ungern, aber ich muss Ihnen sagen: Wenn in Bayern geschlachtet und geschlafen worden wäre, würde das mindestens in gleicher Weise für Schleswig-Holstein gelten. Wir haben in Bayern leider sechs BSE-Fälle. Wir haben in Schleswig-Holstein leider zwei BSE-Fälle. Bayern hat aber 3,5 mal so viel Rinder wie Schleswig-Holstein.

(Maget (SPD): Ach Gott!)

Ich möchte diese Rechnung nicht weiterführen und auch nie mehr anführen.

(Maget (SPD): Das ist auch besser!)

Ich wollte Ihnen damit nur zeigen, wohin eine einseitige Betrachtungsweise führt.

Wenn Sie vorgetragen haben, dass die EU-Kontrolle bei Futtermitteln etwas ans Tageslicht gebracht habe und die Staatsregierung „ertappt“ wurde, dann ist das falsch. Vielmehr stammen die Zahlen, mit denen die EU Furore macht, von der Staatsregierung. Die Kommission war lediglich zwei Stunden in einem Mischfutterbetrieb. Nicht alle unsere Zahlen, die wir nachgeliefert haben, sind bisher in den Berichtsentwurf eingeflossen. Wir hoffen, dass die endgültige Fassung des Berichts zu einem anderen Bild führt.

Eines ist unbestritten: Bayern hat nachweislich die größte Zahl von mikroskopischen Untersuchungen in Auftrag gegeben. Obwohl in Nordrhein-Westfalen doppelt so viel Mischfutter produziert wird, wurde in Bayern die dreifache Anzahl von Untersuchungen auf Tiermehl durchgeführt.

(Zuruf von der SPD: Und die Konsequenzen?)

Auch der Bericht über Nordrhein-Westfalen – Sie müssen ihn schon genau lesen – ist nicht so günstig, wie Sie glauben. Dort sind immerhin 32 Verunreinigungen aufgeführt,

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die sind dem nachgegangen, die haben gehandelt!)

und die Anweisungen waren aufgrund der Stellungnahme der Verbände und aufgrund der allgemeinen Situation in allen Ländern gleich.

Nun komme ich zu der Feststellung, dass im Falle des positiven Befundes keine Rückrufaktion stattgefunden hat. Der Herstellerbetrieb wurde umgehend von einem Mitarbeiter der Landesanstalt für Ernährung aufgesucht und einer Nachkontrolle unterzogen. Inzwischen wurden auch entsprechende rechtliche Schritte eingeleitet.

Auch bezüglich der personellen Besetzung möchte ich einen falschen Eindruck korrigieren. Wir haben ein Sachgebiet Getreide- und Futtermittelwirtschaft, das herangezogen worden ist. Die Mitarbeiter des Sachgebiets Futtermittelkontrolle wurden nicht aufgeführt, auch nicht die Abteilung Recht und Verwaltung, die die Abteilung in der LfE unterstützt. Nicht berücksichtigt wurden

außerdem die 17 bzw. jetzt 20 Probenehmer an den Ämtern für Landwirtschaft draußen im Land, wo die Firmen sind, wo die Bauernhöfe sind, wo die Händler sind.

Es stimmt, dass 1995 im Zuge der Privatisierung die Mikroskopie abgebaut und die Untersuchungen an den Landesuntersuchungsanstalten in Hameln und in Speyer vorgenommen wurden. Sie können uns aber nicht vorwerfen, dass nicht exakt gearbeitet wurde, weil das Anstalten in anderen Bundesländern sind und nicht unsere eigenen Mitarbeiter.

Welche Maßnahmen wurden eingeleitet? Im Dezember wurde die Zahl der Proben und der Untersuchungen auf Tiermehl massiv erhöht. Ich hatte bereits Anfang November, nachdem mir gesagt worden war, da ist nichts drin, darum gebeten, die Zahl der Untersuchungen zu erhöhen. Im Dezember haben wir die Proben um das Dreißigfache erhöht, nämlich von 10 auf fast 300.

Wir sind dabei, eine eigene Mikroskopie aufzubauen, die Untersuchungsmethodik auf PCR, das heißt Gensequenzanalyse, die die EU mit uns angefangen hat, zu Ende zu entwickeln – die EU ist mittlerweile ausgestiegen – und die amtliche Futtermittelüberwachung personell zu verstärken.

Außerdem haben wir einen Futtermittelservice für die Landwirte eingerichtet, die selber Proben ziehen und untersuchen lassen können. Durch Sofortmaßnahmen der LfE sind am 22. Dezember 700 Bescheide an Futtermittelhändler und Hersteller gegangen. Die Futtermittelpartien wurden gesperrt. Mit Bescheid vom 2. Januar wurde die Verbrennung dieser Futtermittel angeordnet.

Durch eine Verstärkung der Buchprüfungen werden gleichzeitig die für die Futtermittelherstellung verwendeten Einzelkomponenten und ihre Herkunft bei einer Reihe von Betrieben festgestellt. Ein besonderes Augenmerk haben wir auf die Herstellung von Milchaustauschern gerichtet. Bei der Überprüfung ist erfahrenes und geschultes Personal im Einsatz.

Ich möchte nicht wiederholen, was der Herr Ministerpräsident heute schon ausgeführt hat, das können Sie nachlesen. Die EU trägt selber einen Teil der Schuld, weil sie das ursprüngliche totale Tiermehlverbot in Wiederkäuerfutter aufgeweicht hat und Tiermehl von Geflügel, von Fischen und von Blut enthalten sein konnte. Das hat zu Schwierigkeiten bei der Untersuchung geführt, was bedeutet, bei einer Konzentration von unter 1 Prozent bis zum 31. Mai 1999 und von unter 0,5 Prozent ab dem 1. Juni 1999 war ein gerichtsverwertbarer Beweis nicht gegeben.

Meine Damen und Herren von der Opposition, wenn Sie mir dies nicht glauben, sehen Sie bitte in dem Bericht nach, den die Bundesregierung letzte Woche in den Ausschüssen für Gesundheit und Ernährung gegeben hat, in dem es so steht – die genaue Begründung und derselbe Verlauf –, als hätten Sie es von uns abgeschrieben. Aufgrund der Nachweisprobleme hat Bayern auf meinen Vorschlag hin am 21. November ein generelles Verbot von Tiermehl und tiermehlhaltigen Futtermitteln gefordert. Heute wird tapfer diskutiert, und bis 1997 wur-

den die Anträge gestellt. Sie regieren seit 1998 in Berlin – Futtermittelrecht ist Bundesrecht. Wenn Sie von der Gefährlichkeit der Futtermittel gewusst haben, müssen Sie der Bevölkerung erklären, warum Sie in den zwei Jahren nichts unternommen haben. Herr Dr. Dürr, Ihre Behauptung, die Lobby sei mir mehr wert gewesen als die Bürger, weise ich entschieden zurück.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Dies hat auch Ministerpräsident Dr. Stoiber gesagt, das haben Sie schon wieder vergessen!)

Sie regieren in Berlin mit. Was haben Sie in den zwei Jahren getan? Können Sie Aktivitäten nachweisen, die darauf gerichtet waren, das Tiermehl aus der Verfütterung herauszubringen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit dem 2. Dezember gilt deutschlandweit generell das Tiermehlverbot. Damit haben wir eine neue Rechtsgrundlage. Es gibt Pressemeldungen anderer Bundesländer, die Sie über das Internet abrufen können. Die Situation ärgert mich ungeheuer; nach dem Verbot gab es um den 18.12. erste Prüfungen mit folgenden Ergebnissen: In Baden-Württemberg waren 40% der Proben kontaminiert, in Schleswig-Holstein und Thüringen 33%, in Sachsen-Anhalt und Bayern 20% der Proben. In Bayern wurden in sieben von 38 Proben Spuren festgestellt. Das Tiermehl muss aus der Verfütterung herausgenommen werden. Auch die Schweiz hat jetzt, ähnlich wie die Bundesrepublik Deutschland das Tiermehl für Schweine und Geflügel generell verboten, um diese Spuren zu beseitigen. Aber was machen wir? Gegen die Hersteller wird ein Bußgeldverfahren eingeleitet. Gleichzeitig erhalten die Hersteller und Händler die Anordnung, die betreffenden Futtermittel zu sperren und unschädlich zu beseitigen. Die Tierhalter werden angewiesen, das Futter weder zu verfüttern noch weiterzugeben, sondern an die Lieferanten zurückzugeben. Die Landesanstalt für Ernährung muss dies kontrollieren. Wir haben eine anonyme Anzeige erhalten, wonach 1996 eine Firma tiermehlhaltige Milchaustauscher von Baden-Württemberg nach Bayern geliefert hat. In dieser Angelegenheit hat die Landesanstalt am 4. Januar die Staatsanwaltschaft eingeschaltet.

Eine Bemerkung zu dem Brief von Landwirtschaftsminister Funke. Wenn ich Bundeslandwirtschaftsminister Funke, der in Brüssel die Gespräche führt, die heute dargestellte Situation schildere und darauf von ihm am 17. Juni des letzten Jahres zur Antwort bekomme, er teile meine Auffassung voll, frage ich mich, was man anderes machen soll; ähnlich war der Tenor auf den Agrarministerkonferenzen dieses Jahres.

Was das Zeichen „Qualität Herkunft aus Bayern“ betrifft, habe ich letzte Woche Professor Kihm in Bern gesagt, dass ich bis zum ersten Fall in Schleswig-Holstein davon ausgegangen sei, dass Deutschland BSE-frei sei. Professor Kihm hat daraufhin gesagt, zu Beginn seiner Untersuchungen hätte er geschworen, dass die Schweiz BSE-frei sei, denn auch dort sei Tiermehl nie an Wiederkäuer verfüttert und nie aus England importiert worden. Hätte ich sagen sollen, in Deutschland oder Bayern herrscht BSE? Ich wäre dann gefragt worden: Wo? Welch großes Vertrauen in das Siegel „Qualität Herkunft

aus Bayern“ gesetzt wurde, können Sie in der Rede des Bundeskanzlers nachlesen, der als erste Reaktion auf BSE gesagt hat, in Bayern gebe es doch so eine Kette, worauf andere den baden-württembergischen Namen gerufen haben. Der Bundeskanzler hat damit unser Zeichen „Qualität Herkunft aus Bayern“ gemeint.

Es gibt ein Agrarpapier der Staatssekretäre Dr. Wille und Baake, des Landwirtschafts- bzw. Umweltministeriums, wonach ein Qualitätssiegel mit klaren Kennzeichnungsregelungen die Entscheidungen der Einkäufer erleichtern soll. Aber Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben gesagt, nur wir hätten dies herausgestellt. Die SPD-Fraktion hat am 23. Oktober im federführenden Landwirtschaftsausschuss folgendem Beschluss einstimmig zugestimmt: „Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Bemühungen für die Einführung eines EU-weiten Herkunftsnachweises für Fleisch und Fleischprodukte gezielt zu unterstützen.“ Kollegin Hecht hat wörtlich gesagt: „Wo immer die Verbraucher in der Europäischen Union Rindfleisch kaufen, müssen sie sicher sein, ein gutes und für den Verzehr unbedenkliches Erzeugnis zu bekommen.“ Das bayerische Qualitäts- und Herkunftszeichen, das durch das Programm „Offene Stalltür“ sehr gut ergänzt werde, sichere das zu. Am 01.03.2000 hat Frau Kollegin Lück dem Ausschuss gesagt, das bayerische Qualitätszeichen habe sich bei den Skandalen in der jüngsten Vergangenheit, besonders beim BSE-Skandal, sehr bewährt. Es habe geholfen, das Vertrauen der Verbraucher in bayerische Erzeugnisse zu stärken.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Lück (SPD))

– Ich zitiere nur aus den Unterlagen.

(Zuruf von der SPD: Aber lückenhaft!)

Herr Maget, was Sie alles machen und beherrschen. Aus einem Artikel einer Fachzeitschrift, deren Drucklegung am 22.11. war, zitieren Sie: „Zur Verfütterung von Tiermehl und Fleischknochenmehl...“ Die Fortsetzung „an Mastschweine“ haben Sie weggelassen; dies ist bis zum 01.12. erlaubt gewesen.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Staatsminister, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Staatsminister Miller (Landwirtschaftsministerium): Nein.

Inzwischen ist dies klaggestellt worden. Allein mit dieser Tatsache verunsichern Sie die Menschen und verleumden Sie mich. Dass man mit so wenig so viel anrichten kann, konnte ich mir nicht vorstellen. Wenn wir in Zukunft diskutieren, stünde es der SPD und den GRÜNEN gut an und wäre es ein Akt der Ehrlichkeit, einzugestehen, dass Ihre Bundesregierung alles daran gesetzt hat, die Industrialisierung auf Bundes- und EU-Ebene und den Wettbewerbsdruck in der Landwirtschaft zu verschärfen. Die scheinheilige Forderung nach naturnaher Landwirtschaft und artgerechter Tierhaltung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass auf Bundes- und EU-Ebene wirksame Weichenstellungen notwendig sind.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich begrüße es außerordentlich, dass dies nun eingesehen wird, und hoffe, dass es zu einer entsprechenden Änderung der Agrarpolitik kommt. Wir werden in den nächsten Wochen unsere Vorschläge in einem Eckpunkte-Programm vorlegen.

Weitere Lehren aus der BSE-Situation lassen sich einfach und schnell auf den Punkt bringen: Die Wissenschaft hat die notwendigen Erkenntnisse und Lösungen nicht schlagartig bereit, wenn uns die Natur mit Problemen wie BSE konfrontiert. Die lückenhaften Erkenntnisse im wissenschaftlichen Bereich zwingen uns zu einer breiten Prävention, da man nicht punktgenau ansetzen kann. Prävention erfordert Solidarität zwischen allen Beteiligten und kostet Geld. BSE ist weder ein bayerisches noch ein deutsches, sondern längst ein europäisches Problem. Um dieses in die richtigen Bahnen zu lenken, müssen alle intensiv zusammenarbeiten.

Ein Grundsatz der Ernährungspolitik, für die ich auch verantwortlich bin, ist: Bei der Lebensmittelsicherheit darf es kein Splitting zwischen fragwürdigen Standards für Einkommensschwache und Prämienprodukten für gut betuchte Verbraucherguppen geben.

Ich werde die einzelnen Punkte noch aufführen, möchte das aber im Einzelnen heute nicht mehr tun. Wir müssen jedenfalls mehr darüber wissen, von woher BSE in unser Land kommt und wohin die Reise geht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das sind die entscheidenden Fragen. Ich weiß auch, ohne das verniedlichen oder herunterspielen zu wollen: Tierkrankheiten waren immer eine große Herausforderung für die Landwirtschaft. Wir alle zusammen müssen über Ländergrenzen hinweg alles tun, um diese Tierkrankheit zu bekämpfen und sie wieder loszuwerden.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Nach § 116 hat Frau Kollegin Lück um eine Zwischenbemerkung gebeten. Ich bitte Sie an das Rednerpult, Sie haben zwei Minuten.

(Zuruf von der SPD: Das geht vom Platz aus!)

Frau Lück (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Werte Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich will meine Zwischenintervention nicht ausweiten, sondern nur sagen: Herr Minister, wenn Sie zitieren, dann zitieren Sie bitte nicht nur das, was Ihnen gefällt, sondern auch das, was man anschließend gesagt hat, und zwar, dass ich trotzdem der Meinung bin, dass erstens Risikomaterial zu entfernen ist und zweitens die Tests durchzuführen sind. Dies ist genau der Punkt, über den wir immer wieder gestritten haben.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Zur Erwiderung: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Miller (Landwirtschaftsministerium): Ich stelle gern das Protokoll des Landtags zur Verfügung, Frau Kollegin. Darin können Sie nachlesen, was Sie gesagt haben. Von Tests usw. steht hier nichts.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Wir fahren mit den Wortmeldungen fort. Das Wort hat Herr Kollege Starzmann. Bitte.

Starzmann (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die beiden letzten Verteidigungsreden der Frau Staatsministerin Stamm und des Herrn Staatsministers Miller haben sich wesentlich vom letzten Teil der Rede des Herrn Ministerpräsidenten unterschieden, in dem dieser durchaus Irrtümer eingestanden hat, die auch in Bayern geschehen sind und denen man auch in Bayern unterlegen ist. Ich glaube, das wäre der Ton gewesen, in dem weiter zu diskutieren gewesen wäre, um miteinander für die Bevölkerung positiv in die Zukunft und gegen BSE zu arbeiten. Was die Frau Staatsministerin hier geboten hat, war der Versuch einer Darstellung ihrer absoluten Fehlerfreiheit, dass sie im Laufe ihrer Tätigkeit noch nie einen Fehler gemacht hat.

(Beifall bei der SPD – Glück (CSU): Das stimmt überhaupt nicht!)

Sie hat alle Vorwürfe zurückgewiesen,

(Zuruf des Abgeordneten Glück (CSU))

und zwar mit Argumenten, die ich als Bewohner Südbayerns leider nicht teilen kann. Ich weiß, dass sie aus Nordbayern kommt. Wenn 1998 an das Untersuchungsamt 158 Proben eingesandt wurden und davon nur noch 24 untersuchbar waren, weil der Rest, nämlich 134 Proben, verdorben war, wenn 1999 110 Proben eingesandt wurden, davon aber nur 21 untersucht wurden – es handelt sich jeweils um Proben beim Vorliegen von zentralnervösen Störungen –, weil 89 dieser 110 Proben vernichtet waren, kann ich die Geschichte von der Alm nicht glauben, dass nämlich alle 89 auf der Alm gewesen sein sollen und deswegen nicht mehr in die Untersuchungsämter gebracht werden konnten.

(Beifall bei der SPD)

Mit einer solchen Geschichte können Sie sich nicht aus der Affäre ziehen und so tun, als wären Sie fehlerfrei.

(Willi Müller (CSU): Das hat sie nicht gemacht!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir alle werden in dieser Zeit von Bürgern hilfesuchend gefragt: Isst du als Agrarpolitiker eigentlich noch Rindfleisch? Isst du noch Fleisch? Steigst du um auf Huhn oder Truthahn? Was tust du? Diese Fragen können Sie alle nicht beantworten, auch ich nicht. Beruhigten Gewissens können Sie heute dem Bürger keine Empfehlung geben, ob und mit

welchem Risiko er Fleisch essen kann. Auch die Staatsminister Miller und Stamm und der Ministerpräsident haben bis heute noch keine Übersicht über die tatsächliche BSE-Verbreitung in diesem Lande. Deswegen ist es absolut unangebracht, Fehler beim jeweils anderen zu suchen und, auch als Staatsregierung, in einer solchen Diskussion seine eigenen Fehler nicht einzugestehen. Herr Minister, es war eben ein Fehler, dass Sie zu einer Zeit, als wir schon zehnmal den Verzicht auf das Tiermehl beantragt hatten, zu einer Zeit, als Tiermehl von der Wissenschaft als der Verbreitungsweg für BSE anerkannt war und Sie wussten, dass auch in pflanzlichem Tierfutter aufgrund der Herstellungsverfahren Tiermehlverunreinigungen möglich sein können – das mussten Sie wissen –, erklärt haben, „Qualität Herkunft aus Bayern“ sei ein Garant für 100% BSE-Freiheit. Das war falsch. Das war nicht nur ein Irrtum; weil wir Sie auf Ihre Irrtümer hingewiesen haben, war es ein Fehlverhalten, so etwas zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich empfehle, für die Zukunft eines nicht zu tun, was in der einen oder anderen Rede angeklungen ist, nämlich das BSE-Risiko, dem wir ganz klar unterliegen, immer wieder mit Risiken zu vergleichen, die aus der technischen Welt stammen. Es wird gesagt, Autofahren, Fliegen, Rauchen, Trinken, Zuviel-Essen – das ist alles gefährlicher als das BSE-Risiko. Der wesentliche Unterschied ist doch, dass der Mensch auf alle diese Dinge verzichten kann, sie freiwillig tut, während er auf das Essen nicht verzichten kann. Deswegen ist dieses Risiko völlig unterschiedlich.

(Hofmann (CSU): Aber er braucht kein Rindfleisch zu essen!)

– Herr Hofmann, Sie würden wahrscheinlich als Letzter zustimmen, eine Propaganda zu betreiben nach dem Motto: Esst kein Fleisch mehr,

(Hofmann (CSU): Wer kein Fleisch essen will, braucht es nicht zu essen!)

weil das Fleischessen wie das Autofahren einem Risiko unterliegt.

(Hofmann (CSU): So ein Schmarren!)

– Was Sie sagen, da haben Sie recht: Das ist ein Schmarren.

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben auch immer vor „Qualität Herkunft aus Bayern“ in der Bedeutung, die immer wieder unterstellt wurde, gewarnt. Das Zeichen „Qualität Herkunft aus Bayern“ war eine hervorragende Werbemaßnahme für ein Produkt aus unserem Land.

(Loscher-Frühwald (CSU): Ist es auch noch!)

– Das ist es leider nicht mehr, Herr Loscher-Frühwald; ich werde Ihnen das gleich erläutern. Wir haben immer davor gewarnt, das Programm „Qualität Herkunft aus

Bayern“ nur als Werbemaßnahme und Herkunftszeichen zu fördern, wenn der einzige Unterschied gegenüber den herkömmlichen Produktionsmethoden, der Firmierung unter der guten fachlichen Praxis, darin besteht, dass man sich einer Prüfung unterzieht, ob man auch die Gesetze eingehalten hat. Es ist überhaupt kein Qualitätsmerkmal, wenn damit bestätigt wird: Hierbei wurden die Gesetze eingehalten. Dies setze ich bei allen voraus. Deswegen müssen wir in der Zukunft über das Zeichen „Qualität Herkunft aus Bayern“ sprechen, wenn es denn noch zu retten ist. Heute Vormittag habe ich mit einem großen Fleischhändler gesprochen. Er sagt: Alles an Fleisch kann ich verkaufen, nur eines darf nicht draufstehen: Aus Bayern. Es ist das Ende des Siegels „Qualität Herkunft aus Bayern“, wenn wir soweit gekommen sind, dass der Fleischhandel auf das Zeichen „Qualität Herkunft aus Bayern“ verzichten muss, weil es eher als negativ angesehen wird. 17 Millionen DM sind in diese Werbemaßnahme gesteckt worden. Wir müssen Sofortmaßnahmen ergreifen, die das Siegel „Qualität Herkunft aus Bayern“ mit Inhalt ausstatten. Das muss auch immer Hintergrund des Wille-Braake-Papiers sein: Gütesiegel müssen mit Inhalten versehen werden,

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

damit der Verbraucher sehen kann: Jawohl, das unterscheidet sich.

Meine Damen und Herren, wir wissen nicht einmal die Ursache für BSE. Die einen sagen, es ist das Tiermehl. Ich stimme mit denen überein, die sagen, dass es das Tiermehl ist, und wenn es auch nicht die Ursache ist, müssen wir darauf verzichten, weil wir aus Wiederkäuern keine Kannibalen machen dürfen. Wer in der letzten Zeit im Fernsehen die Unappetitlichkeiten bei der Herstellung von Tierfutter gesehen hat, den graust es heute vor Fleisch. Das ist der falsche Weg. Deswegen müssen wir sicherstellen, dass Tierfutter so appetitlich ist, dass es uns nicht vor dem Fleisch, das wir essen, grausen muss.

Als weitere Ursachen werden angeführt: Möglicherweise sind es Medikamente, möglicherweise sind es Hormone aus Gehirndrüsen, die englische Tierzüchter den Tieren gespritzt haben – Udo Pollmer behauptet das –; ernst zu nehmen ist auch der Weg, die Ursache in genetischen Defekten zu suchen. Meine Damen und Herren, wenn es ein genetischer Defekt ist, was hat denn dann unsere Zuchtmethodik zur Verbreitung beigetragen?

Ein Stier mit diesem möglichen genetischen Defekt hat heute mehrere tausend Nachkommen und verbreitet damit seinen genetischen Defekt inzuchtartig. So ist unsere Landwirtschaft.

Ich will Ihnen einige Perversionen unserer Landwirtschaft schildern, die schon in der Sprache zum Ausdruck kommen. Wir sind stolz darauf, Pflanzen zu züchten, die sich nicht fortpflanzen. Stattdessen nehmen sie mehr Dünger auf. Wir sind stolz darauf, Früchte zu haben, die unfruchtbar sind. Wir spritzen sie stärker mit Chemikalien. Wir sind stolz darauf, Kälber zu haben, die vom ersten Tag an keine Muttermilch bekommen, vom ersten

Tag an keine Milch der Kuh sehen. Das ist die moderne Landwirtschaft.

Wissen Sie als Verbraucher eigentlich, von welchen Kühen die Milch stammt, die Sie trinken? Da wird aus dem Uterus einer Kuh das eingenistete befruchtete Ei ausgewaschen, in acht Teile zerteilt, und je ein Achtel wird acht aufnahmebereiten Kühen eingesetzt, um acht gute, gleich befähigte Kälber zu bekommen. Solche Perversionen zeigt unsere Landwirtschaft. Ich fordere eine grundsätzliche Kehrtwendung, weil es ethisch nicht mehr vertretbar ist, was wir hier anstellen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute reden wir über BSE. Der nächste Skandal kommt mit Sicherheit, wenn wir nicht eine Kehrtwende in der Agrarpolitik vollziehen. Wenn wir das nicht tun, haben wir demnächst einen weiteren Skandal auf einem anderen Gebiet.

Wer hat denn da alles versagt? Die vorhergehende Bundesregierung hat in WTO-Verhandlungen dafür gesorgt, dass wir den Import von hormonbehandeltem Fleisch nicht mehr verbieten können. Ihre Regierung hat in WTO-Verhandlungen zugestimmt, dass auch hormonbehandeltes Fleisch importiert werden kann. Dagegen können wir uns nur noch gerichtlich wehren. Ihre Regierung hat in der WTO keine Handhabe ausgehandelt, um BST-erzeugte Milch bei uns zu verbieten. Das haben Sie versäumt. Sie haben doch die alte Agrarpolitik vollen Herzens unterstützt. So sieht es aus.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir jetzt nicht zu einer Änderung der Agrarpolitik kommen, trifft des Kanzlers Frage zu: Wann dann? Ich habe keine Hoffnung, dass das je geschehen kann, wenn wir das jetzt nicht ernst nehmen. Es ist richtig, Tiermehl zu verbieten und schärfere Kontrollen durchzuführen. Ich will aber nicht, dass es so weit kommt, dass wir es eines Tages als selbstverständlich ansehen, jedes Fleisch auf BSE testen zu müssen, ehe man es essen kann, so wie heute Schweine auf Trichinen getestet werden müssen, ehe man sie essen kann. Ich will, dass die Krankheit BSE verschwindet, und das ist nur mit einer anderen Agrarpolitik möglich. Zusätzliche Tests sind zwar jetzt notwendig, aber keinesfalls eine gute Zukunft. Gewiss ist es richtig, die Forschung zu verstärken, um etwas über die Ursachen zu erfahren. Ich bitte Sie aber, die Forschung in alle Richtungen zu betreiben, auch in Richtungen, die man als unwahrscheinlich betrachtet. Ich bitte beispielsweise darum, die kranken getöteten Tiere zu klonen, um den genetischen Transport dieser Krankheit verfolgen zu können.

Es ist falsch, immer nur dann von einer agrarpolitischen Wende zu reden, wenn eine Krise auftritt. Das Tiermehl wurde bis 1998 nicht verboten, und es wurde auch nach 1998 nicht verboten, und das war falsch. Im Jahre 2000 wurde es endlich verboten, und das war zu spät. Wer von Ihnen hätte denn daran gedacht, dass es notwendig ist, auch die Tiermehlverfütterung an Reh und Hirsch im Wald zu verbieten? Wer von Ihnen, der sich im Gasthaus

einen Hirschbraten bestellt, hätte angenommen, dass auch Hirsche im Wald von unseren Jägern mit Tiermehl gefüttert werden könnten, wie es offensichtlich Praxis ist; denn sonst hätte der Minister die Verfütterung von Tiermehl an wildlebende Tiere nicht verbieten müssen. So weit sind wir gekommen. Wir alle müssen anders handeln als bisher.

Was können wir in Bayern in dieser Frage überhaupt tun? Wir müssen uns mit der Agrarpolitik auf allen Ebenen auseinander setzen, von der WTO angefangen bis hin zum Bauernhof. Die WTO-Position der Europäischen Union muss einheitlich sein. In der nächsten WTO-Runde, die jetzt läuft, müssen wir die Forderung anmelden, zusätzlich zu den bisherigen gesundheitlichen Standards auch ökologische, soziale, ethische, tierschützerische und kulturelle Standards in den einzelnen Ländern zu ermöglichen, und damit die einzelnen Länder langfristig gemäß diesen Standards schützen. Uns muss es erlaubt sein, Hormonfleisch in Europa zu verbieten. Uns muss es erlaubt sein, BST-erzeugte Ware in Europa zu verbieten. Uns muss es erlaubt sein, antibiotische Wachstumsförderer in Europa innerhalb der WTO-Regeln zu verbieten.

(Beifall bei der SPD)

Das muss langfristig geschehen. Durch schnelle Entscheidungen darf kein Handelshemmnis entstehen. Wenn wir das heute festlegen und in der nächsten WTO-Runde fordern, dass nach fünf Jahren in Europa gilt, dass kein antibiotischer Wachstumsförderer mehr eingesetzt werden darf, muss das auch bei den Amerikanern durchsetzbar sein. Selbstverständlich wollen sie an uns liefern, aber sie können dann eben kein Hormonfleisch mehr liefern. Das ist durchsetzbar. Wenn die WTO-Standards so scharf sind, wie wir das für unser Essen aus ethischen Gründen fordern, können wir allen Ländern innerhalb der WTO erlauben, an uns zu liefern. Wenn wir so hohe Standards setzen, brauchen wir keine Furcht vor dem Wettbewerb zu haben.

Anders als der Ministerpräsident meine ich, dass wir auf europäischer Ebene eine Food-and-Drug-Behörde, ähnlich der amerikanischen, brauchen, die alles untersucht und über die Zulassung entscheidet, die entscheidet, was der Mensch essen kann.

(Zuruf von Staatsminister Bocklet)

– Ja eben. Wenn die Amerikaner BST-erzeugte Produkte zulassen, ist es deren Sache. Wir brauchen in Europa eine Behörde, die dafür sorgt, dass BST bei uns nicht zugelassen ist.

Wir brauchen eine europäische Agrarförderung. Wir müssen bei der nächsten Runde deutlich machen, dass wir ein Agrarfördersystem bekommen, in dem die Nationalstaaten grundsätzlich zu 50 % mitfordern.

(Zuruf des Abgeordneten Willi Müller (CSU))

– Ich gebe Ihnen Recht, dass das auf der Agenda steht. Eine andere Frage ist, ob man das durchsetzen kann. Ich verlange heute nicht, dass das durchgesetzt wird,

weil ich nicht weiß, welche Situation sich ergeben wird. Dieses Thema muss jedenfalls auf der Agenda sein.

Wir brauchen auf Bundesebene eine Bundesverbraucherbehörde – in allen Mitgliedsländern der EU müsste es so etwas geben –, die in einer Abteilung die einheitliche Umsetzung von EU-Vorschriften im Nationalstaat überprüft. Wir erwarten, dass es eine Länderverbraucherbehörde geben wird. Sie ist dringend notwendig und sollte EU-Vorschriften einheitlich auf Landesebene umsetzen.

Wir brauchen auch – hier komme ich zu meinem Ausgangspunkt zurück – eine deutliche Veränderung des Qualitätszeichens „Qualität Herkunft aus Bayern“. Wir sollten das Zeichen „Qualität Herkunft aus Bayern“ aus rein pekuniären Gründen nicht verschwinden lassen, weil es mit 17 Millionen DM in der Bevölkerung gut eingeführt wurde. Die Bevölkerung ist davon allerdings total enttäuscht und weiß, dass dieses Qualitätszeichen nichts bringt. „Qualität Herkunft aus Bayern“ ist nur noch zu retten, wenn wir es mit Richtlinien unterfüttern, die dem Verbraucher die Gewissheit geben: Ja, so möchte ich mein Essen haben. Ich will kurz auflisten, was ich mir von „Qualität Herkunft aus Bayern“ erwarte, das für die Fleischproduktion gilt. Die Milchleistung der Kühe, die später gegessen werden, muss aus dem Grundfutter, aus Grünland- und Ackerfutterbau, erfüllt werden. Das muss für das Markenzeichen „Qualität Herkunft aus Bayern“ Voraussetzung sein. Voraussetzung muss weiter sein, dass der Kraftfuttereinsatz mit Getreide und mit Leguminosen bestritten werden muss. Die Versorgung mit Mineralstoffen muss ebenfalls über das Grundfutter erfolgen. Es reicht, wenn unsere Kühe 5000 bis 6000 Liter Milch im Jahr geben. Wollen Sie als Verbraucher Milch von einer Kuh trinken, durch die jährlich, wie es Praxis sein kann, 12000 Liter Milch laufen? Da laufen täglich mehr als 60 Liter Milch durch eine Kuh. Wollen Sie eigentlich noch Milch von einer solchen Kuh trinken?

Was gilt für die Kälberaufzucht gemäß „Qualität Herkunft aus Bayern“? Es ist doch gängige landwirtschaftliche Praxis, dass die Kälbchen der Mutter sofort nach der Geburt weggenommen werden.

Die Milch wird zu Magermilchpulver denaturiert. Für diese Denaturierung zahlt der Steuerzahler einen Zuschuss. Aus diesem Magermilchpulver wird anschließend durch Zufügen von tierischem Fett der so genannte Milchaustauscher für die Kälberaufzucht hergestellt. Nachdem der Steuerzahler abgezockt wurde, wird der Verbraucher noch einmal zur Kasse gebeten, indem dem Milchaustauscher Fett aus tierischen Abfällen beigefügt wird. Das ist die Praxis; dieses Fleisch müssen wir heute essen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das können wir im Rahmen des Gütezeichens „Qualität Herkunft aus Bayern“ verbieten. Dazu brauchen wir keinen Kanzler Schröder zu fragen und keinen Kommissar Byrne. Das Siegel „Qualität Herkunft aus Bayern“ hat dann einen Sinn, wenn diese Kälber bis zur 12. Lebenswoche wieder mit Vollmilch gefüttert werden. Glauben

Sie denn, dass der Verbraucher, wenn er Kalbfleisch kauft, daran denkt, wie unsere Bauern diese Kälber erzeugen, dass es ihm nicht graust, wenn er erfährt, was hier gemacht wird? Jeder Verbraucher glaubt, dieses Kalb hat einmal an seiner Mutter getrunken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie irgendwo ein Plakat sehen, auf dem unsere Bauern werben, dann möchte ich einmal sehen, ob Sie ein Plakat anschlagen können, auf dem ein kleines Kalb und die Rezeptur für den Milchaustauscher abgebildet ist. Das werden die Bauern nicht wagen. Auf diesen Werbeplakaten werden das Muttertier und das Kalb abgebildet. Das ist eigentlich ein Schwindel.

(Beifall bei der SPD)

Es geht jetzt um die Fütterung der Masttiere. Wir haben uns an hohe tägliche Gewichtszunahmen gewöhnt, weil wir lockeres Fleisch wollen. Mit 1300 Gramm Futter muss so ein Bulle jeden Tag zunehmen. Diese perverse Landwirtschaft zwingt die Tiere zum Fressen. Was ist schon dabei, wenn der Bulle weniger zunimmt, wenn sein Fleisch dunkler ist? Wir protestieren gegen die französischen Maststopfgänse. Unsere eigenen Stiere stoppen wir aber wie die französischen Mastgänse.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

All das ist in Bayern möglich. Weidemast in Grünlandgebieten ist ohne weiteres möglich. Klee gras, Grassilage, Getreideschrot, Erbsen, alles wächst in diesem schönen bayerischen Land. Ich wünschte mir, dass die Staatsregierung etwas dazutut, dass wir wieder mit Vergnügen essen können. Die rechtlichen Möglichkeiten dazu haben Sie. Schaffen Sie ein vernünftiges Gütezeichen „Qualität Herkunft aus Bayern“, und dann wird es in Bayern wieder besser werden. Wir müssen Ihnen aber leider dabei helfen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Kollege Loscher-Frühwald.

Loscher-Frühwald (CSU): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eigentlich alles gesagt, aber noch nicht von jedem.

(Maget (SPD): Dann wird es aber schlimm!)

– Ich möchte auch noch einen Beitrag dazu liefern. Herr Dr. Dürr, es wird Ihnen sicher nicht gelingen, sich bei den Wählern mit der BSE-Debatte zu profilieren. Mit Ihrer Rede haben Sie dafür den besten Beweis geliefert.

Wider besseres Wissen werfen Sie der Staatsregierung Versäumnisse vor, sie habe versucht, zu vertuschen. Über Versäumnisse der Bundesregierung gehen Sie großzügig hinweg, zum Beispiel dass Bundeslandwirtschaftsminister Funke bereits am 13. April 2000 von

Experten der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten eine Bewertung des BSE-Risikos erhalten hat.

(Maget (SPD): Daraus habe ich sogar zitiert!)

Das ist in der „Welt“ vom 8. Januar 2001 nachzulesen. Dort wird auch gefragt, Herr Kollege Maget, was Herr Funke in dieser Zeit getan hat. Dadurch ist wertvolle Zeit verloren gegangen.

(Maget (SPD): Das habe ich kritisiert!)

Wie ernst hat man von Seiten der Bundesregierung die Ängste der Verbraucher und die Sorgen der Landwirte genommen?

Bevor Sie Vorwürfe gegen die Staatsregierung erheben, sollten Sie noch einmal die „Welt“ von gestern, vom 8. Januar 2001, nachlesen. Dort heißt es unter der Überschrift „BSE-Beauftragte kritisiert Funke und Fischer“, dass es nicht nur zwischen dem Bundeslandwirtschaftsministerium und dem Bundesgesundheitsministerium, sondern auch innerhalb der Ministerien in Berlin in Sachen BSE keine Zusammenarbeit gab. Wenn Sie schon Vorwürfe erheben, dann richten Sie sie an die richtige Adresse. Fordern Sie den Bundeskanzler auf, oder gehen Sie selber nach Berlin, und versuchen Sie, diesem Chaos so schnell wie möglich ein Ende zu bereiten.

Ich habe noch eine weitere Pressemeldung vom 4. Januar 2001 in die Hände bekommen. Daraus geht hervor, wie ernst Bundeslandwirtschaftsminister Funke diese Probleme genommen hat. Darin heißt es:

„Wo war Funke, als es im wahrsten Sinne des Wortes um die Wurst ging? Während seine Sprecherin sagte, Funke sei krank, fand bei einer Kreistagssitzung seine plötzliche Genesung statt. Funke rauchte Zigarren, nahm an einem Kreistagessen teil und schwänzte damit den Krisenstab.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Maget (SPD): Wissen Sie, wo Landwirtschaftsminister Miller war, als der erste BSE-Fall in Bayern bekannt wurde? – Gegenruf des Abgeordneten Ach (CSU))

– Das weiß ich nicht, das kann er dann selbst sagen.

Ich möchte noch ein paar Sätze zum Thema „Tiermehl“ sagen. Tiermehl wird von der Europäischen Union nicht deshalb verboten, weil es als gesundheitsgefährdend eingestuft wird, sondern weil man sich im Sinne des vorbeugenden Verbraucherschutzes dazu entschlossen hat. Ich meine, es muss auf Dauer aus der Futter- und damit auch aus der Nahrungsmittelkette verschwinden. Hier darf es – darin stimmen wir sicherlich überein – überhaupt keine Toleranzgrenzen geben.

Nach meiner Überzeugung war es ein außerordentlich großer Fehler, dass man dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland bei seinem Beitritt zur Europäischen Union eine Sonderregelung bei der

tierischen Abfallverwertung zugestanden hat. Das niedrige Hygieniveau wurde jahrelang auch von London verharmlost. So konnte in Großbritannien Tiermehl sehr billig hergestellt werden. Damit wurden Konkurrenten aus dem Markt verdrängt. Ein Tiermehlverbot allein in Bayern wäre völlig wirkungslos. Futtermittel werden heute nicht mehr europaweit, sondern weltweit gehandelt.

Wir brauchen nicht nur für die Herstellung, sondern auch für die schadlose Beseitigung strenge Kontrollen, und zwar in allen Mitgliedsländern der Europäischen Union. Ein Verfütterungsverbot für Tiermehl für die Dauer von sechs Monaten führt nur dazu, dass Tiermehl gehortet wird. Es kommt nach Ablauf der sechs Monate wieder auf den Markt. Ich glaube, hier ist auch die Bundesregierung gefordert, das auf europäischer Ebene entsprechend durchzusetzen. Alle in Sachen BSE beschlossenen Maßnahmen wie Verfütterungsverbot von Fleisch- und Knochenmehl, höhere Standards für die Verwertung von Tierabfällen, die Entfernung von Risikomaterialien und die Einführung von Tests greifen erst dann richtig, wenn man von nationalen Einzelmaßnahmen zu einer gemeinschaftlichen Lösung kommt.

Ich meine, es war richtig, dass auf Initiative Bayerns hin Verstöße gegen das Futtermittelrecht genauso streng geahndet werden wie Verstöße gegen das Lebensmittelrecht. Ich denke, wir sind uns darüber einig, dass wir bei allen Futtermitteln möglichst schnell eine offene Deklaration brauchen. Wir fordern den Bund auf, die Futtermittelverordnung umgehend zu ändern und damit jede Verwendung von verbotenen Erzeugnissen im Futtermittelbereich von vornherein auszuschließen. Dinge, die nicht in das Futtermittel hineingehören, müssen verboten werden. Das muss man konsequent durchsetzen. Wir brauchen möglichst umgehend ein Importverbot für Tiermehl und tiermehlhaltige Mischfuttermittel.

Es ist in der Tat so – ich habe mir die Zahlen vom Statistischen Bundesamt geben lassen –, dass bisher in Deutschland jährlich etwa 50 000 Tonnen Tiermehl eingeführt worden sind. Wir haben aber auch große Mengen Tiermehl ausgeführt, den größten Teil in Ostblockländer. Ich meine, hier muss man konsequent vorgehen.

Angesichts der Osterweiterung der Europäischen Union befürchte ich, dass einige Überraschungen auf uns zukommen. Ich will Ihnen den Appetit auf Ihre polnische Hafermastgans nicht verderben. Ich weiß aber, wie die Tiere dort gehalten werden. Ich fürchte, dass noch gewaltige Probleme auf uns zukommen werden.

BSE ist sicher nicht nur ein bayerisches oder deutsches Problem, wahrscheinlich ist es ein weltweites Problem.

Der Ministerpräsident hat das angesprochen. Wenn man in den Futtermitteln, vor allem im Tiermehl, die Hauptinfektionsquelle vermutet, dann wird es bei der Osterweiterung der Europäischen Union, wie schon gesagt, noch große Überraschungen geben.

Ich möchte mich beim Herrn Ministerpräsidenten und bei der Bayerischen Staatsregierung für das am 19. Dezember 2000 beschlossene Maßnahmenpaket bedanken.

Zunächst geht es darum, die Forschung zu intensivieren und weiter voranzubringen. Aus Sicht der Landwirtschaft wäre es wünschenswert, wenn man möglichst schnell einen Test bekäme, der am lebenden Tier durchgeführt werden kann und der auch entsprechend aussagekräftig ist. Genauso wichtig sind aber gesicherte Erkenntnisse über die Ursachen und die Übertragungswege von BSE. Bisher gibt es hierzu noch keine gesicherten Erkenntnisse, auch nicht aus anderen Ländern. Es sei denn, es gibt solche Erkenntnisse aus England, der Schweiz und Frankreich und sie würden uns nicht zugänglich gemacht. Mir ist zumindest nicht bekannt, dass die Bundesregierung versucht hätte, solche Erkenntnisse für uns nutzbar zu machen.

Die Europäische Union, die sich sonst in jede Kleinigkeit in der Agrarpolitik einmischt, hätte nach meiner Auffassung die Aufgabe gehabt, die Forschung zu koordinieren und voranzubringen. Ich erachte die Überprüfung von genetischen Faktoren bei der Entstehung von BSE für genauso wichtig wie die Untersuchung von Enzephalopathien bei anderen Tieren. In den meisten Tierbeständen ist bisher nur ein Tier erkrankt, deshalb muss man die Forschung breiter anlegen. Es gibt viele Hinweise, dass auch andere Ursachen die Krankheit auslösen können. In den letzten 14 Tagen sind mir viele Informationen zugegangen, wonach auch der Einsatz von Insektiziden gegen saugende und beißende Insekten in den Rinderherden BSE hervorrufen könnte. Gleiches gilt für das Medikament Phosmed, das gegen die Dasselfliege eingesetzt wird. Es enthält Organophosphate, die wie Nervengifte wirken und Gehirnentzündungen hervorrufen können. Es muss geklärt werden, ob Insektizide und Medikamente im Zusammenhang mit anderen Ursachen BSE auslösen können. Viele Fragen müssen abgeklärt werden. Die Sachdiskussion hierüber sollten wir in den Fachausschüssen führen.

Meine Damen und Herren, durch die vielen Anrufe, die ich in den letzten 14 Tagen erhalten habe, wurde mir die große Verunsicherung in der Landwirtschaft deutlich bewusst, und ich habe auch gespürt, dass eine echte Existenzangst vorhanden ist. Wir nehmen diese Ängste sehr ernst, deshalb bin ich der Staatsregierung für das von ihr eigens beschlossene Soforthilfeprogramm sehr dankbar. Dieses Programm ermöglicht es uns, den direkt, aber auch den indirekt betroffenen Landwirten zu helfen. Von der Bundesregierung habe ich Ähnliches oder Gleiches bisher noch nicht gehört. Wir hoffen aber, dass auch sie Hilfsmaßnahmen in die Wege leiten wird.

Ich möchte noch einige Sätze zum Qualitätssiegel „Qualität aus Bayern“ sagen. Herr Schammann, Sie machen es sich sehr einfach, wenn Sie in der „Nürnberger Zeitung“ am 19. Dezember 2000 erklären, dass das vom Ministerium, von der Landwirtschaft und dem Fleischerhandwerk ausgearbeitete Gütesiegel „Qualität aus Bayern“ „Etikettenschwindel und Verbraucherverarschung“ sei. Sie bezeichnen sich zwar als Agrarexperte, aber Sie haben sich mit dem Gütesiegel bisher überhaupt nicht befasst, denn Sie wissen nicht, welcher Aufwand für die Beteiligten damit verbunden ist. Das Siegel „Qualität aus Bayern“ wurde geschaffen, um Transparenz zu schaffen und um den Weg der Nahrungsmittel bis zum Erzeuger zurückverfolgen zu können. Die Landwirte unterwerfen

sich strengen Kontrollen in Bezug auf Tiergesundheit, tiergerechte Haltung und Fütterung. Ich erachte das nach wie vor für richtig. Im Übrigen hat Bundeslandwirtschaftsminister Funke – das entnehme ich seiner Pressemitteilung – in seinem 8-Punkte-Programm unter Ziffer 2 gefordert: „Verbraucherorientierte Agrar- und Ernährungspolitik, Transparenz und Sicherheit vom Stall bis zur Ladentheke“. Diese Forderung unterstreiche ich. Wenn es darum geht, Kollege Starzmann, unser Qualitätszeichen „Qualität aus Bayern“ weiterzuentwickeln, dann stehe ich ganz auf Ihrer Seite. Nichts ist so gut, als dass man es nicht noch besser machen könnte. Ich meine aber, unser Gütesiegel ist gerade in der jetzigen Zeit notwendig. Wir wollen eine lückenlose Kontrolle von der Geburt bis zur Ladentheke.

Nun will ich aus der Sicht der Landwirtschaft einige Sätze zum Verbraucherschutz sagen. Der vorbeugende Verbraucherschutz gerät auch durch das internationale Handelsrecht immer wieder ins Wanken; das zeigt auch das aktuelle BSE-Problem. Wenn in Deutschland die Verfütterung von Tiermehl an alle Tiere verboten wird, um mögliche Infektionsrisiken auszuschließen – was ich für richtig halte –, dann wird das von den Landwirten akzeptiert. Unter strengem Verbraucherschutz kann aber nicht verstanden werden, dass in Deutschland ein konsequentes Verfütterungsverbot von Tiermehl besteht, während aus Drittstaaten weiterhin Fleisch importiert werden darf, das von mit Tiermehl gemästeten Tieren stammt. Zum Schutz des Verbrauchers müssen an importierte Nahrungsgüter gleiche Maßstäbe angelegt werden.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, mit Geflügel- und Schweinefleisch können wir uns nicht selbst versorgen. Deshalb muss im Interesse des Verbraucherschutzes an die eingeführten Nahrungsmittel ein gleich hoher Maßstab angelegt werden.

Ich möchte noch einige Worte zur Agrarpolitik sagen: Meine Damen und Herren, viele sehen die BSE-Krise als Krise der europäischen Agrarpolitik mit der Chance für eine bessere Zukunft.

(Wörner (SPD): Eine Chance für die bayerische Agrarpolitik!)

Die Landwirte meinen, sie sind Opfer einer Agrarpolitik, die sie nicht erfunden und die sie so auch nicht gewollt haben. In der Landwirtschaft und außerhalb der Landwirtschaft sind viele davon überzeugt, dass es den BSE-Skandal in seinem jetzigen Ausmaß ohne die ökonomischen Zwänge der europäischen Agrarordnung nicht gegeben hätte. Der enorme Druck auf die Landwirtschaft, möglichst billig produzieren zu müssen, hat artfremde Tierernährung attraktiv gemacht und einen Bürokratismus geschaffen, in dessen Gestrüpp Missbrauch und Mauschelei wuchern. Ich meine deshalb, es ist dringend notwendig, eine gesellschaftliche Debatte über die Aufgaben der Landwirtschaft zu führen. Die zentrale Frage dabei ist, unter welchen Bedingungen die Landwirtschaft die von der Gesellschaft in sie gesetzten Erwartungen erfüllen kann.

Verbal und mit schönen Worten bekennen sich alle zu Werten wie hohe Qualität, artgerechte Tierhaltung oder nachhaltige, umweltschonende Wirtschaftsweisen. All das lässt sich aber beim derzeitigen Preis- und Kostendruck nicht erfüllen, zumindest nicht in dem von weiten Teilen der Bevölkerung gewünschten Umfang. Eine andere Politik bedeutet zuallererst, das Streben nach vollkommener Globalisierung und schrankenloser Öffnung der Märkte aufzugeben. Die Landwirtschaft steht einer Neuorientierung der Agrarpolitik aufgeschlossen gegenüber. Das erfordert aber ein Umdenken auf allen Ebenen und in allen Bereichen. Auch die Verbraucher müssen bereit sein, für Qualitätsprodukte, die die Landwirtschaft erzeugt, einen höheren Preis zu zahlen. Das setzt Einsicht voraus, und vielleicht hilft die BSE-Krise, diese Einsicht zu wecken.

Ich habe aber meine Zweifel – Herr Präsident, ich komme gleich zum Schluss –, ob dies bei einer zentralistisch ausgerichteten europäischen Agrarpolitik möglich ist. Die Beschlüsse zur Agenda 2000 gehen in eine andere Richtung. Herr Kollege Starzmann, diese Beschlüsse müssten sofort korrigiert werden, denn sie legen der Landwirtschaft einen weiteren Kosten- und Wettbewerbsdruck auf. Bei Getreide, Rindfleisch und Milch sind Preissenkungen vorgesehen, die die Europäische Kommission mit einer stärkeren Weltmarktorientierung begründet hat und damit, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft verbessert werden muss und zusätzliche Absatzmöglichkeiten geschaffen werden müssen. Bundeskanzler Schröder und Bundesminister Funke haben die bayerischen Vorschläge zur Agenda 2000 aber nicht aufgegriffen. Wenn Bundeskanzler Schröder jetzt meint, die Landwirtschaft müsse weg von den Agrarfabriken, dann stimme ich dieser Forderung zu. Es ist aber zu hinterfragen, was er eigentlich damit meint: die Betriebsgröße, die Produktionsmethoden oder beides. Der Bundeskanzler steht in dieser Frage im Widerspruch zu seinem Landwirtschaftsminister. Ich zitiere aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 20.12.2000:

Bundeslandwirtschaftsminister Funke wandte sich in Varel auf einer Versammlung des Landvolkes im niedersächsischen Kreis Diepholz gegen die Kritik des Kanzlers an den Agrarfabriken.

Um die Realität in Deutschland zu beschreiben, taue die Differenzierung zwischen Massentierhaltung und bäuerlicher Landwirtschaft wenig, sagte Funke. Im Zuge der BSE-Krise habe er auf vielen Seiten viel Heuchelei erlebt. Wer aber glaube, eine andere als eine hochtechnisierte Landwirtschaft bewerkstelligen zu können, entferne sich weit von der Realität. Mit der Anzahl der Tiere in einem landwirtschaftlichen Betrieb sei keine Aussage über artgerechte Tierhaltung verbunden.

Soweit Bundeslandwirtschaftsminister Funke. Es gäbe sicher noch viel zu sagen. Ich meine, wir müssen vor allem auf europäischer Ebene versuchen, bei den anstehenden WTO-Verhandlungen eine andere Agrarpolitik in die Wege zu leiten. Wir werden die Diskussion in Gang bringen. Ich möchte dem beipflichten, was Bundeskanzler Schröder in seiner Neujahrsansprache zum Ausdruck gebracht hat. Er hat wörtlich gesagt: „Was wir am aller-

wenigsten brauchen, ist ein Wettbewerb der Schuldzuweisungen.“ Ich stimme dem zu. Wir sollten uns alle nicht an einem Wettbewerb der Schuldzuweisungen beteiligen, sondern an einem Wettbewerb in der Frage, wie für die Landwirtschaft und die Verbraucher die Probleme gelöst werden können.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich weise Sie darauf hin, dass die CSU namentliche Abstimmung zu ihrem Dringlichkeitsantrag beantragt hat. Wir fahren in der Aussprache fort. Das Wort hat Herr Kollege Hartenstein.

Hartenstein (fraktionslos): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Glück, ich habe mich sehr gefreut, dass Sie aus meinem Redebeitrag zitiert haben. Allerdings wäre meine Freude noch größer gewesen, wenn Sie das Zitat zu Ende geführt hätten; denn es gab darin eine Kritik in Richtung CSU. Sie haben das sicherlich in Erinnerung.

(Glück (CSU): Das ist sowieso inbegriffen, zu viel Selbstverleugnung können Sie nicht verlangen!)

Ich wollte damals sagen, dass es aus meiner Sicht keinen Grund gibt, von Berlin in Richtung München zu deuten oder umgekehrt, oder um innerhalb des Hauses zu bleiben: von CSU in Richtung SPD oder GRÜNE oder umgekehrt. Versäumnisse und Fehler hat es auf allen politischen Ebenen und bei allen Parteien gegeben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Rabenstein (SPD))

Insofern bedauere ich es sehr, dass heute sehr viel Zeit dafür aufgewandt worden ist, die Vergangenheit aufzuarbeiten, anstatt nach vorne zu schauen und zu überprüfen, welche Probleme es noch gibt, die nicht geklärt sind, und wo Lösungsansätze notwendig sind. Vier Komplexe sind es meines Erachtens, die intensiv bearbeitet werden müssen. Erstens: Die Ursachen der BSE-Erkrankungen bei Tieren. Zweitens: Die Übertragungsrisiken auf den Menschen. Drittens: Sinnvolle Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung. Viertens: Künftige Verhinderung derartiger Katastrophen.

Bei der Suche nach den Ursachen des Ausbruchs von BSE bei Tieren konzentrieren sich die Bemühungen derzeit auf Schadstoffe und Krankheitserreger in Futtermitteln. Wie wichtig dieser Ansatzpunkt auch unabhängig von einem möglichen Zusammenhang mit BSE ist, zeigt der vor kurzem veröffentlichte Sachstandsbericht „Potenzielle Schadorganismen und Stoffe in Futtermitteln“ der Senatskommission der Deutschen Forschungsgesellschaft. In diesem heißt es, dass zwar bekannt sei, dass Prionen, Pilze, bakterielle Krankheitserreger und Viren über verfüttertes Tiermehl und Schlachtabfälle in Tierbeständen eingeschleppt werden können; wenig dagegen wisse man, was von den Nutztieren alles ausgeschieden werde und wie sich entsprechende Stoffe, Pilze, Krankheitskeime oder Viren durch Gülle oder bei Freilandhaltungen in der Umwelt verbreiten. Noch weniger sei bislang darüber bekannt, ob und in welchem

Umfang die genannten Komponenten den Weg in die Böden, das Trinkwasser und die Badeseen fänden und damit letztendlich den Menschen gefährden.

Es besteht dringender Forschungsbedarf, um die Gesundheitsgefährdung von Menschen und Tieren durch Erreger und Schadstoffe besser beurteilen zu können – so die Senatskommission in einem eindringlichen Appell an die politisch Verantwortlichen, der aus meiner Sicht auf keinen Fall überhört werden darf. Dennoch darf der Blick nicht ausschließlich auf diesen Punkt verengt bleiben. Oder anders ausgedrückt: Es wäre fatal, wenn vorschnell ein vermeintlich Schuldiger ausfindig gemacht würde und die Menschen sich nach Ausschaltung dieser Quelle erneut in Sicherheit wiegen würden. Erste Ansatzpunkte für eine derartige Entwicklung gibt es bereits. Ich denke in diesem Zusammenhang an den anonym eingegangenen Hinweis auf Importe minderwertiger Futtermittel aus Italien. Ganz so einfach ist im Fall BSE die Beziehung zwischen Ursache und Wirkung mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht. Insofern liegt die Bayerische Staatsregierung richtig, wenn sie ergänzend zu wissenschaftlichen Untersuchungen auch die Beobachtungen der Tierärzte in ihre Überlegungen einbeziehen will. Aus gegebenem Anlass sei in diesem Zusammenhang allerdings darauf hingewiesen, dass das nur dann Sinn macht, wenn man für neue Erkenntnisse offen ist und nicht reflexartig – wie das leider einmal geschehen ist – alles vom Tisch wischt, was nicht in das eigene Meinungsbild passt. Worauf ich hinaus will: Vieles spricht dafür, dass es nicht um einen monokausalen Zusammenhang zwischen BSE und einem bestimmten Faktor geht, sondern eher um ein multifaktoriell bedingtes Geschehen, möglicherweise verknüpft mit einer genetischen Disposition.

(Loscher-Frühwald (CSU): Da stimme ich Ihnen zu!)

Haben Sie sich schon einmal Gedanken darüber gemacht, dass man Hochfrequenzfeldern eine immunschwächende Wirkung zuschreibt und dass die BSE-Katastrophe zeitlich einhergeht mit dem Ausbau der Mobilfunknetze?

(Zuruf von der CSU: Jetzt hören Sie aber auf!)

Jüngste Forschungen belegen eindeutig, da reproduzierbar, dass die Hochfrequenzstrahlung die Durchlässigkeit der Blut-Hirn-Schranke negativ beeinflusst. Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, mit welchen Medikamenten und Pestiziden unsere Nutztiere in der konventionellen Landwirtschaft in Berührung kommen und welche einzelnen und synergetischen Wirkungen von diesen auf das Immun- und Nervensystem ausgehen? Diese und ähnliche Fragen sind es, die aufgeworfen und untersucht werden müssen. Dazu ist es zwangsläufig notwendig, ausreichende Forschungsmittel für unabhängige Wissenschaftler zur Verfügung zu stellen.

Bezüglich des Risikos, aufgrund einer Prionenübertragung an der neuen Variante der CJD zu erkranken, werden wir aufgrund langer Inkubationszeit abwarten müssen, was uns die Zukunft bescheren wird. Fest steht jedoch: Wenn ein solcher Transfer von Eiweißen mit ver-

änderter Raumstruktur über die Nahrungsmittelkette, Medikamente, Kosmetika oder Operationen möglich ist und zum Ausbruch einer Erkrankung führen kann, wird es um unsere Zukunft schlecht bestellt sein. Der Hauptschaden von nicht abschätzbarem Ausmaß wäre dann jedenfalls in den vergangenen Jahren verursacht worden.

Als ob diese Ungewissheit nicht schon schlimm genug ist, setzen EU-Kommission, Bundes- und Staatsregierung aktuell auf ein weiteres Fass mit löchrigem Boden: die Verbrennung von Tiermehl und Schlachtabfällen in Müllverbrennungsanlagen, Kohlekraftwerken und Zementwerken. Fest steht, all diese Anlagen verfügen über keine hundertprozentig homogene Feuerungszone. Wer sich die Schlacke schon einmal angesehen hat, wird schnell auf unerwartete Inhaltsstoffe gestoßen sein. Selbst unverbrannte Papierreste können darin enthalten sein. Wer das weiß, darf der Verbrennung von Sondermüll in konventionellen Verbrennungsanlagen auf keinen Fall das Wort reden. Hinzu kommt ferner, dass Müllverbrennungsanlagen neben gasförmigen Substanzen auch Stäube emittieren. Auch sie können unverbrannte Bestandteile enthalten.

Als dritter Kritikpunkt sei die Dioxinproblematik aufgeführt. Bei der Verbrennung von Tiermehlen werden relativ große Mengen dieser Ultragifte erwartet.

Bleibt die Frage des bestmöglichen Schutzes der Verbraucher.

Zugegeben: Mit einem Test am lebenden Tier, der eine Erkrankung unmittelbar nach Befall anzeigt, wäre viel gewonnen. So weit sind wir jedoch noch nicht und werden wir möglicherweise auch nie kommen. Im Übrigen fehlen im Augenblick klare Aussagen darüber, was die einzelnen Untersuchungsmethoden tatsächlich zu leisten vermögen. Erstaunt es Sie nicht auch, dass noch vor kurzem ein Test bei Tieren unter 30 Monaten mit der Begründung abgelehnt wurde, dass in einem so jungen Alter die Prionenkonzentration zu niedrig sei, um sie gegebenenfalls erfassen zu können? Abhilfe sollte bis zum Sommer 2001 geschaffen werden.

Jetzt tönt Frau Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer, sie werde verpflichtende Tests für Rinder ab 24 Monaten einführen. Frau Staatsministerin Stamm kündigt an, Bayern werde beim Bund beantragen, die verpflichtenden BSE-Schnelltests auf 20 Monate alte Rinder auszudehnen. Prompt wird erstmals ein relativ junges Tier im Alter von 28 Monaten als BSE-positiv erkannt. Mit welcher Treffsicherheit, muss man sich fragen, wird hier schon wieder Sand in die Augen der Bürger gestreut.

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Tatsache, dass Herr Kollege Hartenstein das Wort hat, bedeutet nicht, dass es jeder nehmen darf.

Hartenstein (fraktionslos): Herr Präsident, vielen Dank für die Unterstützung. Es ist etwas frustrierend, zu einer solch späten Stunde über ein so kompliziertes Thema sprechen zu dürfen.

Damit komme ich zum Thema „Keulung“. Bis heute gibt es keine überzeugenden Argumente dafür, nach Auftreten eines BSE-Falles eine ganze Herde zu töten. Im Gegenteil: Wir alle sollten ein Interesse daran haben zu erfahren, ob das erkrankte Tier nur das erste Auftreten von BSE in der Herde angezeigt hat oder ein Einzelfall ist und bleiben wird, selbst wenn man alle Tiere bis zu ihrem natürlichen Ende weiterleben lässt. Für ein solches Vorgehen ist schnellstmöglich eine Gesetzesgrundlage zu schaffen. Das Ergebnis, dass nur ein Tier erkrankt ist, hätte am Ende der Beobachtungsphase einen ganz anderen Aussagewert als nach der Schlachtung aller Tiere unmittelbar nach dem Auftreten des ersten BSE-Falles.

Wie lassen sich derartige Katastrophen künftig verhindern? Aus meiner Sicht brauchen wir eine naturverträgliche Landbewirtschaftung mit artgerechter Tierhaltung, wie sie vom ökologischen Landbau praktiziert wird. Wir brauchen Konsumenten, die bereit sind, die gute Arbeit der Bauern anzuerkennen und über die Produktpreise entsprechend zu honorieren. Wir brauchen Politikerinnen und Politiker, die sich der Bevölkerung und nicht den Lobbyverbänden verpflichtet fühlen. Wir brauchen einen Staat, der Kontroll- und Regulationsmechanismen in der Hand behält, mit deren Hilfe Kriminellen schnellstmöglich das Handwerk gelegt werden kann.

Gestatten Sie mir abschließend noch ein paar Sätze zu den einzelnen Anträgen, die von den Fraktionen eingereicht worden sind. Zum Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der sich mit einer Entlassung der beiden Minister Stamm und Miller befasst, möchte ich gleich vorweg betonen, dass ich diesem nicht zustimmen werde.

(Beifall bei der CSU)

Mit der gleichen Berechtigung müsste nämlich auch die Frage in Richtung Berlin aufgeworfen werden. Aus meiner Sicht ist kein wesentlicher Unterschied zwischen den getroffenen Maßnahmen in Bayern und dem, was Frau Andrea Fischer und Herr Funke in Berlin gesagt bzw. eingeleitet haben, zu erkennen. Wenn in Bayern eine Entlassung gefordert wird, erfordert es die Ehrlichkeit, die gleiche Forderung auch für die beiden genannten Personen zu erheben.

Der Antrag der CSU-Fraktion enthält viele sinnvolle Gesichtspunkte. Ich habe jedoch ein Problem mit Punkt 3 der Initiative. Hier wird unterschwellig wieder deutlich, dass kaum mit einer Änderung in der Bewirtschaftung der Felder und auch der Haltung der Tiere zu rechnen ist. Allerdings hat sich Herr Loscher-Frühwald dafür gerade erfreulich offen gezeigt hat. Wir wünschen uns diese Entwicklung seit vielen Jahren.

Im SPD-Antrag ist leider ein Punkt enthalten, der in keiner Weise überzeugen kann. Ich meine den Punkt 10, den schon Herr Glück angesprochen hat. Wer heute den Test aller Tiere fordert, täuscht die Bevölkerung. Ich hoffe, dass es sich bei der Formulierung um ein Versehen handelt; denn wenn ein Test grundsätzlich keine Unterscheidung zulässt, ob BSE vorliegt oder nicht, ist er von Natur aus infrage zu stellen. Ich bitte deshalb, die-

sen Punkt aus dem Antrag zu nehmen. In einem solchen Fall wäre ich gerne bereit, zuzustimmen.

Präsident Böhm: Der nächste Redner ist Herr Kollege Schammann.

Schammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nicht mit dem Satz des Herrn Kollegen Loscher-Frühwald beginnen, wonach bereits alles gesagt sei, aber noch nicht von jedem. Ich denke, dass ich ein paar Neuigkeiten bringen kann. Nun ist es endlich auf dem Tisch, dass die Verschleierungsversuche, die Sie lange Zeit betrieben haben, nichts genutzt haben. Bayern ist BSE-Land Nummer 1. Jetzt hat Herr Stoiber die Hosen voll. Er ist nicht mehr da. Vielleicht muss er seine Hose gerade ausputzen.

(Meyer (CSU): So eine Bemerkung ist unmöglich! – Haedke (CSU): Ein bisschen Niveau!)

Präsident Böhm: Herr Kollege Schammann, wir sind hier im Landtag und nicht in einer Bedürfnisanstalt.

Schammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Parole aus der Staatskanzlei lautet: Schadensbegrenzung in Form von Aktionismus. Alle Schuldzuweisungen in Richtung Berlin und Brüssel haben keinen Wert. Sie müssen jetzt vor der eigenen Türe kehren. Sie müssen zugeben, dass Sie Schuld an dem haben, was wir jetzt als Ergebnis auf den Tisch bekommen haben. Jahrelang wurde geschlampt und verharmlost. Unsere Warnungen und viele unserer Anträge wurden in den Wind geschlagen. Trotz der seit über zehn Jahren schwelenden BSE-Krise wurden Kapazitäten und Stellen in den Landesuntersuchungsanstalten abgebaut.

Erst jetzt will Herr Miller in die Schweiz reisen, um sich die dortigen BSE-Bekämpfungsmaßnahmen anzusehen. Dies habe ich einer Pressemeldung vom 3. oder 5. Januar entnommen. Er will in die Schweiz zum Lernen gehen. Wir haben vor drei bis vier Jahren beantragt, das Schweizer BSE-Bekämpfungssystem und die dortigen Untersuchungsmethoden zu übernehmen.

Ich bezeichne es als schäbig, dass Herr Glück eine Kampagne gegen den ökologischen Landbau betreiben will. Herr Präsident, ich hoffe, dass diese Bemerkung erlaubt ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist schäbig, dass Sie versuchen, den ökologischen Landbau madig zu machen und keine Gelegenheit auslassen, anzukündigen, dass bald der erste Fall beim ökologischen Landbau auftreten werde. Diese Diskussion ist genauso schäbig wie die Diskussion über die Rückstandsproblematik bei Pflanzenschutzmitteln. Wenn tatsächlich ein Fall auftauchen sollte, wird wahrscheinlich ein Umstellbetrieb davon betroffen sein oder ein Aufstockbetrieb, der Tiere zukaufen musste. Leider Gottes mussten die Bio-Betriebe auch feststellen, dass im Mineralfutter Tierprodukte, also Knochenmehl und

ähnliches, enthalten waren. Damit hat niemand gerechnet. Bisher haben wir uns nur auf Gentechnikfreiheit konzentriert. Dieser Missstand muss schleunigst abgestellt werden. Wir sind ja lernfähig. Dennoch bleibt der ökologische Landbau die beste, sicherste und zukunftsfähigste Form der Landbewirtschaftung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Starzmann (SPD))

– Aber noch viel zu wenig, sonst stünden wir im Vergleich zu anderen Bundesländern besser da. Aber ich komme noch darauf. Sie haben es schon angedeutet.

Präsident Böhm: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Kupka?

Schammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, bitte.

Kupka (CSU): Herr Kollege, wäre es Ihnen möglich, einen neuen Gedanken, den wir heute noch nicht gehört haben, zu äußern oder Ihre Rede zu kürzen?

(Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unverschämtheit!)

Schammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege Kupka, es steht Ihnen nicht zu, nach meiner Redezeit zu fragen oder darüber zu befinden. Wenn noch eine solche Frage kommt, werde ich meine Redezeit voll ausschöpfen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wer wie Sie Billig-Landwirtschaft sät, der wird Probleme und Katastrophen für Bauern und Verbraucher ernten. Genau das ist eingetreten. Dafür sind Sie verantwortlich, denn Sie sind die Förderer der industriellen Landwirtschaft gewesen und sind es noch heute. Sie sind die Förderer der Agrar- und Gentechnikindustrie. Dafür müssen Sie sich verantwortlich machen lassen; das müssen Sie begreifen. Sie sollten endlich dazu bereit sein umzukehren.

Zum Programm „Qualität Herkunft aus Bayern“ wollte ich eigentlich wenig sagen, aber nachdem es derart in die Diskussion geraten ist, muss ich doch einige Sätze darüber verlieren. An Ihrem Zeichen „Qualität Herkunft aus Bayern“ zeigt sich jetzt, dass man die Öffentlichkeit auf Dauer nicht hinters Licht führen und betrügen kann. Mit Nichtigkeiten und Selbstverständlichkeiten kann man weder die EU überzeugen noch die Verbraucherinnen und Verbraucher. Ihr selbstkontrolliertes Programm „Qualität Herkunft aus Bayern“, das mit Halbwahrheiten und Selbstverständlichkeiten wirbt, hat sich als Bumerang erwiesen. Mittlerweile müsste man schreiben, das Zeichen „Qualität Herkunft aus Bayern“ gefährdet die Gesundheit. So sieht es mittlerweile auch der Verbraucher. Seit fünf oder sechs Jahren weisen wir Sie immer wieder darauf hin, dass besondere Qualitätsstandards eingeführt werden müssen, die über dem gesetzlichen Standard liegen. Es geht zum Beispiel um die Freiheit von Antibiotika, von Gentechnik und vor allem von Tier-

mehl. Wichtig sind auch unabhängige Kontrollen. Wenn Tierärzte, die von den Bauern abhängig sind, immer noch die Kontrolle der Landwirte, also ihrer eigenen Klientel, übernehmen müssen, kann das Kontrollsystem nicht sicher sein. Das hat die Tierärztekammer schon vor Jahren bestätigt, aber Sie haben nicht gehandelt.

In dem Werbeprospekt für das Programm „Qualität Herkunft aus Bayern“ ist zu lesen: „Dazu gehört auch die sorgfältige Auswahl des Futters. Die Tiere erhalten frische Erzeugnisse aus der Heimat, saftiges Grünfutter und Silage, schmackhaftes Heu und gehaltvolles Getreide.“ Was sagt denn das aus? – Überhaupt nichts sagt das aus. Es steht nicht drin, was die Tiere sonst noch bekommen. Um noch einmal darauf zurückzukommen, beim ökologischen Landbau weiß man ganz genau, was die Tiere bekommen dürfen. Es gibt Positivlisten aller Produkte, die verwendet werden dürfen.

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist reif für eine Agrarwende. Jetzt kommt die Nagelprobe. Wir müssen Sie fragen, ob Sie wirklich bereit sind, wie es Frau Kollegin Stamm und Herr Kollege Miller jetzt laufend ankündigen, zu einer naturnäheren Landwirtschaft zu kommen. Wenn ich den Ausführungen von Herrn Glück lausche, habe ich die Befürchtung, dass Sie sich eben nicht vom Saulus zum Paulus wandeln wollen, sondern weitermachen wollen wie bisher. Ich traue Ihnen nicht. Wenn ich mir den nichtssagenden Antrag, über den Sie heute namentlich abstimmen lassen wollen, ansehe, dann bestärkt mich das noch in meinem Misstrauen. Der Antrag besteht nur aus Nichtigkeiten und Selbstverständlichkeiten. Von Agrarwende und Neuorientierung ist in dem Antrag überhaupt nicht die Rede. Der Antrag ist nach rückwärts gewandt. Ich kann gleich ankündigen, wir werden ihn ablehnen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie tatsächlich etwas ändern wollen, dann müssen Sie die Betonköpfe in den Ministerien auswechseln. Sie sollten möglicherweise nicht nur die Minister überprüfen und austauschen, sondern auch die Betonköpfe in den Ministerien – ich will jetzt keine Namen nennen –, die Gentechnikfetischisten und die Fütterungsspezialisten, die noch bis vor kurzem Tiermehl empfohlen haben. Sie müssen auch überlegen, ob Sie in der Tierzucht weitermachen wollen wie bisher. Mittlerweile haben Sie klammheimlich alle Führungspositionen in Forschungsinstituten in Triesdorf, in Grub und in Weihenstephan mit Gentechnikern besetzt. Das ist der Weg, den Sie sich vorstellen, aber das ist der Holzweg. So kommen wir zu keiner Agrarwende. Ich komme noch einmal darauf bei unserem Antrag, wenn es um die Enquete-Kommission geht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben zum Teil schon darauf hingewiesen, es gibt jetzt einen sieben Punkte umfassenden Vorschlag von zwei Ministerien in Berlin, den ich kurz in den Einzelheiten erläutern möchte. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt das Sieben-Punkte-Papier und hofft, dass es von Seiten der SPD ebenfalls so unterstützt wird, dass sich Staatssekretär Wille bei Minister Funke durchsetzt. Ich hoffe, dass Herr Wille und Herr Baake vom Umweltministerium mit ihren Vorstellungen einer Agrarwende auch beim

Bundeskanzler Gehör finden und dass es tatsächlich zu einer Wende kommt.

Es heißt, Vertrauen soll zurückgewonnen werden. Die Rede ist auch von Qualitätssiegeln. Hier heißt es ausdrücklich, dass Qualitätssiegel nicht nichtssagend sein sollten, sondern dass Qualitätssiegel mit besonderen Merkmalen versehen werden müssen, anders als das bayerische Siegel „Qualität Herkunft aus Bayern“. In Punkt 2 geht es darum, dass dem Öko-Landbau zum Durchbruch verholfen werden soll. Es wird angekündigt, dass zusätzliche Fördermaßnahmen ergriffen werden. Das ist zu begrüßen. Die Landwirtschaft soll natur- und umweltverträglich gestaltet werden und wirtschaften. Angekündigt wird auch, dass man sich für eine Korrektur der Agenda 2000 einsetzen werde. Geplant ist weiter eine Agrarreform mit dem Schwerpunkt auf umweltbezogenen Maßnahmen und auf der Umschichtung von EU-Mitteln aus dem Bereich des Marktes in die zweite Säule sowie einer Verknüpfung der Ausgleichszahlungen mit den Umwelt- und Sozialstandards. Es handelt sich original um das, was wir ständig zur Agenda 2000 gefordert haben und was Sie uns noch vor wenigen Monaten verweigert haben.

Zum Antrag der SPD möchte ich nur eine kurze Bemerkung machen. Hier muss ich den Kollegen Hartenstein unterstützen. Punkt 10 müsste gestrichen oder geändert werden, damit wir zustimmen können. Der CSU-Antrag ist aus den genannten Gründen abzulehnen. Meine Redezeit neigt sich dem Ende zu. Meine Damen und Herren, wir treffen uns wieder im Ausschuss, wenn über unseren Dringlichkeitsantrag diskutiert wird. Unsere wichtigste Forderung ist die Einsetzung einer Enquete-Kommission. Ich hoffe, dass wir dafür eine Mehrheit bekommen, damit wir in den nächsten Monaten und Jahren in diesem Hause in aller Ruhe über eine echte Agrarwende diskutieren können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Wenn es richtig ist, was Frau Kollegin Schopper mir gerade gesagt hat, dann haben die beiden folgenden Redner auf ihren Beitrag verzichtet.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Wahnschaffe gibt seine Rede zu Protokoll.

(siehe Anlage 1)

Ebenso verfährt Herr Kollege Wolfrum.

(siehe Anlage 2)

Dann schließe ich die Aussprache. Mit dem Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Gote, Münzel und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – BSE-Krise, Chance für Landwirtschaft und Verbraucherinnen und Verbraucher – Aus Fehlern lernen – Verantwortung übernehmen – Bayern umstellen – auf Drucksache 14/5464 wird unter anderem gefordert, die Einsetzung einer Enquete-Kommission durch den Landtag vorzubereiten. Abweichend von § 64 Absatz 2 Satz 4

der Geschäftsordnung schlage ich vor, den Dringlichkeitsantrag federführend dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Widerspruch erhebt sich nicht. Dann ist so beschlossen.

Ich lasse jetzt noch über die anderen mitberatenen Dringlichkeitsanträge abstimmen. Zunächst lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Willi Müller, Loscher-Frühwald und anderer und Fraktion (CSU) betreffend Entschließung zur aktuellen BSE-Problematik auf Drucksache 14/5462 abstimmen. Dazu ist namentliche Abstimmung beantragt. Für die Stimmabgabe sind entsprechend gekennzeichnete Urnen bereitgestellt. Die Ja-Urne steht auf der Seite der CSU-Fraktion, die Nein-Urne auf der Oppositionsseite – jeweils im Bereich der Eingangstüren. Die Enthaltungs-Urne befindet sich auf dem Stenographentisch. Es kann jetzt mit der Stimmabgabe begonnen werden. Hierfür steht ausreichend Zeit zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.40 bis 16.45 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Die Stimmen werden außerhalb des Plenarsaales ausgezählt, das Ergebnis der Abstimmung wird später bekannt gegeben. Wir haben noch über zwei weitere Dringlichkeitsanträge abzustimmen. Jetzt lasse ich abstimmen über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Starzmann, Wahnschaffe und Fraktion (SPD) betreffend BSE-Fälle in Bayern auf Drucksache 14/5463. Zu diesem Antrag wird eine redaktionelle Änderung gewünscht. Herr Kollege Starzmann trägt sie allgemein verständlich vor.

Starzmann (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe den Auftrag, die redaktionelle Änderung vorzutragen. Zu Recht wurde darauf hingewiesen, dass in Ziffer 10 des Dringlichkeitsantrages der SPD für jedes geschlachtete Tier ein BSE-Schnelltest vorgeschrieben wird. Insofern ist der Antrag nicht exakt formuliert, aber es waren schon viele Anträge – auch Anträge von Ihnen – nicht exakt formuliert. Gemeint ist natürlich, dass bei jedem geschlachteten Tier, bei dem BSE-Schnelltests ansprechen können, solche Tests zwingend vorgeschrieben werden müssen.

(Heiterkeit bei der CSU)

– Sie lachen. Aber Sie haben dasselbe Problem in Ihren eigenen Reihen. Zunächst hieß es, dass Tiere ab 30 Monaten getestet werden müssten. Frau Stamm hat von 24 Monaten gesprochen. Heute wurden 20 Monate

genannt. Wir wollen nicht 30 Monate, nicht 24, nicht 20, denn morgen werden es vielleicht 18 sein. Wir fordern vielmehr, dass bei jedem Tier, bei dem Schnelltests ansprechen können, solche auch durchgeführt werden.

Präsident Böhm: Welcher Satz muss jetzt eingefügt werden?

Starzmann (SPD): Der Satz 1 der Ziffer 10 soll wie folgt formuliert werden:

Für jedes geschlachtete Tier, bei dem BSE-Schnelltests ansprechen können, müssen BSE-Schnelltests zwingend vorgeschrieben werden.

Präsident Böhm: Eingefügt wird also „bei dem BSE-Schnelltests ansprechen können“. Insofern wird die Nummer 10 geändert.

Wer dem Dringlichkeitsantrag mit der vorgetragenen Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordnete Hartenstein. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Nun lasse ich noch über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Christine Stahl, Elisabeth Köhler und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend Entlassung der Staatsministerin Barbara Stamm und des Staatsministers Josef Miller auf Drucksache 14/5465 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Stimmenthaltung des Kollegen Hartenstein und eine Stimmenthaltung bei der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich gebe jetzt das Abstimmungsergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 14/5462 bekannt. Mit Ja haben 105 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 59. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(siehe Anlage 3)

Ich schließe die Sitzung!

(Schluss: 16.49 Uhr)

Rede des Landtagsabgeordneten Joachim Wahnschaffe Sonderplenum 09. Januar 2001

Nach Ausbrechen der BSE-Krise ist in Bayern nichts mehr, wie es einmal war:

Nicht die Münchner Weißwurst,
nicht der bayerische Leberkäs
und erst recht nicht die Leberknödelsuppe

Die Verunsicherung in der bayerischen Bevölkerung sitzt tief!

Aber „Krisen bergen Chancen“ schrieb kürzlich die „Zeit“ zur BSE-Krise in Deutschland und verwies auf den GAU in Tschernobyl.

Eine wesentliche Voraussetzung dafür, verlorenes und verspieltes Vertrauen zurückzugewinnen, ist die schonungslose Offenlegung von Fehlern und Versäumnissen, von bewusster oder fahrlässiger Ignorierung von Hinweisen und Fakten zu BSE-Gefahren, die es im Zuständigkeitsbereich der Bayerischen Staatsregierung gegeben hat.

Und solche Hinweise waren offensichtlich nicht nur vereinzelt vorhanden.

So hat der Präsident der Bayerischen und Deutschen Ärztekammer, Herr Pschorn, laut „tz“ vom 27.12.00 erklärt:

„Mehrfach habe ich in den Ministerien auf Schwachstellen im Veterinärbereich hingewiesen.“

Pschorn weiter:

„Schon seit 1995/96 bemerkten wir eine ansteigende Konzentration von Tiermehl in Futtermitteln, obwohl die Beimengung seit 1994 strikt verboten ist.“

Wer aber am schönen Bild eines BSE-freien Bayern, wie es die Staatsregierung noch bis in den letzten Herbst vorgaukelte, kratzte, wurde abgeblockt.

Wer verspieltes Vertrauen zurückgewinnen will, muß glaubwürdig sein und glaubhaft handeln.

Die Frage, die sich Bayerns Bürger nach dem bisher bekannten Ausmaß der BSE-Krise immer öfter stellen, lautet, wieso ausgerechnet Staatsministerin Barbara Stamm und Staatsminister Josef Miller, in deren Verantwortungsbereich die unsäglichen Schlampereien und Vertuschungen begangen wurden, jetzt zu Managern der BSE-Krise gemacht werden sollen.

Wer, Frau Stamm, glaubt Ihnen denn noch, daß Sie auf Seiten der Verbraucher stehen, wenn Sie noch am 23. August 2000 an den Bundeslandwirtschaftsminister Funke geschrieben haben:

„Die beschlossenen Maßnahmen (der EU-Kommission zur Verwendung von Tiermaterial) sind geeignet, die Verbraucher zu verunsichern... Wenn die beschlossenen Maßnahmen ab 1. Oktober 2000 umgesetzt werden müssen, wäre dies zudem mit unzumutbaren Beeinträchtigungen für unsere Land- und Fleischwirtschaft verbunden.“

Wer, Frau Stamm, glaubt Ihnen noch, wenn Sie die schweren Vorwürfe der EU-Kommission mit fadenscheinigen Argumenten vom Tisch zu wischen versuchen?

In dem niederschmetternden Bericht heißt es unter anderem:

„6. Der Kommissionsbeschuß 98/272/EC ist auf nationaler Ebene kaum umgesetzt worden. Die zuständigen Behörden liegen auf Landesebene und hätten sicherstellen müssen, daß alle Tierärzte, Schlachthauspersonal, die Rinderhalter und –händler über das nötige Wissen über klinische Anzeichen, Epidemiologie etc. verfügen. Dies wurde überhaupt nicht umgesetzt.“

8. Bei Besuchen vor Ort in Bayern stellte sich heraus, dass von den beteiligten Gruppen (Kreisveterinärämter, Schlachthöfe, Tierärzte, Bayern, Viehhändler sich niemand des Kommissionsbeschlusses oder der entsprechenden nationalen Vorschrift vom 05.05.1999 bewußt war. Insbesondere kannte sich nahezu niemand mit dem im Beschuß vorgesehenen Überwachungsprogramm aus.

13. Ein großer Teil der eingesandten Hirnproben in Bayern ist gefroren. Mit gefrorenen Hirnen kann man keinen BSE-Test machen auf der Basis der pathologischen Histologie.“

Wer glaubt Ihnen denn noch, Frau Stamm, wenn Sie nicht einmal bereit sind, Fehler einzugestehen, wie es die Bundesregierung für ihren Zuständigkeitsbereich getan und damit auch Verantwortung für die Vorgängerregierung mit Herrn Seehofer und Herrn Borchert übernommen hat? Sie waren von Anfang an dabei und drücken sich heute vor der Verantwortung.

Wer glaubt Ihnen denn noch, Frau Stamm, wenn Sie mit der Wahrheit nur scheinbar und nur dann herausrücken, wenn die Beweise auf dem Tisch liegen?

Wer glaubt Ihnen denn noch, wenn Vorwürfe über Versäumnisse und Parteilichkeit von hohen Mitarbeitern Ihres Hauses im Zusammenhang mit der BSE-Krise ignoriert und abgeblockt werden. So wurde auf einer Fachkonferenz 1997 in Ihrem Ministerium festgestellt: „zum einen sei zu bedenken, dass es gefährlich sei, sich angesichts fehlender Überwachungsmechanismen in vielen Ländern der EU und anderen europäischen Ländern einerseits und fehlender Importbeschränkungen für Portugal; Frankreich und der Republik Irland, trotz dort steigender Inzidenzraten, andererseits darauf zu verlassen, daß Deutschland „BSE-frei“ sei. Klinisch gesunde, aber bereits infizierte Tiere könnten in die Nahrungsmittelkette gelangt sein. Inwieweit an den Kontrollen in Deutschland selbst Zweifel angebracht seien, blieb offen.“

Sie können diesem Land nur noch einen Dienst erweisen, indem Sie den Ministerpräsidenten um Ihre Entlassung bitten.

Krisen bergen Chancen. Zur Krisenbewältigung gehört die Erkenntnis, dass wir über BSE, insbesondere über seine Entstehung, die Übertragung durch Krankheitserreger und über die Übertragbarkeit auf den Menschen zu wenig wissen.

Kurz gefaßt: Wir wissen, dass wir nichts wissen, oder, wie es die „SZ“ in einem Kommentar vom 29.12.00 formulierte:

„Mit einer Kette von Wahrscheinlichkeiten und wenig gesicherten Annahmen muß gearbeitet werden.“

Deshalb ist es umso wichtiger, daß alle für den Verbraucher relevanten Fakten auf den Tisch kommen und dass eine regierungsunabhängige Stelle geschaffen wird, bei der sich die Bürger Auskunft und Rat holen können, ein Verbraucherbeauftragter also, der unbeeinflusst von Lobbyisten Interessen der Verbraucher wahrnehmen kann.

Zur Krisenbewältigung gehört aber vor allem zu klären

a) wie konnte es dazu kommen, dass Bayern zum Zentrum deutscher BSE-Fälle wurde?

b) Warum wurde erstmals im November 200 ein BSE-Fall in Bayern aufgedeckt?

c) Wie kommt es, dass erst jetzt Spuren von Tiermehl im Futter gehäuft entdeckt wurden?

Zu den vertrauensbildenden Maßnahmen gehört auch eine verantwortungsvolle, lückenlose Verbraucheraufklärung. In manchen Metzgereien kann man derzeit lesen, der Genuß von Muskelfleisch von Rindern sei gänzlich ungefährlich. Zwar hält der Münchner Creutzfeld-Jakob-Experte Hans Kretzmar die Gefahr, die vom Genuß eines deutschen Steaks ausgeht für äußerst gering, aber niemand kann sagen, dass BSE-Erreger im Muskelfleisch überhaupt nicht vorkommen.

Fragen wie:

Worauf sollte man überhaupt verzichten?

Wie müssen Verpackungsangaben verändert werden, damit der Verbraucher erfährt, was drin ist und wie kann sichergestellt werden, dass auch drin ist, was draußen drauf steht? Eine freiwillige Verpflichtung wie sie – von wem – am runden Tisch eingegangen ist, reicht nach bisherigen Erfahrungen nicht aus.

Welche tierischen Produkte sind für den Verzehr unbedenklich?

Welche Medikamente, Kosmetika, Seren etc. enthalten Ausgangsstoffe vom Rind?

Die bloße Ankündigung eines Landesamtes für Lebensmittelsicherheit ist nach der tiefen Verunsicherung, die Sie bei Bayerns Verbrauchern hervorgerufen haben, nicht ausreichend.

Wir fordern deshalb:

1. eine lückenlose Aufklärung sowohl der im EU-Bericht wie der in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe über Versäumnisse und Vertuschungen der beteiligten Minister der Staatsregierung.
2. Einen personellen Neuaufgang.
3. Einen verstärkten Verbraucherschutz durch personelle und sachliche Verstärkung der Kontrollorgane.
4. Die unabhängige Wahrnehmung von Verbraucherrechten durch einen im Landtag eingesetzten Verbraucherbeauftragten.
5. Einen umfassenden Bericht der Staatsregierung zu den Ursachen der BSE-Krise in Bayern.

Mehr Geld für die Forschung, Tests für alle Rinder und klare Worte an unsere Verbraucher!

Klaus Wolfrum (SPD): Verharmlosen, beschwichtigen, vertuschen; Anträge der Opposition ablehnen. Jahrelang baute die CSU auf dieses „Konzept“. BSE, das haben nur die anderen. „Qualität aus Bayern“ lautet die Devise. Glückliche Kühe, die Gras fressen, das grüner und saftiger ist als anderswo. In Bayern ist alles besser, sagt die CSU. Sie sagt das immer noch, obwohl die schlimmsten Befürchtungen längst eingetreten sind. Sie hatten für den BSE-Gau kein Konzept, das haben unsere Bauern, das Metzgerhandwerk, die Fleischindustrie und die Verbraucher längst voller Verbitterung zur Kenntnis genommen. Ihre bisherigen Maßnahmen sind reine Flickschusterei, die bei allen Beteiligten blankes Entsetzen und unbeschreibliche Wut hervorrufen.

Lösungsansätze zur Bekämpfung der BSE-Problematik sind dringend erforderlich. Ich will einige Vorschläge ansprechen – und als ehemaliger Techniker liegt mir mehr an Lösungen als an Reden.

1. Unbestritten ist: Wir brauchen schnellstmöglich mehr BSE-Test-Kapazitäten und mehr Geld für die Forschung bezüglich schnellerer und sensiblerer Testverfahren. Da muss schnell gehandelt werden.

Gegenwärtig vergehen mehrere Tage vom Schlachttag bis zum Erhalt der Testergebnisse, da bestehende Labors überlastet sind. Dadurch sind Kühlkapazitäten blockiert, die Fleischqualität wird nachteilig beeinflusst und ein Abverkauf des Fleisches kann nicht stattfinden. Es sind erhebliche Forschungsgelder zur Verfügung zu stellen, um bessere und schnellere BSE-Test-Verfahren entwickeln zu können. Hier wurde jahrelang keine mühe Mark bereitgestellt. Keine Profilierung – sondern schweres Versäumnis. Besonders die Landesuntersuchungsämter brauchen dringend mehr Geld und mehr Personal als bisher. Man stelle sich vor, was passieren würde, wenn zu den momentanen BSE-Fällen bei Rindern noch ein paar Fälle von Schweinepest hinzukämen – wovor uns der Herrgott behüten möge, aber niemand kann das ausschließen. Die zuständigen Kontrollstellen wären völlig überlastet, der Verbraucherschutz wäre nicht mehr gewährleistet, der komplette Fleischmarkt würde zusammenbrechen und die bayerische Landwirtschaft

wäre in Ihrer Gesamtheit ruiniert. Das können Sie doch nicht wollen.

2. Wir fordern die Durchführung der BSE-Tests während des Schlachtvorganges im Rahmen der amtlichen (nicht privaten!) Fleischbeschau.

Ziel muß es sein, die BSE-Tests vor Ort am jeweiligen EU-Schlachthof von der amtlichen Fleischbeschau durchführen zu lassen. Hier steht kompetentes Personal und amtliche Überwachung zur Verfügung. Ausgerechnet jetzt denken Sie aber darüber nach, die Fleischhygiene zu privatisieren. Dies darf keinesfalls geschehen, wenn die Verbraucher wieder Vertrauen gewinnen sollen.

Um die zentralen Schlachthöfe in Bayern mit Labors auszustatten, sind mindestens 250 000 Mark pro Schlachthof nötig. Deshalb sollten mindestens fünf bis sieben Millionen Mark schnellstmöglich bayernweit bereitgestellt werden. Ich hoffe, dass wir im nächsten Landwirtschaftsausschuss darüber entscheiden werden. Im Übrigen wundere ich mich – nein, um ehrlich zu sein, es ärgert mich maßlos, dass wegen der dringend notwendigen Aufstockungen im Personalbereich, besonders im Landwirtschafts- und im Gesundheitsministerium, schon wieder die Rede davon ist, dass diese Ressorts ihre Sparziele nicht erreichen könnten.

Wie ich im Landwirtschaftlichen Wochenblatt gelesen habe, denkt der Herr Ministerpräsident eigentlich immer nur an seinen schuldenfreien Haushalt. Der scheint ihm wichtiger zu sein als die Gesundheit unserer Bevölkerung, und das ist ein Skandal!

3. Wir fordern die Erweiterung der BSE-Tests auf alle Rinder

Das vorgegebene Tialter von über 30 Monaten bringt keine Verbrauchersicherheit. Weit mehr als die Hälfte aller geschlachteten Rinder (insbesondere Bullen, Färsen und Kälber) haben bei der Schlachtung ein Alter von deutlich unter 30 Monaten. Nur wenn alles Rindfleisch auf BSE untersucht wird, kann dem Verbraucher größtmögliche Sicherheit gegeben werden. Natürlich muß dann auch mit „BSE-getestet“ geworben werden kön-

nen, was gegenwärtig aus Gründen eines angeblichen Verstoßes gegen das UWG nicht geschehen kann.

4. Wir fordern die Klärung der Vorgehensweise bei BSE-positivem Befund:

Ein positiver BSE-Befund ist gegenwärtig geradezu das Todesurteil für den betroffenen landwirtschaftlichen Betrieb und ebenso für den Schlachthof bzw. für die angeschlossenen Fleischbetriebe. Die sofortige und mehrtägige Schließung der Betriebe, die Keulung des gesamten Rinderbestandes, die Vernichtung des gesamten Fleischbestandes am betroffenen Schlachthof und die Auflagen zur Desinfektion mittels Natronlauge, was an den Schlachthofeinrichtungen schwere Beschädigungen verursacht, sind Vorgehensweisen, die der sofortigen Überprüfung bedürfen.

Um dieses existenzielle Risiko zu vermeiden, gehen viele Schlachtbetriebe – und das wissen Sie genau – einen Ausweg und schlachten nur noch Rinder im Alter unter 30 Monaten, um die Pflicht zum BSE-Test zu vermeiden (Sankt-Florian's-Prinzip). Alle sind der Hoffnung, daß nach Feststellung von 20 – 30 BSE-Fällen in Deutschland und nach der Schließung und Vernichtung von zahlreichen Betrieben von der Politik bemerkt wird, daß es so nicht weitergehen kann und dann akzeptable Vorgehensweisen durchgesetzt werden.

5. Wir fordern Umfangreiche Werbung für getestetes Rindfleisch

Gegenwärtig darf mit dem Ausdruck „BSE-getestet“ nicht beim Verbraucher geworben werden, da hier ein Verstoß gegen das UWG vorliegen könnte. Es wird argumentiert, der Ausdruck „BSE-getestet“ sei zur Täuschung geeignet und könne beim Verbraucher den Anschein der „BSE-Freiheit“ erwecken, obwohl die derzeitigen Testverfahren keine BSE-Freiheit garantieren können. Darüber muss geredet werden. Da brauchen wir neue Methoden und wir könnten vielleicht schon viel weiter sein.

Um jedoch das Vertrauen beim Verbraucher wieder gewinnen zu können, ist umfangreiche Aufklärungsarbeit notwendig. Dazu gehören Dinge wie verbesserte Testverfahren, Entsorgung von Risikomaterialien, Anteil der Creutzfeld-Jakob-Erkrankungen und so weiter.

Die gegenwärtige Situation gleicht der einer Lawine am Berghang: Alles hält den Atem an, niemand unternimmt etwas: der Verbraucher kauft kein Rindfleisch mehr, der Metzger bleibt auf der Ware sitzen, die Landwirte lassen ihre Rinder lieber am Leben, bevor sie vielleicht selbst den nächsten Fall im eigenen Stall haben. Aber es hilft alles nichts: Die Lawine muss runter, es muss einen völ-

ligen Neuanfang geben. Dazu gehört eine neu ausgerichtete Landwirtschaftspolitik, dazu gehören auch neue Köpfe, neues Denken. Lassen Sie das einfach mal zu in Ihren Köpfen.

Tier- und Knochenmehl ist nicht eindeutig für die Übertragung von BSE identifiziert. Außerdem ist es sowieso seit vielen Jahren bei der Fütterung von Wiederkäuern verboten. Leider war die Kontrolle mehr als schlampig. Verstärkt wird dieser Sachverhalt dadurch, daß die Landwirte bei den zuletzt festgestellten BSE-Fällen im Allgäu ausdrücklich beteuern, niemals Tiermehl eingesetzt zu haben. Es könnten deshalb durchaus andere Faktoren für die Übertragung in Frage kommen, zum Beispiel Kälbermilchaustauscher oder besondere Immunschwächen einzelner Tiere. Der Bauer soll wieder wissen, was er verfüttert, hat der Ministerpräsident soeben hier in diesem Haus gefordert. Da komme ich sofort darauf.

Bei der Kälberaufzucht in Bayern gibt es nämlich noch etliche weitere Skandale, von der die Öffentlichkeit in der Regel gar nichts bemerkt. Herr Minister Miller, vor einem Dreivierteljahr habe ich Ihnen in diesem Brief geschildert, wie ein Landwirt aus dem Landkreis Hof gezwungen wird, keine Magermilch aus dem Milchhof Bayreuth mehr zu füttern. Das wäre ja zu einfach. Nein, diese Milch wird erst nach Landshut gefahren, um dort getrocknet zu werden. Anschließend wird dieses Milchpulver – man höre und staune – in die Niederlande kutschiert, nur um sie dort zu verpacken. Erst dieses verpackte Milchpulver darf unser Landwirt aus dem Landkreis Hof – ohne über den Inhalt so recht informiert zu sein – wieder für teures Geld kaufen und an seine Kälber verfüttern. Bis heute, Herr Minister, haben Sie mir noch nicht geantwortet, wie Sie sich eine Lösung dieses Problems vorstellen. Und da soll ich Ihnen glauben, Sie hätten in Sachen BSE alles im Griff, wo Sie doch nicht einmal in der Lage sind, Ihre Post rechtzeitig zu beantworten !

Kolleginnen und Kollegen, im Nachhinein sind alle klüger, sagt man. Wer die „Süddeutsche Zeitung“ heute aufmerksam gelesen hat, wie sich die Opposition in diesem Hause seit 1994 bemüht hat, in Sachen BSE einen Schritt voranzukommen, der weiß, wovon ich rede. An warnenden Stimmen hat es nicht gefehlt, aber sie wurden nicht ernst genommen. Denken Sie endlich um.

An die Medien richte ich zum Ende meiner Ausführungen die Bitte, belagern Sie nicht nur die Höfe von Landwirten bei denen BSE-Fälle aufgetreten sind, sondern gehen Sie bitte auch zu den Herren, die die Futtermittel herstellen und veröffentlichen Sie die Listen der Aufsichtsräte. Da könnte sich Interessantes auf tun.

Beihilfe-Gewährung für Magermilch

Klaus Wolfrum (SPD): Bei einem Informationsgespräch mit Landwirten aus meinem Stimmkreis wurde ich auf die Probleme hingewiesen, die mit der Abschaffung der Beihilfe-Gewährung für Magermilch entstanden sind. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Landwirte seither in der Praxis daran gehindert werden, aus den heimischen Milchhöfen Magermilch zur Verfütterung bei der Kälberaufzucht zu beziehen.

Aus dem Erfahrungsbericht eines betroffenen Landwirts im Landkreis Hof ging beispielsweise hervor, dass er nun nicht mehr, wie in früheren Zeiten, aus dem Milchhof Bayreuth Magermilch beziehen kann, um sie anschließend an seine Kälber zu verfüttern. Nunmehr wird die Magermilch von Bayreuth zunächst nach Landshut transportiert, dort mit hohem Energieaufwand getrocknet und dieses Milchpulver anschließend in die Niederlande (!) gebracht, wo es verpackt wird. Zu weitaus höheren Kosten als bisher nimmt es der Landwirt wieder ab.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich denke, wir sind uns einig in der Beurteilung dieser Verfahrensweise. Nicht nur aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen ist dies völlig unsinnig, es widerspricht auch schlichtweg dem Verstand. Ebenso wenig wie unsere heimischen Landwirte kann ich nachvollziehen, warum durch diese unsinnige Regelung lange Transportwege geschaffen werden, für deren Kosten die Bauern aufkommen müssen. Die Magermilch, die direkt vor unserer Haustür erzeugt wird, wird durch halb Europa gefahren, nur um getrocknet und verpackt als Futtermittel zu den Höfen in der Region zurückzukehren.

Ich fordere Sie deshalb auf, sich dafür einzusetzen, dass für Magermilch weiterhin Beihilfe gewährt werden kann beziehungsweise dass eine Regelung gefunden wird, um im Interesse unserer Landwirtschaft eine praktikable Lösung zu schaffen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Müller Willi, Loscher-Frühwald u.a. u. Frakt. (CSU); Entschließung zur aktuellen BSE-Problematik (Drucksache 14/5462)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred	X		
Appelt Dieter			
Dr. Baumann Dorle		X	
Beck Adolf	X		
Dr. Beckstein Günther			
Berg Irmilind		X	
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann		X	
Blöchl Josef	X		
Bocklet Reinhold	X		
Böhm Johann	X		
Boutter Rainer		X	
Brandl Max		X	
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brosch Franz			
Brunner Helmut	X		
Christ Manfred			
Deml Marianne	X		
Dinglreiter Adolf	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Josef		X	
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Egleder Udo		X	
Eppeneder Josef	X		
Ettengruber Herbert	X		
Dr. Eykmann Walter	X		
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt	X		
Dr. Fickler Ingrid	X		
Fischer Herbert	X		
Franzke Dietmar		X	
Freller Karl	X		
Gabsteiger Günter	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gartzke Wolfgang		X	
Dr. Gauweiler Peter	X		
Geiger Hermann		X	
Glück Alois	X		
Göppel Josef			
Görlitz Erika	X		
Goertz Christine		X	
Dr. Götz Franz			
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Grabner Georg	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Gröber Klaus	X		
Guckert Helmut	X		
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haedke Joachim	X		
Dr. Hahnzog Klaus		X	
Hartenstein Volker			X
Hartmann Gerhard		X	
Hausmann Heinz	X		
Hecht Inge		X	
Heckel Dieter	X		
Hecker Annemarie			
Heike Jürgen W.	X		
Heinrich Horst			
Herrmann Joachim	X		
Hirschmann Anne		X	
Hoderlein Wolfgang		X	
Hölzl Manfred	X		
Hofmann Walter	X		
Hohlmeier Monika			
Huber Erwin	X		
Hufe Peter		X	
Irlinger Eberhard			
Jetz Stefan	X		
Dr. Jung Thomas			
Dr. Kaiser Heinz		X	
Kaul Henning	X		
Kellner Emma		X	
Dr. Kempfler Herbert	X		
Kiesel Robert	X		
Klinger Rudolf	X		
Knauer Christian	X		
Kobler Konrad	X		
Köhler Elisabeth		X	
Dr. Köhler Heinz			
König Alexander	X		
Kränzle Bernd	X		
Kreidl Jakob	X		
Kreuzer Thomas	X		
Dr. Kronawitter Hildegard			
Kuchenbaur Sebastian	X		
Kupka Engelbert	X		
Leeb Hermann	X		
Leichtle Wilhelm		X	
Lochner-Fischer Monica			
Lode Arnulf	X		
Loscher-Frühwald Friedrich	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lück Heidi		X	
Maget Franz		X	
Prof. Männle Ursula	X		
Matschl Christa	X		
Mehrlich Heinz		X	
Meißner Christian	X		
Memmel Hermann			
Dr. Merkel Gerhard	X		
Meyer Franz	X		
Miller Josef	X		
Mirbeth Herbert	X		
Möstl Fritz			
Dr. Müller Helmut			
Müller Herbert		X	
Müller Willi	X		
Münzel Petra		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Narnhammer Bärbel		X	
Nentwig Armin		X	
Neumeier Johann			
Niedermeier Hermann			
Nöth Eduard	X		
Obermeier Thomas	X		
Odenbach Friedrich		X	
Paulig Ruth			
Peterke Rudolf			
Peters Gudrun		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Pienßel Franz	X		
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radermacher Karin		X	
Ranner Sepp	X		
Freiherr von Redwitz Eugen	X		
Regensburger Hermann			
Reisinger Alfred	X		
Riess Roswitha	X		
Ritter Ludwig	X		
Dr. Ritzer Helmut			
Freiherr von Rotenhan Sebastian	X		
Rotter Eberhard	X		
Rubenbauer Herbert	X		
Rudrof Heinrich	X		
Dr. Runge Martin		X	
Sackmann Markus			
Sauter Alfred	X		
Schammann Johann		X	
Scharfenberg Maria			
Schieder Marianne			
Schieder Werner		X	
Schindler Franz		X	
Schläger Albrecht		X	
Schmid Albert			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schmid Berta			
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmidt Renate		X	
Schmidt-Sibeth Waltraud			
Schmitt Helga		X	
Schneider Siegfried	X		
Dr. Scholz Manfred			
Schopper Theresa		X	
Schreck Helmut	X		
Dr. Schuhmann Manfred		X	
Schultz Heiko		X	
Schweder Christl	X		
Schweiger Rita	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus			
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Spitzner Hans	X		
Sprinkart Adi		X	
Stahl Christine		X	
Stahl Georg	X		
Stamm Barbara	X		
Starzmann Gustav		X	
Steiger Christa			
Steinmaßl Hermann	X		
Stewens Christa	X		
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard	X		
Dr. Stoiber Edmund			
Strasser Johannes			
Strehle Max	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thätter Blasius	X		
Traublinger Heinrich	X		
von Truchseß Ruth		X	
Unterländer Joachim	X		
Prof. Dr. Vocke Jürgen	X		
Vogel Wolfgang		X	
Voget Anne		X	
Volkman Rainer			
Wahnschaffe Joachim		X	
Dr. Waschler Gerhard	X		
Dr. Weiß Manfred	X		
Weinhofer Peter	X		
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Dr. Wiesheu Otto	X		
Dr. Wilhelm Paul	X		
Winter Georg	X		
Wörner Ludwig		X	
Wolfrum Klaus		X	
Zehetmair Hans	X		
Zeitler Otto			
Zeller Alfons			
Zengerle Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	105	59	1

